permanente revolution

FÜR DEN WIEDERAUFBAU DER IV.INTERNATIONALE !

Zentralorgan der INTERNATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA (IKL)

OKTOBER 1976 / DOPPELNUMMER 3/4 / PREIS: S 8.-

RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SD 3409

Die Linke und die Slowenen:

Solidarität ohne revolutionäre Perspektive!

Hinter der mehr oder weniger breiten Solidaritätsfront für die Sache der nationalen Minderheiten in Österreich, trifft man auf die verschiedensten politischen Konzepte: Von der KPÖ, der es dabei in erster Linie um das Wohl des kapitalistischen Österreichs geht, bis zur gar nicht so extremen Linken, deren letzter Schluß darin gipfelt, daß sie auch solidarisch ist. Auch wir fühlen mit den Slowenen, Kroaten und anderen Minderheiten, hassen aus tiefstem Herzen die Benachteiligungen, Schinderein, denen sie so oft ausgesetzt sind! Doch wir weigern uns Illusionen zu erwecken, als könnten im niedergehenden Kapitalismus die Rechte der nationalen Minderheiten gesichert werden. Wir müssen ein klares Bild von der Situation geben und die sich daraus ergebenden historischen Aufgaben aufzeigen. "Man muß der Masse im Verlauf ihres täglichen Kampfes helfen, die Brücke zu finden zwischen ihren aktuellen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution." (Trotzki, Übergangsprogramm) Und gerade da versagt die österreichische Linke. Sowohl die Publikationen der KB-Organisationen als auch die der GRM gehen mit ihren Forderungen nicht über den Kapitalismus hinaus - höchstens um, völlig ohne Verbindung zum aktuellen Kampf, die Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus zu verlangen. Im besten Falle bleibt da 'dicke Solidarität' ohne jede revolutionäre Perspektive über.

DIE KÄRNTNER REALITÄT

Ungemein offen betreibt die österreichische Sozialdemokratie heutzutage eine Politik des nationalen Streites und der Spaltung der Arbeiterklasse. So sehr sie dies auch zu bestreiten und zu vernebeln sucht, die Wirklichkeit beweist dies klar.

Gerade Kärnten, und hier im besonderen der südliche Teil ist durch eine sehr starke wirtschaftliche Unterentwicklung geprägt. Neben einigen wenigen größeren Industriebetrieben, die sich vor allem im Klagenfurter Raum befinden, herrschen Klein- und Mittelbetriebe, Fremdenverkehr und die bäuerliche Produktion vor. Für den Großteil der Südkärntner Bevölkerung liegt der Haupterwerb in der Landwirtschaft, was oft nicht fürs Leben reicht und sie zwingt, 'nebenbei' nach Klagenfurt und Umgebung zu pendeln. In den letzten Rezessionen und so auch in der von 1975/76 mußten sich diese Gegensätze immens verschärfen. Klein- und Mittelbetriebe konnten oft dem Druck der kapitalstärkeren Unternehmen nicht standhalten und gingen bankrott. Größere Kapitalisten sanierten sich auf dem Rücken der Arbeiterklasse. Massenhafte Entlassungen (siehe z.B. die Schuhfabrik Neuner) ersparten ihnen Lohnkosten bei gleichzeitiger Arbeitsinten-

sitätssteigerung. Und entlassen wurden zu allererst in der Regel jene Pendler, deren Arbeitsstelle ja 'nur' ein 'Nebenerwerb' war. Die Arbeitslosigkeit schnellte weit über den österreichischen Durch = schnitt.

Auch auf der Bauernschaft lastet die kapitalistische Krise schwer. Klein- und Mittelbauern ächzen unter den für sie ungünstigen Erzeugerpreisen, den Kreditbedingungen und der Inflation. Es ist wohl kein Zufall, daß im Juli einige Tausend Bauern mit Traktoren und Blockaden gegen die bürgerliche Politik der Regierung, aber auch ansatzweise gegen die Packelei 'ihrer' Vertreter, die ÖVP- und FPÖ-Bauernbündler, demonstrierten. Viele von ihnen müssen um die Existenz als selbständige Produzenten bangen und das während einer tristen Arbeitsmarktsituation in der Industrie. Eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage bedeutet für sie oft, daß sie ihren Betrieb aufgeben müssen. Kein Inkaufnehmen von Kurzarbeit, höherer Arbeitsintensität oder niedrigerer Löhne bieten einen 'Ausweg'. Das macht diese Schicht für die tatsächliche Situation in Kärnten so empfindlich.

Die Bourgeoisie auf der anderen Seite strebt eine Beibehaltung der für sie günstigen Ausbeutungsbedingungen an, will das Lohnniveau niedrig halten. Vornehmlich die schwächeren Kapitalisten fürchten kämpferische Arbeiter und mit ihnen verbündete Bauern, die sich ihre Lohnverluste wieder holen, bzw. auf Kosten der Bourgeoisie niedrigere Preise für landwirtschaftliche Geräte usw. erzwingen. So alt wie die Klassengesellschaft sind auch die Mittel, die die Herrschenden in einer solchen Situation einsetzen. Wie sie Bauern und Arbeiter gegeneinander auszuspielen versuchen, nützen sie jede Verschiedenheit in den arbeitenden Klassen aus, schüren sie alte Vorurteile, schaffen sie neue - immer bestrebt, davon zu profitieren.

Die Mehrheit der Kärntner Bourgeoisie steht heute geschlossen hinter dem 'Kärntner Heimatdienst', dem kein Ereignis zu weit zurückliegt, um es nicht zu verzerren oder zu erfinden, dem kein Unterschied zwischen den slowenischen und deutschsprachigen Massen zu geringfügig ist, um ihn nicht mächtig aufzubauschen, der es in der Spalterpolitik zur wahren Meisterschaft gebracht hat. Seinen Elan erhält er in erster Linie aus dem vorwiegend kleinbürgerlichen, halbproletarischen Milieu in Kärnten. Das Großkapital darf sich freuen. Plündert es doch Arbeiter, Klein- und Mittelbauern, kleine Gewerbetreibende usw. aus und gelingt es ihm trotzdem, die Wut und Verzweiflung von sich abzulenken und die Massen zu spalten.

Die chauvinistische Ideologie erfüllt genau diesen Zweck. Gerade kleinbürgerliche Schichten suchen ihren Status im kapitalistischen Trubel auf Kosten der 'unteren' Klassen zu halten. Die Arbeiter wären an der Krise schuld. 'Übermäßige' Forderungen nach höheren Löhnen, nach gleichen Rechten usw. würden die Gesellschaft zu sehr belasten. Im Auge haben sie dabei allerdings lediglich ihren eigenen Vorteil - ihre Konkurrenzfähigkeit, ihre mehr oder weniger gut dotierten Pöstchen. Bedrohen unzufriedene Arbeiter und Bauern die Profite der Bourgeoisie, fürchten sie um ihre Privilegien. Alles soll beim Alten bleiben und so auch ihr Platz in der Klassenhierarchie. Solche Stimmungen dringen aber ebenso in das Proletariat ein. Es ist vor allem durch jegliches Fehlen einer revolutionären Perspektive waffenlos dem kapitalististischen Verblödungsapparat ausgeliefert. Die Arbeiter sind unter solchen Umständen selbst vor dem primitivsten Chauvinismus nicht gefeit. Die Slowenenhetze schlägt genau in diese Richtung. In einem solchen Milieu gedeiht der nationale Haß und dringt in jede Ritze des öffentlichen und privaten Lebens ein. Jeden Tag von neuem erhält er durch das kapitalistische Chaos starken Auftrieb. Kuschende slowenische Arbeiter zum Wohle der 'deutschen' Herrschaften. In Ämtern, wo nur deutsch gesprochen werden darf; Ansuchen in slowenischer Sprache brüllend zurückgewiesen werden; bei Gericht; in Kasernen; in Betrieben; Schulen; auf der Gendarmerie; wo sie sich auf das slowenische 'Pack' eingeschossen haben ....



Trotzki, Kamenew, Podwojski, Radek, Werchowski. Kowrow, Pikel, Petrowski:

DIE ROTE ARMEE

9 Aufsätze, 135 Seiten, Preis: 4.- DM

Zu beziehen über:
Ergebnisse & Perspektiven
Verlags- und Vertriebs- GmbH
Altenessener Str.337
43 Essen 12

DIE REALITÄT DER SOZIALDEMOKRATI= SCHEN POLITIK

Kerstnig, seines Zeichens Kärntner SP-'Volksvertreter', tut sich leicht: "Zur Frage des Zurückgehens der Zahl der Slo= wenen möchte ich sagen, daß das Aufschau= keln dieses Problems die Assimilierung fördert (!)" (aus "Fremde in der Heimat") Ja, diese Art der Assimilierung paßt auch der Sozialdemokratie. Dabei bleibt nichts von jenem Prozeß über, in dem slowenische und deutschsprachige Arbeiter immer mehr sich näher kommen - durch den kapitali = stischen Produktionsprozeß, durch die steigende Arbeitsteilung, die Zentrali= sation des Kapitals - und gemeinsam gegen die Ausbeutung zu kämpfen beginnen. Die 'Assimilierung', wie sie sich die 'Deut= schen' und die Sozialdemokratie vorstel= len, sieht anders aus, bedeutet Schüren des Hasses und der Vorurteile. Kreisky gibt sich verwundert. Was hat damit die Regierung zu tun? Will sie nicht die na= tionalen Minderheiten fördern und außer= dem wird das Problem sowieso nur aufge= putscht. Für ihn ist das ganze lediglich eine Sache von ein paar Rowdies: "Uns ist die Ruhe in Österreich wichtiger als ein paar Kundgebungen." (nach dem Mini= sterrat am 17.8.1976) und scheut sich auch nicht ein allgemeines Versammlungs= verbot anzukündigen. "Wenn es notwendig sei, würde man sich das Verbot von Ver= anstaltungen zu überlegen haben. Und zwar jener, 'die geeignet sind die (kapitali= stische) Ruhe zu gefährden'." (Kurier, 18.8.1976) Unschwer kann man sich vorstel= len, welche Veranstaltungen hiebei von der Exekutive verboten werden, wo doch die Ereignisse von St. Kanzian den Anlaß zu den Kreisky'schen Äußerungen gegeben haben.

Geradezu vorbildlich sei dieses 'Volks= gruppengesetz' ... meint die Sozialdemo= kratie. Die Bundesregierung bestellt auf vier Jahre einen Volksgruppenbeirat, der die Bundesregierung und die Landesregie= rungen in Sachen Minderheiten beraten soll. Minderheitenvereine usw. erhalten finanzielle Hilfe - ausgesucht selbstver= ständlich von der Regierung und beraten von ihrem Beirat. 25% Minderheitenanteil der Bevölkerung müssen es schon sein, wenn zweisprachige Ortstafeln aufgestellt wer= den sollen - sonst ginge ja die Förderung ins Uferlose! Und um die slowenische und sonstige Amtssprache müßten sich die Min= derheiten schon selber kümmern. Wer sich mit dem Staat für ureigenste Bedürfnisse herumzuschlagen hat, muß Formulare aus= füllen - wer kennt diese Schikanierme= thoden nicht - muß betteln, damit er dies in seiner Muttersprache tun darf.
Die Minderheiten an den bürgerlichen Staat zu ketten und ihre Rechte zu kastrieren, das ist der Inhalt der so umjubelten 'Minderheitenförderung'! Vielleicht frißt's ein Teil der Minderheiten, vielleicht kann man ihn von den anderen abspalten?! Ein klares Nein zu solchen Machenschaften ist die einzige Antwort darauf!

Mit derselben Begeisterung klatscht der gesamte Bürokratenapparat der SPÖ weiter Beifall, wenn sich der Vorsitzende gelas= sen dem Problem der Minderheitenfeststel= lung widmet. Er sei für die Minderheiten= rechte, hat aber auch dafür Verständnis, "daß die anderen Parteien und auch meine Kärntner Freunde gerne vorher auch das Volkszählungsgesetz durchgeführt wissen wollen." (Kreisky im Mittagsjounal am 11.6.1976) Hier ist alles vom Anfang bis zum Schluß eine Schweinerei! Mit dem Spruch auf den Lippen: 'Zählen wird man ja noch dürfen', kurbelt man ein Werkel an, bei dem in einer Atmosphäre des unge= heuren Druckes der nationalistischen und



INHALT

Arena........................12

Südafrika vor der Revolution..18

Trotzkis Brief nach Südafrika.22

Gespräch mit einem angolesischen Genossen.....................26

Libanon.......................33

20. Jahrestag der ungarischen Revolution.....................40

Der neue Kurs der GRM.........50

Zum Tode Maos.................59

Kampf der Klassenjustiz.......62

chauvinistischen Hetze, es den Rechts=kräften unendlich erleichtert wird, ihre Dreckpropaganda weiter zu verfolgen, Kärn=ten in ein 'Tschuschenland' und ein 'deut=sches' einzuteilen, eben die bourgeoise Spalterpolitik weiter zu treiben. Die Fronten zwischen den verschiedenen Volks=gruppen fressen sich noch tiefer, trotz 'geheimer' Vorgangsweise, denn in den kleinen Dörfern, in denen jeder jeden kennt, geht es dann nicht so sehr ums Zählen, sondern darum, wer sich als Slo=wene bekennt und wer nicht.
Blind oder Verräter der Arbeiterklasse müssen jene sein, die in den sinkenden Slowenenzahlen in Kärnten nicht die Be=drohung durch die faschistoiden Kräfte sehen. Die Minderheitenfeststellung paßt hier haargenau herein. Es ist bekannt, in jeder Zeitung kann man es nachlesen, wo sich die Minderheitengebiete befinden. Man bräuchte nur dem 'KHD' zu folgen, der seine Aktionen gerade dort konzentriert: "Tschuschen raus!"; "Bleibt Kärnten treu, sonst...!"; Sprengungen von Partisanen=denkmälern usw. Und die Regierung macht es den Rechtsradikalen leicht, ihre Art der 'Assimilierung' voranzubringen, so=daß von den 43 179 Slowenen im Jahre 1951 es heute nur noch unter 20 000 sind. Wieviel Repression steckt in diesen Zah=len, wie wenig harmonische Angleichung!

Die Minderheitenfeststellung muß boykot=tiert werden. Den Revolutionären kann es dabei nicht so sehr darum gehen, mit wel=chen Zeichnungen und Wörtern die Erhebungs=zetteln ausgefüllt werden, um ihre Ableh=nung zum Ausdruck zu bringen. Die Propa=ganda für den Boykott muß vielmehr von einer klaren Einschätzung der Fronten erfüllt sein, wobei keine einzige Illu=sion Platz haben darf, als wollte dieser Staat von sich aus auch nur einen Finger für die Minderheiten rühren. Der 14. No=vember muß ein Tag des aktiven Boykotts werden! Aktiv heißt, der Wahl nicht fern zu bleiben, sondern bewußt ungültig zu wählen. Aktiv heißt auch, mit Demonstra=tionen, Kundgebungen lautstark gegen die Diskriminierung der Minderheiten zu pro=testieren. Alle Arbeiterorganisationen müssen einen solchen Kampftag organisie=ren. Wir werden dabei mitwirken, ohne auf das Recht zu verzichten, revolutionäre Kritik und Propaganda zu üben.

Jedem sozialdemokratischen Arbeiter muß klar sein, daß sich die SPÖ mit ihrer 'Lösung' in Gesellschaft der rechtsradi=kalen Gruppen befindet. Nicht nur, daß den Bankiers vom Schlage eines Taus und den Obersturmbannführertypen namens Peter & Co bei der Parlamentsdebatte nicht mehr viel zu sagen übrig blieb, dem 'Kärntner Heimatdienst' war es gelungen seine ge=forderte 30%-Klausel beinahe durchzuse=tzen. Seine Verbundenheit mit der SPÖ ist ja auch nicht zu übersehen, wenn z.B. der Kärntner Landeshauptmann Wagner, der ja auch ein "hochkarätiger Hitlerjunge" war, am 2. Mai der Denkmalenthüllung für Dr. Steinacher beiwohnte, an dessen Nazibon=zenhänden das Blut von Arbeitern klebte. Nein! Das alles ist kein Ausrutscher der SPÖ. Das gesamte Verhalten der Sozialdemo kratie, ihr Geschichtsverständnis in Kärnten usw. paßt vollauf zu einer Poli=tik einer Partei, die es sich mit der Bourgeoisie gerichtet hat. Kein Bündnis=partner ist ihr dabei zu schmutzig, zu rechts, wenn es darum geht, den Kapita=lismus und damit ihre Privilegien zu si=chern.
Wie aus einer längst vergangenen Märchen=welt klingt es, wenn die österreichische Sozialdemokratie 1899 am Brünner Partei=tag meinte:"...da insbesondere die Fort=führung des nationalen Streites eines je=ner Mittel ist, durch die die herrschen=den Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an je=der kräftigen Äußerung hindern, erklärt der Parteitag: ...daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt; daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität, miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander, erringen können, daß insbesondere die Ar=beiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation, wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung fest=hält und ihren politischen und gewerk=schaftlichen Kampf in einheitlicher Ge=schlossenheit führen muß!"

DER DRECK VON GESTERN

Wie sehr die Slowenenfrage nicht nur die Geschichte der österreichischen Arbeiter=bewegung betrifft, sondern eine interna=tionale Problematik darstellt, beweist die Politik der verschiedenen Organisationen, die sich auf die Arbeiterklasse berufen und dabei in der Vergangenheit stöbern und kübelweise Dreck zutage fördern. "Der Kärntner hat nicht Angst. Wenn er bedroht ist, dann verteidigt er sich. Das hat er gezeigt, damals, als die Italiener gekom

men sind, im Jahre 1915. Das hat er aber vor allem gezeigt, 1918-1920, als die Kärntner es einfach für notwendig erachte= ten, wieder zu den Waffen zu greifen, weil die Gefahr bestand, daß vom Ausland her, ein Teil unserer Heimat (!) abgetrennt wird, besetzt wird." (SP-Kerstnig) Hier fröhlich vereint mit Deutschmann (VP) und Scrinzi (FP) frischt der "Sozialist" den Verkauf der proletarischen Interessen an die imperialistischen Kriegshetzer auf; zuerst im Jahre 1914 und später in der 'heimattreuen' Politik während der kriegeri= schen Auseinandersetzungen mit dem serbi= schen Königreich. Die SPÖ trat damals für das 'Selbstbestimmungsrecht der Deutschen Nation' ein (!), fest dabei, dem österrei= chischen Imperialismus wieder auf die Bei= ne zu helfen. Ihre Politik lag keinesfalls auf der Linie, die ausgebeuteten Massen für den Sozialismus zu mobilisieren, die kapitalistischen Scharmützel um Süd= kärnten in einen Bürgerkrieg überzuleiten. Das genaue Gegenteil: erneut blies sie zur Verteidigung der kapitalistischen 'Heimat' für eine Seite der bourgeoisen Räuber. Auch bei der späteren 'Volksabstimmung' negierte sie das Recht der Slowenen auf Selbstbestimmung und treib damit slowe= nische und deutschsprachige Arbeiter, Bauern gegeneinander. Wie hier legte sie in ganz Europa einen Grundstein für den Sieg des Faschismus.
In der 'Volksabstimmung' vom 10.10.1920 stimmte die Mehrheit der Slowenen für das 'sozialistische' Österreich (mit einer ausgebauteren Sozialgesetzgebung als im monarchistischen Jugoslawien), getäuscht von den sozialdemokratischen Versprechungen, die ja damals auch aus dem Mund des neu gegründeten 'Kärntner Heimatbundes' erschallten: "Ihr werdet in Kärnten ruhig wie bisher(!) leben können und Sprache und Schule behalten." (Flugblatt des 'KHB') Seine Aufgabe be= stand aber neben honigsüßen Versprechun= gen darin, die reaktionären, chauvinisti= schen Kräfte zu organisieren, die sich später ganz deutlich in der Lüge des "Sieges des Deutschtums" und in der Inten= sivierung der Hetze gegen die Slowenen äußerten. Erst 1924(!) trat die SPÖ aus dieser Organisation aus.
Nach dem Verrat der Kärntner Sozialdemo= kratie im Jahre 1934 wurden die Minder= heitenrechte mehr und mehr beschnitten. Die Dollfuß- und Schuschnigg-Regimes stützten sich ja eine Zeit lang zu einem guten Teil auf die Heimatverbände, die dann schon vor 1938 ausgezeichnete Ver= bindungen zu den Nationalsozialisten un= terhielten. Der 'KHB' ging völlig im faschistischen Repressionsapparat auf.

NACH 1945

Die spezielle Unterdrückung der sloweni= schen Volksgruppe unter der faschistisch= en Diktatur und die Nähe des jugoslawi= schen Partisanenkampfes trugen bereits 1942 dazu bei, daß sich slowenische Wider= standsgruppen bildeten. Im Mai 1945 hiel= ten sie ganz Kärnten südlich der Drau be= setzt. Ihnen hatten sich schon früher einzelne österreichische Befreiungsgrup= pen angeschlossen. Alles zum größten Teil der proletarischen Sache ergebene Kämpfer, denen nichts widerlicher war, als an den Aufbau eines kapitalistischen Österreichs zu gehen. Es ist unverständlich, wie mao= istische Organisationen heutzutage über diesen Punkt hinwegtanzen, die damaligen Ereignisse entstellen, der Wahrheit das Gesicht zerkratzen. "Die damals noch re= volutionäre KPÖ (!), deren Mitgliederzahl auf 12 000 gestiegen war (wohl nicht nur aus revolutionärem Schwung der neu Hinzu= gekommenen!) und deren Ziel es war, die Arbeiterklasse und das Volk zum Aufbau einer Volksdemokratie zu führen ..." (KB-Broschüre zur Minderheitenfrage, S31) Wa= rum hantiert ihr mit solchen verschwomme= nen Begriffen wie 'Volksdemokratie', wenn doch die KPÖ so revolutionär gewesen sein soll? Ein Begriff, der nur sehr wenig mit Arbeitermacht, mit proletarischer Demo= kratie zu tun hat. Damals stand der Kampf um die Macht auf der Tagesordnung, wo die Arbeiter, gestützt auf ihre Organe ver= suchen mußten, die proletarische Diktatur zu errichten. Jede Zwischenetappe, wie immer ihr sie auch nennen wollt, konnte dem Klassenkampf nur den Garaus machen. Warum unterstellt ihr der KPÖ solch 'böse' Sachen, wo sie doch ununterbrochen laut= hals das Gegenteil beteuert. 1945 unter= zeichnete sie die Proklamation über die Wiederherstellung(!) der Republik Öster= reich mit allen Konsequenzen der kapi= talistischen Rekonstruktion: Erstarken der Bourgeoisie, Bundesheer, Exekutive,... worüber sie heute so zu jammern vorgibt. Sie beweint die "Preisgabe aller jener Werte, für welche die aufrechtesten Öster= reicher(!) im antifaschistischen Widerstands= kampf gekämpft haben und auf deren Grund= lage(???) die Republik wieder errichtet wurde." (Volksstimme, 23.5.1976) Die KPÖ steht mit ihrer Politik von damals und mit der von heute voll auf den Grundlagen

des kapitalistischen Österreich. "Es geht um Österreich!" lautet schließlich ihr Hauptkommentar zum Kampf für die Minder=heitenrechte und gegen die faschistoiden Kräfte!
Der KB schreibt in seiner Broschüre über die KPÖ: "Vollständig aufgegeben hat diese Organisation seit ihrer revisionistischen Entartung die Erziehung der Arbeiter im Geiste des konsequenten Demokratismus(?) und im Geiste des proletarischen Inter=nationalismus." und legt sich auf die 'Wende' des 'Chrustchowismus' fest. Wir fragen nur, was hat die stalinistische Politik nach 1956 verbrochen, was sie nicht schon gleichwertiges nach 1933 ge=tan hat? Gerade die stalinistische Politik in der Jugoslawien- und Slowenenfrage, in die die KPÖ völlig integriert war, be=stätigen das, was seit 1933 endgültig fest=gestanden war: die 3. Internationale hatte den Wechsel zur Konterrevolution vollzo=gen. In Potsdam auf der Konferenz der Siegermächte im Juli 1945 beschloß Stalin mit den imperialistischen Räubern den Abzug der Partisanengruppen aus Südkärn=ten. Die bewaffneten Abteilungen öster=reichischer und slowenischer Arbeiter sollten zerrissen, ihre Verbrüderung hin=tertrieben werden. Nur keine Radikalisie=rund der Massen, nur keine Errichtung von Machtorganen der slowenischen und österrei chischer Arbeiter, kleiner Bauern - das war die Parole des stalinistischen Ver=rates! "Seine Exzellenz, dem Staatskanz=ler von Österreich, Herr Karl Renner ... Sie können sicher sein, daß ihre Sorge um die Unabhängigkeit, Integrität und das Wohlergehen Österreichs auch meine Sorge ist..." (Josef Stalin)

Wir übernehmen keinerlei politische Ver=antwortung für die kleinbürgerliche Führung der jugoslawischen Partisanen=bewegung. Nur eine proletarisch-revolu=tionäre Partei hätte die jugoslawische Revolution zum Siege führen können. Doch muß es klar sein, daß dieser Sieg nicht nur gegen die Titobürokraten, sondern vor allem gegen die russischen Stalini=sten erfochten hätte werden müssen - ge=gen deren Konzept der 'rein antifaschi=stischen Revolution', wobei sie die mo=narchistische Exilregierung mit Mihail=ovič als Kopf der Widerstandsbewegung(!) anerkannten. In Wirklichkeit boykottier=ten die königstreuen Truppen den Kampf gegen Hitler, ja paktierten sogar mit den Deutschen! Nichtsdestoweniger wurde der Partisanenkampf der jugoslawischen Abteilungen als 'ultrarevolutionär' ge=brandmarkt.

ERGEBNISSE & PERSPEKTIVEN
THEORETISCHES ORGAN DES SPARTACUSBUNDES
Aus dem Inhalt: **Nr. 3**
Unsere Einschatzung der Sozialdemokratie und unsere Taktik ihr gegenuber – Thesen zur Volksfront und Arbeiterregierung – Berichte und Diskussionen von der internationalen Konferenz von Lutte Ouvriere (Frankreich), Dokumente von Lutte Ouvriere zum Wahlkampf 1974 – Thesen zur Arbeitslosigkeit – Trotzkismus in Ceylon

Nun ein paar Bemerkungen zu den jugosla=wischen Reaktionen auf die Unterdrückung der nationalen Minderheiten in Österreich. Titos und anderer jugoslawischer Politi=ker Klagereden liegen noch jedem in den Ohren. Der 'Kampf' der Titobürokraten für die Slowenen weist allerdings nicht auf eine sozialistische Außenpolitik hin. Für sie geht es in erster Linie um den Artikel 7 im österreichischen Staatsver=trag. Daß es Minderheiten in einem imperi=alistischen Staat sind, daß es im Wesen des Kapitalismus liegt, Minderheiten zu unterdrücken, schließlich nur die Macht=eroberung durch das Proletariat die Fragen lösen kann, dieses Herangehen sucht man vergeblich. Zum anderen üben sich die jugoslawische Regierung und die Massen=medien selber in nationalistischer Hetz=erei. Als gäbe es keine österreichische Arbeiterklasse als potentiellen Bündnis=partner der nationalen Minderheiten, ver=tiefen die Kluft zwischen den unterdrück=ten Massen beider Länder. Dies ist auch kein Wunder. Fürchtet doch die stalinisti=sche Bürokratie Jugoslawiens nichts so sehr wie revolutionäre Arbeiter und ver=sucht sie selber von ihren eigenen Schwie=rigkeiten abzulenken. Die internationale Wirtschaftskrise geht nicht an den defor=mierten Arbeiterstaaten vorbei. Ein hoher Grad der Unbeständigkeit der Preise, Defi=zite der Zahlungsbilanzen, große Unter=schiede zwischen den einzelnen Regionen in der Entwicklung verschärfen in Jugos=lawien die nationalen und die Konflikte mit der Arbeiterschaft. Hinzu kommt, daß Jugoslawien nicht imstande ist, den ge=samten Zuwachs der aktiven Bevölkerung zu beschäftigen und dies mit dem Rückstrom jugoslawischer Arbeiter aus dem Westen immer schwieriger wird.

DIE MASSEN MÜSSEN FÜR DAS VER= SÄUMNIS DER MACHTEROBERUNG BEZAHLEN

Auf der Niederlage der slowenischen und österreichischen Arbeiter begann der Wiederaufbau Österreichs. Unter dem Ge= johle von Sozialdemokratie und Stalinis= mus glaubten Abertausende den Sozialismus aufzubauen, währenddessen der Karren längst in die andere Richtung abgefahren war. In Kärnten dachten weder die Bourgeoisie samt der Sozialdemokratie, noch die bri= tischen Imperialisten an eine Entnazifi= zierung. In allen Parlamentsparteien kann man auch heute die tiefen braunen Spuren erkennen. In 'höchsten' Ehren, sprich fettgepolsterten Pfründen hocken alte mehr oder weniger Nazigrößen auf den Par= teibänken von SPÖ, ÖVP und FPÖ.
Dutzende Kübeln Dreck schleudern die Mao= isten herum, wenn sie den"revolutionären Abschluß des österreichischen Staatsver= trages" mit dem berühmten Artikel 7, dem "großen russischen Revolutionär", dem"Ge= nossen Molotow" zuschreiben. (KB-Broschü= re, S56) Das ganze läuft anscheinend un= ter dem Motto: als gäbe es keine Massen. Völlig unter den Tisch gewischt wird die Tatsache, daß es die Slowenen waren, die am radikalsten gegen die Restaurierung des Kapitalismus, am schärfsten für eine Entnazifizierung auftraten. Ihnen mit ei= nem Fetzen Papier ihre berechtigten For= derungen abzuluchsen, dazu hat sich ge= rade der "Genosse Molotow" hergegeben. Stalins und Molotows Verschacherung der Slowenen auf der Konferenz von Potsdam und die Weigerung der KPÖ, den Slowenen das Selbstbestimmungsrecht zuzubilligen, sprechen ihre eigene Sprache. Es ist un= möglich in dieser Verratspolitik nicht eine Grundlage der kommenden Ereignisse zu sehen.

Bereits vier Tage nach der Staatsvertrag= unterzeichnung gruppierte sich der "Kärnt= ner Heimatdienst". Widerlichste Hetze gegen die Minderheiten, gegen das 'rote Gesindel' gegen die slowenische Sprache, was im 'Schulstreik' von 1958 gipfelte. Unter Hitler durften die Slowenen überhaupt nicht slowenisch sprechen, nun verbot man es ihnen schon wieder in der Schule.

Die Rekonstruktionsperiode griff auch den 'KHD' stark an. Für hetzerische Reden am Wirtshaustisch blieben nicht viel Zeit. Schließlich mußte man am Profitball blei= ben und der rollte und rollte ...
Erst mit dem wirtschaftlichen Abstieg um 1968 herum galt es wieder für die 'deut= schen' Mannen sich auf Vordermann zu bringen. Die Löhne mußten gedrückt, Wut und Verzweiflung wegen der Arbeitslosig= keit von der Bourgeoisie abgelenkt werden. "Also hat die Geschichte in Kärnten noch keinen Schlußstrich gezogen. Sie zieht ihn unter zwei Völkern nur, wenn eines von ihnen nicht mehr besteht", und so "wird es bleiben, solange es ein deutsches Volk hier, ein slowenisches dort, gibt." (aus 'KHD'-Flugblatt 1970) Den 'Abwehrkampf' von 1918 und die 'Volksabstimmung' wollen sie nicht missen. Diese Ereignisse haben einen braunen Glorienschein erhalten, der sich mitunter in einen Prügel verwandelt und gemeinsam mit ganz weltlichen Gendar= menschlagstöcken auf slowenische Köpfe heruntersaust. Bis zu 15000 Leute kann der 'KHD' heute mobilisieren und die letz= ten Tumulte, z.B. in St. Kanzian beweisen, daß seine Potenz darüber hinausreicht,daß er sich stets auf kräftige Polizistenarme stützen kann. Selbst der 'Kurier' versteht dies, wenn er vom Eingeständnis schreibt, "daß die Kärntner Exekutive nicht imstande ist, elastisch(!) und von Anlaßfall zu Anlaßfall unterschiedlich(!) eine besonnen beruhigende Haltung einzunehmen. Daß man sich dort weder auf die Gendarmen, noch auf jene, die ihnen Instruktionen geben,

FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN GEWERKSCHAFTSFRAKTION
roter dialog
ANGRIFF AUF DAS STREIKRECHT
1.MAI = POLIZEI MAI
10 AUSGABEN KOSTEN: 5 DM
bei Ulf Döhlmann, Postlagerkarte A 052075, 1 Berlin 61 — oder bei den Verteilern.

verlassen kann." (19.8.1976) In der ihm eigenen zweideutigen Art werden da Ein=deutigkeiten festgestellt, deren Konse=quenzen die 'Slowenenfreunde' Österreichs schlicht und einfach negieren.

Es ist klar, daß die KPÖ-Stellungnahmen angesichts tatsächlicher faschistoider Bedrohungen noch steriler sind als 'Volks=stimme' - Artikel über das 'sozialistische' Madagaskar o.ä. Aber von Sterilität kann hier eigentlich nicht mehr die Rede sein. Die KPÖ weint nicht so sehr über die Bru=talitäten der Gendarmen, ihr geht es nicht um die rechte Gefahr für die Arbeiter=schaft. Nein. "Fast(!) noch alarmierender ist, daß diese Exekutive nicht eingeschrit=ten ist, als bei dieser 'Heimatdienst'-Veranstaltung in einem Flugblatt offen die Existenzberechtigung Österreichs(!) in Frage gestellt wurde."(Volksstimme, 10.8. 1976) Viel bleibt da von einer 'kommuni=stischen' Solidaritätsfassade nicht übrig. Die Slowenen sollen offensichtlich gegen den 'Heimatdienst' sein (aber nur nicht zu kämpferisch!), weil sich dieser deutsch=national gebärdet. Das ist österreichi=scher Nationalismus in Reinkultur! Und da doch die Bullen österreichische Beamte sind, wundert man sich am Höchstädtplatz, daß sie Österreich in Frage stellen ließen.

Uns geht es nicht so sehr darum, ob 'Hei=matschützer' und Polizei auf den deutschen oder österreichischen Nationalismus einge=schworen sind, uns geht es um die Bedro=hung der nationalen Minderheiten und die Interessen der Arbeiter, die in trauter Eintracht von Rechtsradikalen und Exe=kutive angegriffen werden. "Es ist unbe=streitbar: Nicht die Mehrheit, sondern die Minderheit bedarf des Schutzes des Staates(!)... Dieser Schutz ist bisher ausgeblieben."('Volksstimme', 18.8.1976), was kein Zufall ist. Diesen Staat aufzu=fordern, gegen die Rechten vorzugehen, die Minderheiten zu beschützen, heißt gerade in Kärnten letztlich, ihn aufzufordern, sich ein Bein zu amputieren.
Um nichts besser sind die Ansichten des KB. Er tritt für ein Gesetz ein, das "je=gliche Diskriminierung der Minderheiten durch die öffentliche Gewalt in Österreich verbietet."(KB-Broschüre, S58) Die öffent=liche Gewalt soll der öffentlichen Gewalt verbieten, die Minderheiten zu diskrimi=nieren?! Verstehe wer kann!

Freilich, sowohl Maoisten als auch die GRM sind dafür, daß sich die Minderheiten mit den Arbeitern gegen die braunen 'Um=triebe' wehren: "Nieder mit dem KHD!! Schluß mit der Chauvinistenhetze!!"(GRM) Nur bleibt den Arbeitern vorenthalten, wie sie das tun sollen."Gegen diese re=aktionäre Gefahr muß die Arbeiterbewe=gung ankämpfen!"(GRM) Aus, basta!

Jede Anstrengung der slowenischen und deutschsprachigen Arbeiter, zu ihren Re=chten zu kommen, wird die rechtsradikale Gefahr verdoppeln und verdreifachen. Es ist die Aufgabe der Revolutionäre, das Märchen von den zu Hilfe eilenden 'Demo=kraten', der bürgerlichen Demokratie, zu zerstören. Kommunisten müßten bereits heu=te die Bewaffnung der Arbeiter gegen den braunen Mob und den kapitalistischen Re=ressionsapparat propagieren. Bei jeder Kundgebung und Demonstration müssen sie die Notwendigkeit aufzeigen, eine Schutz=begleitung, bei jedem Streik, Streikpo=sten zu organisieren. Kein Wort davon bei den "Revolutionären Marxisten" von der "IV. Internationale"!

ARTIKEL 7 - EIN TEIL DES BÜRGERLICHEN GESETZES

Die Kampagne für die Rechte der nationa=len Minderheiten läuft vorrangig unter dem Motto: Für die Verwirklichung des §7 des Staatsvertrages. Speziell für sich gepachtet dürfte die Slowenenführung diese Losung haben. KB und GRM sind dann auch brav mitgezogen. Sie bringen allerlei Argumente und Kritik vor, was sich unge=fähr folgendermaßen anhört: Wie schon gehabt, sei der Artikel 7 unter dem Druck der 'revolutionären' Sowjetunion entstan=den (KB) und beinhalte "unabdingbare Rechte für die slowenische und kroatische Minderheit", was auch für die"Einheit und Geschlossenheit der Arbeiterklasse"(!) notwendig sei (GRM) Für den gemeinsamen Klassenkampf muß das Mißtrauen der Minder=heiten gegenüber der deutschsprachigen Arbeiterklasse abgebaut werden, wozu eben der Artikel 7 herhalten kann.

Für die kleinbürgerliche Slowenenführung, die allen voran in ihren demokratischen 'Illusionen' von der KPÖ gestärkt wird, liegt die Logik dieser Forderung nach dem vollen §7 auf der Hand. Ihre organi=satorische Unabhängigkeit von den zwei großen Parlamentsparteien entspricht kaum einer politischen. Will man ihre kennzeich=nensten Merkmale zusammenfassen, so sind dies Anlagen zur Kompromißbereitschaft gegenüber der Regierung und die feste

Ansicht, daß die Interessen der Minder= heiten mit dem Artikel 7 erfüllt werden können. Hier kann man nicht von "mögli= chen Gefahren" von seiten der Slowenen= führung sprechen (GRM), die auch"nicht diffamiert werden darf". Diese Gefahren sind reell vorhanden. Der traditionell sozialdemokratische 'Zentralverband' und der VP-nahe 'Rat der Kärntner Slowenen' haben niemals das Fahrwasser ihrer Stamm= parteien verlassen. Ihre bisherige 'Stand= festigkeit' in der Frage der Minderheiten= feststellung und die Anbiederungsversuche an die Regierung erklären sich beide aus der Lage, in der sie sich befinden. Ei= nerseits wären sie kaum imstande, ihrer Mitglied- und Sympathisantenschaft die schroffe Politik der Parlamentsparteien schmackhaft zu machen, sind aber anderer= seits nicht fähig, den Kampf konsequent gegen den bürgerlichen Staat zu führen. Diese Linie entbehrt übrigens keiner materiellen Grundlage. Die Spitzen der Slowenenführung sind bürgerlich. Ihnen liegen die eigenen Privilegien zweifellos näher als die Sache der ausgebeuteten Min= derheiten. Bei der KEL (Kärntner Einheits= liste der Slowenen bei der Landtagswahl) ist dies mit den Händen zu greifen. Das 'Dilemma' des SP-Zentralverbandes - einer= seits doch Arbeiter in seinen Reihen zu haben, aber den 'Kampf' im Rahmen der von SP und VP vorgegebenen Legalität hal= ten zu müssen - brachte ihn z.B. bei der letzten Kärntner Landtagswahl dazu, neben der KEL auch für die KPÖ eine Wahlempfeh= lung abzugeben. Mit solchem erschöpft sich aber auch schon die 'Progressivität' der Slowenenführer."Wenn der Kampf dann wei= tergeführt werden soll, muß er über die kleinbürgerliche Slowenenführung hinaus= getrieben werden, wenn notwendig(!) auch gegen sie." (rotfront extra) Nur, bei der Slowenendemonstration hat man davon nicht viel zu sehen bekommen. Wir wissen schon, es war ja noch nicht notwendig. Auch die GRM mischte sich unter das (slowenische) Volk, löste sich darin auf, hinter dessen Führer samt der KPÖ und teilte deren 'Il= lusionen'. Von wegen: Keine Vermischung der Fahnen...!!!", ach so ein alter Schmarrn.

Oberste Pflicht der Revolutionäre muß es sein, den Artikel 7 im Staatsvertrag als das zu bezeichnen, was er ist: ein Fetzen Papier. Seine ganze Entstehungsgeschichte basiert auf dem Verrat der Arbeiter; sein Inhalt besteht aus konturlosen Andeutung= en, welche Rechte der Minderheiten in Österreich durchgesetzt werden könnten. Nicht umsonst beruft sich sogar der rechts extreme Scrinzi darauf: "Ich bin der Mei= nung, ich bin immer dafür eingetreten, daß der Staatsvertrag nicht irgendein Papier ist, daß der Artikel 7 etwas ist, was durchgeführt werden muß."

Die ausgebeuteten Massen dürfen sich nicht an das Geschreibsel der bürgerlichen Ge= setze binden lassen und noch weniger er= warten, daß der bürgerliche Staat von sich aus, Schritte in ihrem Sinne setzt. Sie konfrontieren die Bourgeoisie mit ihren eigenen Forderungen und zwingen sie zum Nachgeben. Wir appellieren nicht an den bürgerlichen Staat, seine Gesetze, die er selber ständig hintergeht, einzu= halten. Wir kämpfen für demokratische Rechte, weil sie den Kampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie erleichtern. Wir kämpfen aber nicht für die Reformierung des Kapitalismus, sondern für seinen Sturz!



FÜR EINE REVOLUTIONÄRE PERSPEKTIVE

Der Kapitalismus wird nicht untergehen, wenn man ihn mit noch so radikaldemokratischen Forderungen begegnet. Welch eine Perspektivlosigkeit - auf der einen Seite nicht bereit zu sein, die Grenzen des Kapitalismus in den aktuellen Kämpfen in Frage zu stellen, sich damit zu begnügen, den Kapitalismus zu reformieren, und demgegenüber nicht zu verstehen, daß die von der Krise geschüttelte Bourgeoisie solchen Reformen immer wieder den Boden entziehen wird. In der Slowenenfrage besteht heute das Problem, die Einheit der Arbeiterklasse und das Bündnis mit der armen Bauernschaft für ihre berechtigten nationalen und demokratischen Rechte im Zusammenhang mit einem Programm der sozialistischen Revolution zu propagieren.

Der Ehrgeiz der Bourgeoisie, ihre Herrschaft und die Profitrate zu halten, lastet schwer auf den ausgebeuteten Massen. Mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln agiert sie. Bis in die Arbeiterschaft will sie die Bevölkerung an sich binden - materiell und ideologisch. Systematisch schafft die Kapitalistenklasse Unterschiede in der Masse der Ausgebeuteten, setzt die einen, die Minderheiten, früher auf die Straße, läßt sie früher kurzarbeiten usw. Sie umgibt die unterdrücktesten Schichten mit dem Flair des Fremden, Gefährlichen. Die Massenmedien, der Staatsapparat, ihre Organisationen wühlen unermüdlich. Nur selbstverständlich ist es dann, wenn sich diese 'Feinde der Ruhe in Kärnten' an die österreichischen 'Sitten' anzupassen haben, wenn ihre Sprache, ihre Gebräuche usw. unterdrückt werden.

Die Interessen der unterdrücktesten proletarischen Schichten haben wir Kommunisten zu vertreten!!!
Wir müssen an ihre Forderungen nach politischer, wirtschaftlicher und kultureller Gleichberechtigung anknüpfen. In sämtlichen Bereichen dieser Gesellschaft müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, daß alle behinderungslos ihre Sprache gebrauchen und ihren Gebräuchen, Traditionen nachgehen können!

Es muß endlich Schluß gemacht werden mit der Überausbeutung und Sonderunterdrückung der nationalen Minderheiten. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Gegen Entlassungen und Kurzarbeit!

Bei allen Konflikten müssen Komitees geschaffen, die Gewerkschaft in die Kämpfe hereingezogen werden. Komitees, in denen slowenische, aber auch deutschsprachige Arbeiter und Bauern gemeinsam die Rechte der nationalen Minderheiten durchsetzen. In den Fabriken müssen Komitees den gemeinsamen Kampf gegen die Unternehmer organisieren.

Doch die Arbeiter werden beim demokratischen und rein ökonomischen Kampf nicht stehenbleiben dürfen und können. Jedes Mal, wenn das Proletariat seine demokratischen Rechte nützen will, wird es das Kapital mit noch größerer Wucht auf den Plan rufen. Gegen die Minderheiten und die Arbeiter hetzt es seine Banden und den Staatsapparat, mit seiner Produktionslogik drückt es die ausgebeuteten Massen wieder und wieder tiefer und spaltet sie. Die Tragweite der erforderlichen Gegenmaßnahmen des Proletariats geht dann weit über den demokratischen Kampf hinaus. Der Imperialismus hält sich auch in Österreich nicht an demokratische Etappen. Schon in nächster Zeit kann er zu einer ganz und gar 'undemokratischen' Offensive gegen die Massen antreten, wo dann jedes demokratische Gefasel unnützes Geschwätz sein muß. Die fortgeschrittensten Arbeiter müssen darauf vorbereitet sein.

Die Einheit von slowenischen und deutschsprachigen Arbeitern kann nur im Kampf gegen die Bourgeoisie hergestellt werden. Wie es gelingt, die Machenschaften der Herrschenden aufzudecken, indem klar wird, daß es die Kapitalisten und nicht die Minderheiten sind, die die Lebensbedingungen auch der 'privilegierteren' Arbeiter bedrohen, wie gerade die Spaltung der Ausgebeuteten der Bourgeoisie ihr übles Handwerk erleichtert, wird sich das Mißtrauen der slowenischen Arbeiter und Bauern auflösen und die Einsicht der deutschsprachigen Massen für die Notwendigkeit der Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten dem erwachsen.
Die Unehrlichkeit jener, die Opfer verlangen, muß enthüllt werden! Bei Entlassungen und Kurzarbeit sollen sie ihre Bilanzen offenlegen. Eine Inventur der Einnahmen und Ausgaben der Klassen wird zeigen, welche Interessen hinter dem kapitalistischen Bankrott lauern! Schluß mit den Geschäftsgeheimnissen!

Inflation und Arbeitslosigkeit bedrohen alle Schichten der ausgebeuteten Massen. Was der Bourgeois mit der einen Hand aus=

läßt, holt er sich mit der anderen mehrfach zurück. Der Lebensstandard der Arbeiter muß gesichert werden. Die Kommunisten müssen deswegen für die Losung der gleitenden Skala der Löhne und Arbeitszeit eintreten!

Die Kapitalisten mit ihren Banken, Industriebetrieben, Handelsunternehmen beuten die kleine Bauernschaft aus - sowohl die slowenische als auch die deutschsprachige. Das Programm der Revolutionäre muß genau so auf die Bedürfnisse der ländlichen Massen antworten. Nur im Kampf der Bauern mit den Arbeitern, in der Zusammenarbeit von Fabrikkomitees und Bauernkomitees gegen die hohen Maschinenpreise, bei Dünger usw., gegen ungünstige Kredite, kann der Ausplünderung Einhalt geboten werden. Die Massen müssen schließlich die Kontrolle über Banken, Industrie und Handel errichten!

Jede Zuspitzung der Konflikte wird nach stärkeren, zentralisierten Organen der Massen verlangen. Das Proletariat wird nicht umhinkommen, die Macht der Bourgeoisie in Frage zu stellen. Wollen sie siegreich bleiben, so müssen die ausgebeuteten Massen den Kapitalismus stürzen und die proletarische Demokratie errichten!



SONDERNUMMER 1 DER 'PERMANENTEN REVOLUTION':

Programmatische Erklärung der IKL

MIT DIESEM DOKUMENT LEGT DIE INTERNATIONALE KOMMUNISTISCHE LIGA IHRE STELLUNG ZU WICHTIGEN PROGRAMMATISCHEN FRAGEN, WIE DER EINSCHÄTZUNG VON SOZIALDEMOKRATIE UND STALINISMUS, DER ARBEITERREGIERUNG, DER METHODE DES ÜBERGANGSPROGRAMMES, DER KRISE DER VIERTEN INTERNATIONALE VOR.

UMFANG: CA. 6o SEITEN PREIS: S 1o.-

BESTELLUNGEN AN: IKL, POSTFACH 1454, 1o1o WIEN

Arena: Insel der Seligen?

Viel Staub aufgewirbelt hat in diesem Sommer ein Ereignis, das sich als das spektakulärste seit den Tagen der Studentenbewegung erweisen sollte: die Besetzung des aufgelassenen Schlachthofes zu St. Marx. Der Hergang ist rasch erzählt.
Die "Arena 76" - auf finanzieller Sparflamme gehaltenes progressives Feigenblatt der Wiener Festwochen - fand heuer auf dem Gelände des alten Schlachthofes in St. Marx statt. Mit dem Auslaufen des offizielen Programms gegen Ende Juni fand diesmal die Arena keinen Abschluß. Auf Initiative einer Gruppe von Architekturstudenten wurde das Areal von einigen Hundert Menschen, meist Jugendlichen besetzt.
Folgende Forderungen wurden aufgestellt:

1) Kein Abbruch des Schlachthofes
2) Errichtung eines ständigen Kultur- und Kommunikationszentrums auf diesem Gelände
3) Führung dieses Kulturzentrums in Selbstverwaltung
4) Finanzielle Sicherung dieses Vorhabens durch die Gemeinde Wien bzw. durch die öffentliche Hand

Zur allgemeinen Überraschung gelang es den Besetzern, über viele Wochen hindurch ein Programm zu organisieren. An den Wochenenden gab es Veranstaltungen musikalischer Art, eine eigene Theatergruppe wurde gebildet, Lesungen fanden statt. Auch antiimperialistische Veranstaltungen diverser Solidaritätskomitees wurden abgehalten. Von den vorhandenen Gebäuden wurde eines als Kinderhaus in Verwendung genommen, ein anderes als Frauenhaus. Simmeringer Jugendliche richteten ein leerstehendes Gebäude als Treffpunkt ein und eine Gruppe von Motorradfahrern schlug ihr Quartier auf dem Gelände auf. Einige der Besetzer ließen sich auf dem Schlachthof nieder und richteten sich häuslich ein. Geleitet wurde das Unternehmen "Besetzung" von einem Personenkomitee, das von wöchentlichen Plenarversammlungen gewählt, diesem rechenschaftspflichtig war. Eine arbeitsteilig organisierte Infrastruktur wurde geschaffen und gleichzeitig eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in Angriff genommen. Über 55.000 Unterschriften wurden gesammelt, allwöchentlich das Veranstaltungsprogramm in ganz Wien intensiv plakatiert. An einem Arbeitswochenende wurden notwendige Instandsetzungsarbeiten bei beachtlicher Beteiligung durch Besucher durchgeführt. Der Brückenschlag zu den benachbarten Kleingartenbesitzern, die gleichfalls von Abbruch bedroht sind, gelang. Mit Hilfe der inhaltlich eher dürftigen "Arena-Zeitung" agitierte man auf Straßen und Plätzen für das Arena-Projekt. Das Echo der Besetzung war stark. Es gab tatsächlich große Besucherzahlen. Die liberale Kulturöffentlichkeit gab zum Teil wohlwollende Unterstützung.
Gegenspieler war zunächst unmittelbar die sozialdemokratisch geführte Gemeinde Wien, hinter der massive Kapitalinteressen standen. Die Gemeinde hatte das Areal bereits der Firma Schöps versprochen, die nach Abbruch des Schlachthofes dort ein Textilgroßhandelszentrum errichten will. Zwischen den Fronten bewegte sich die Interessensvertretung der traditionellen österreichischen Textilkapitalisten, die sich zwar einerseits durch das Schöps-Projekt bedroht sahen, aber sich andererseits natürlich nicht mit einem Angriff auf das Privateigentum solidarisieren konnten.

Die Gemeinde führte den Kampf gegen die Besetzer mit kühler Berechnung. Zunächst versuchte sie, die Besetzer zu kriminalisieren, indem einige unliebsame Vorfälle, die sich allerdings wirklich ereignet hatten, sehr aufgebauscht wurden. Perfide wurden auch gerade die schlechten

sanitären Verhältnisse, die von der Gemeinde selbst verursacht waren, gegen die Arena-Besetzer ins Treffen geführt. Um den Anschein der Verhandlungsbereitschaft zu wahren, wurden zunächst zwei Alternativprojekte angeboten: das alte Neugebäude neben dem Zentralfriedhof am Stadtrand und eine aufgelassene Fabrik in Meidling. Beide Objekte waren schon von den Räumlichkeiten her in keiner Weise geeignet, den Zielvorstellungen der Arena zu entsprechen. Gerade die Vielfalt von Gebäuden unterschiedlicher Größe, die Lagermöglichkeiten etc. zeichnen ja das Schlachthofgelände aus.

Nachdem die Besetzer sich klar gegen die beiden Scheinalternativen ausgesprochen hatten, zog die Gemeindeverwaltung andere Seiten auf. Es wurde Druck auf diverse Kulturschaffende ausgeübt, die sich den Arena-Aktivitäten unentgeltlich zur Verfügung gestellt hatten: brieflich forderte der Fiskus die Zahlung von Vergnügungssteuer ...

Eingeschüchtert werden sollten auch die Aktivisten selbst. Nach einer Rauferei beim Arena-Wirten (der nichts mit dem Arena-Projekt zu tun hat) rückten zwei Mannschaftswagen mit stahlhelmbewehrten Polizisten aus und umstellten die große Halle.

In Salzburg blieb es nicht bei der Drohgeste. Als ca. 200 Jugendliche den Petersbrunnenhof besetzten um dort ein öffentliches Haus in Selbstverwaltung einzurichten, griff die Polizei durch und räumte den Platz mit brutaler Gewalt. Im Anschluß bekamen noch 75 der Besetzer nicht weniger als etwa 100.000 Schilling an Verwaltungsstrafen aufgebrummt.
Im bräunlich angehauchten Salzburg, wo das Kräfteverhältnis für die Stadtverwaltung weitaus günstiger ist, wurde die harte Tour gewählt, zum "Knüppel aus dem Sack" gegriffen ...

Ständig drängte die Gemeinde Wien auf eine formale Legalisierung der Arena-Besetzer. Sie sollten einen polizeilich angemeldeten Verein bilden, damit es endlich feste Verantwortliche gäbe (zwecks Subventionierung natürlich!). Gleichzeitig wurden weitere Schachzüge unternommen. Unter der Hand begann die Gemeinde damit, ihrerseits eine Personengruppe zu sammeln, die als Träger eines "legalen", "progressiven" Arenaprojektes nach den Vorstellungen der Kommunalbürokratie fungieren sollten. Gut dotiert, natürlich, so ein bißchen à la "Z-Club".

Ein Stoß gegen das Herz des Arena-Projektes aber war der letzte Zug der Gemeinde. Nachdem "Sunny-Boy" Gratz - gestärkt aus dem Reichsbrückenskandal hervorgegangen - via Presse freundliche Nasenlöcher zur Arena gemacht hatte, wurde plötzlich von der Gemeinde ein neuer, letzter Vorschlag unterbreitet: ein unmittelbar neben dem besetzten Areal gelegener Teil des Schlachthofgeländes - die Freibank. Ein hinterhältiger Vorschlag: zwar ist das Gelände wesentlich ungünstiger als das bisherige Arenagebiet, aber für die Bevölkerung, die sich bisher mit der Besetzung solidarisiert hat, sieht der "Kompromiß" passabel aus. Sie würde schwer verstehen, warum sich die Aktivisten weigern, einfach ein paar Meter weiter zu übersiedeln und dort zu bleiben - immerhin ist es ja sogar der Schlachthof.
Soweit zum Ablauf.

WIE IST DIE GESAMTE ARENA-BEWEGUNG EINZUSCHÄTZEN ?

Die Besetzung der Arena selbst stellt einen anti-kapitalistischen Akt dar. Es wurde die private Verfügungsgewalt (wenn auch zum gegebenen Zeitpunkt durch die Gemeinde verkörpert) über Liegenschaften in Frage gestellt.

Das berechtigte kulturelle Interesse einiger tausend Angehöriger der unteren Klassen wurde gegen das Interesse einer Kapitalistengruppe gestellt. In unklarer Form wurde auch von vielen Besetzern erkannt, daß der hoch dotierte bürgerliche Kulturbetrieb dem Vergnügen einer kleinen, parasitären "Elite" dient, die sich dieses Vergnügen von der Masse der Bevölkerung bezahlen läßt, während für die vergleichsweise bescheidenen Forderungen einer in die Tausende gehenden Gruppe unterprivilegierter kein Geld vorhanden ist. Der Zusammenhang Gemeinde - Kapital wurde real faßbar gemacht. (Diese Aussagen gelten natürlich für jene Jugendlichen, die durch die Arena-Bewegung erstmals aktiviert wurden, nicht für die zahlreich vorhandenen Angehörigen diverser linker Organisationen.)

Der Konflikt setzte allerdings nicht an einem Schlüsselbereich der bürgerlichen Gesellschaft an. Eine einzige "wilde" Streikwelle in der Metallindustrie um einige Prozent mehr Lohnerhöhung hätte -

so wenig sie den Kapitalismus in Frage stellen würde - gesellschaftlich tausendmal mehr Gewicht. Es war ein Konflikt im Bereich des gesellschaftlichen Überbaus, ein klassenunspezifischer Konflikt ausgehend von den Problemen der Freizeitgestaltung und der kulturellen Betätigung.

Die Unmenschlichkeit des Kapitalismus wird natürlich nicht nur am Arbeitsplatz spürbar. Sie durchdringt <u>alle</u> Bereiche des menschlichen Lebens und beschneidet die Möglichkeit zu einer sinnvollen, befriedigenden Existenz der Werktätigen. Sie unterjocht Arbeitsprozeß, Freizeitgestaltung, Sexualität, zwischenmenschliche Kommunikation etc. ihrer unerbittlichen und inhumanen Logik, während sie den parasitären Klassen Luxus und Verschwendung bietet. So ist es nicht verwunderlich, wenn immer mehr Bewegungen entstehen, die ihren Ausgangspunkt im Bereich des Überbaus haben.
Eine solche Bewegung stößt allerdings bald an ihre Schranken. In letzter Konsequenz erfolgreich kann sie nur sein, wenn sie unter Führung der Arbeiterklasse steht und in deren gesamtgesellschaftlichen Kampf zum Sturz der kapitalistischen Ordnung eingebettet ist. Die Arbeiterklasse ist die einzige Klasse der kapitalistischen Gesellschaft, die tatsächlich eine grundlegende Neuordnung der Gesellschaft vollziehen kann. Dabei greift sie alle <u>fortschrittlichen</u> Interessen der anderen Klassen und Schichten auf und läßt sie in ihr Programm einfließen. Selbstverständlich eine revolutionäre Klassenführung vorausgesetzt.

In Österreich stehen die Dinge schlecht. Es gibt weder eine revolutionäre Klassenführung (das ist anderswo nicht besser) noch eine kampfbereite und klassenbewußte Arbeiterschaft. Die Arena-Bewegung kann daher nicht einfach in <u>reale</u> Kämpfe der Arbeiterklasse eingebettet werden. Der Bezug kann nur politisch hergestellt werden.

Diese an sich nicht leichte Aufgabe wurde durch eine Reihe von Faktoren erschwert. Der ursprüngliche Ausgangspunkt - eine kulturelle Veranstaltung - bot Abgleit- und Abschiebeflächen genug. Hier tut's nicht so weh. Eine Bewegung, die von künstlerisch motivierten Menschen getragen wird, kann sehr leicht auf ungefährliche Bahnen gelenkt werden. Da ist einmal der ganze Bereich der Kunst ein sehr von den arbeitenden Klassen abgehobener, der von allem Anfang an bereits isoliert ist. Und Künstler bzw. auch jene, die sich für solche halten, haben sehr oft einen ausgeprägten Hang zum kleinbürgerlichen Individualismus. Eine künstlerische Spielwiese, in der einige Intellektuelle in ihrem Ghetto eifrig bemüht sind, alternative Formen des Kulturbetriebes zu entwickeln, läßt sich auch die Gemeinde gefallen. Solches kann man sogar subventionieren, wenn man dafür das Mäntelchen der Progressivität um die Bauring- und Reichsbrückengeschädigten Schultern legen kann. <u>Eine</u> Tendenz unter den Besetzern zog in Richtung auf dieses Abstellgeleise.

Um kein Jota weniger irreführend aber ist die "Oasen-Ideologie". Gewiß die Menschenfeindlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft ist ständig spürbar und vielen wird sie auch bewußt. Aber viele glauben, sie könnten vor der gnadenlosen kapitalistischen Realität fliehen - sich eine Insel schaffen, auf der all das aufgehoben ist, was sie sonst so störend empfinden: Leistungsdruck und Konkurrenz, Angst und Frustration, die Verstümmelung der eigenen Persönlichkeit. Die Gebildeten sprechen von "emanzipatorischer Besprebungen", von "Aufhebung der Entfremdung", von "Entwicklung der persönlichen

verlag ergebnisse & perspektiven

Revolution & Konterrevolution in Spanien

einschließlich: Der Bürgerkrieg in Spanien
Felix Morrow
erscheint demnächst
Bestellungen an: IKL, Postfach 1454, 1olo Wien

Kreativität". Die proletarischen Elemente unter den Besetzern drücken es anders aus, einfacher: "Wir suchen in der Gruppe eher die Einsamkeit. Das beweist nämlich das, daß wir am Wochenende mit dem Motorradeln aus der Stadt rausfahren, Camps machen, in einsamen Wäldern, auf einsamen Bergwiesen... und sogar dort laßt man uns nicht in Ruh. Wir wollen nichts anderes als unsere Ruh! Das ist das einzige!" (Einer von den Motorradmenschen, zit. nach "Wespennest", S.94)

Gerade das Beispiel der Rocker zeigt die völlige Perspektivelosigkeit dieser Richtung auf. Untertags sind sie der "normalen" kapitalistischen Tretmühle unterworfen. Das gefällt ihnen zu Recht nicht. Sie wollen heraus. Und schaffen es nicht. Weil ihnen die Uniformität und Genormtheit unangenehm aufstößt - ziehen sie sich alle eine eigene Uniform an, hängen sich dieselben Abzeichen um, ziehen dieselben Nietenbeschlagenen Jacken an, und zwar: "Um mich eben aus der Masse hervorzuheben, um zu sagen: Ich bin nicht der graue Alltagsmensch, der Massenmensch" (a.a.O. S. 94). Und weil sie sich als Individualisten verstehen, bilden sie eine Gruppe, die ständig beisammenhockt. Und während sie sich dem Konsumzwang entziehen wollen - stecken sie all ihr Geld in ihre schweren, kostspieligen Motorräder - solcherart wieder nur eine andere Variante des normierten kapitalistischen Alltags reproduzierend. So ziehen sie dann hinaus, die uniformierten Non-Konformisten, die Individualisten in der Horde, die Konsumverweigerer auf den 50.000-Schilling-Motorrädern. Und statt ihre Persönlichkeit zu entfalten, wie ihre intellektuellen Gesinnungsfreunde sagen würden, schlagen sich all ihre Bemühungen wiederum in einem materiellen Traum nieder: dem Motorrad. "Und sie haben ja auch, wenn's verschiedene Gruppen sind, die gleichen Interessen: das Motorrad." (S. 93) In diesem Fetisch Motorrad dann werden die bestehenden Klassenwidersprüche aufgehoben: "Der eine ist ein Kommunist und fahrt Motorradl, und der andere ein Jud und fahrt Motorradl, und der dritte ein Nazi und fahrt Motorradl... deswegen fahren's alle Motorradl und verstehen sich genau so gut." (S. 93)

Das Beispiel der Rocker wurde nur herausgenommen, weil es gut dokumentiert ist. Es steht für viele andere Varianten kleinbürgerlicher Flucht vor der grausamen kapitalistischen Realität. Die künstlerische Spielwiese ist eine andere davon.

"Für Männer verboten" - dieses Schild drückt den Glauben aus, die Unterdrückung der Frau ließe sich mildern, wenn man wenigstens einige Quadratmeter schafft, wo die Männer nicht hinkommen - für ein kleines Fleckchen Erde ist sozusagen die Existenz der "bösen" Männer aufgehoben.

Wenn dem Kleinbürger die kapitalistische Umwelt zu drückend wird, will er meist - zurück. In einem Zustand, wo es all das nicht gab, was ihm lästig ist. Archaische Zustände, der Natur näher, auf der Wiese liegen, Musik hören ... "Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!" Diese Tendenz schwingt nur allzu deutlich mit bei den Besetzern der Arena! Sie kann nur durch das Bündnis mit der Arbeiterklasse vermittelt über die revolutionäre Partei mit Hilfe ihres Programms überwunden werden.

Problematisch auch die soziale Zusammensetzung der Besetzer. In ihrer überwältigenden Mehrheit stammen sie aus Randschichten der Bevölkerung: "Zum Kern der Arena-Besetzer gehören Studenten in den Ferien, engagierte Intellektuelle im Abendhobby, Rocker, Jugendliche, die kein Zuhause haben, die von der Gesellschaft in Heime, Gefängnisse, an den Rand abgeschoben werden, mit dem Stigma 'Sandler, Arbeitsscheue, Langhaarige, Haschbrüder, Gscherte' behaftet" (Neues Forum 273/74, Seite 9).

Nur hoffnungslose Naivlinge können glauben, daß in solch einem Konglomerat unterschiedlicher Herkunft die Ungleichheit idealistisch aufgehoben werden könnte. Sie bricht nur allzu rasch wieder auf. Und nur unverbesserliche Marcusianer können glauben, daß ausgerechnet die Randgruppen, die halben und ganzen Lumpenproletarier, besonders revolutionäres Bewußtsein haben. Gerade in den Köpfen der an den Rand der Gesellschaft Gestoßenen, sind die bürgerlichen Ideen und Verhaltungsweisen zutiefst verinnerlicht, wenn auch oft in einer krausen, wirren Form. (Ein gutes Beispiel ist das Verhalten den Frauen gegenüber, wie es von felicitas gressl im NF beschrieben wurde)

Manche Leute, die sich als Linke verstehen, scheinen noch die kindliche Gläubigkeit an Märchen aus ihrer frühen Jugend herübergerettet zu haben. Sie

glauben, daß - wie weiland bei Berührung mit dem Zauberstab der gütigen Fee - diese Außenseiter bei der Berührung mit dem Phänomen "Arena" all ihre Deformationen und Schädigungen, welche die kapitalistische Gesellschaft ihnen zugefügt hat, mit einem Schlag abstreifen können wie ein schmutziges Hemd und friedliche, durchgeistigte hippieartige Lämmer würden.

Die Arena-Bewegung ist eine kleinbürgerliche Bewegung - kleinbürgerlich im soziologischen Sinn der Herkunft ihrer Träger nach wie auch im politischen Sinn was Ziele und Vorstellungen anbelangt.

Die Bewegung enthält allerdings Elemente mit antikapitalistischer Stoßrichtung bzw. Elemente, die bei richtiger politischer Führung eine solche erhalten können. Sie kann also mit gewissen Einschränkungen als fortschrittlich angesehen werden und wird daher von uns gegen Kommunalbürokratie und die Attacken der Faschisten verteidigt.

Sollen die vorhandenen antikapitalistischen Ansätze aber tatsächlich zum Tragen kommen, muß eine entschiedene politische Wende vorgenommen werden.

Vordringlich ist eine echte Politisierung des Projekts. Die Arena muß zu einem politischen Stützpunkt der Arbeiterbewegung in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus ausgebaut werden. Alle Strömungen der Arbeiterbewegung müssen die vorhandenen Möglichkeiten zu Propaganda und Agitation zur Verfügung gestellt bekommen.

Dazu muß der beschränkte Kunst- und Kommunikationsanspruch durchbrochen werden, Das heißt nicht, daß den sicher gegebenen Bedürfnissen in dieser Richtung nicht Rechnung getragen werden soll. Aber jede kleinbürgerliche Oase - und Emanzipationsideologie muß in harten politischen Auseinandersetzungen bekämpft und auf ein für den politischen Kampf erträgliches Maß zurückgedrängt werden. Tragt die Politik in die Arena!
Die Verbindung zur Arbeiterklasse muß politisch wie gewerkschaftlich hergestellt werden. Nicht nur auf der Ebene der Freizeitinteressen. Es ist klar, daß diese Aufgabe heute in Österreich schwer ist. Aber nur sie kann verhindern,daß die Arena ein schlechter Zweitaufguß der früheren Studentenbewegung bleibt, intellektuell ärmer und dafür lumpenproletarisch.

Unter den Leuten, die von der Arena-Bewegung erfaßt wurden, sind viele, die dadurch erstmals eine gewisse Radikalisierung erfahren haben und mit Politik in Berührung gekommen sind. Sie haben erstmals Momente antikapitalistischen Bewußtseins entwickelt. Vage, verwirrt, unklar, mit einem Wust kleinbürgerlicher Illusionen durchsetzt. Am Anfang euphorisch, als es schien, daß durch solidarisches Handeln einige der Verstümmelungen aufgehoben werden könnten, die der Kapitalismus ihnen zugefügt hat. Ernüchtert, als der Rausch der ersten Stunde vor der grauen Realität verfliegt. Immer noch bereit diesmal diszipliniert zu kämpfen - aber im Angesicht des gewaltigen Apparates der Gemeinde mit all ihren Möglichkeiten von der Polizei bis zu den Journalisten, angegriffen von den Faschisten, der eigenen Zersetzung preisgegeben, ohne eine wirkliche Perspektive und mit linkssozialdemokratischen Jungbürokraten, künstlerischen Intellektuellen, illusionären Spontis und inferioren Maoisten als Führer - ist die Gefahr der Demoralisierung ungeheuer groß. Demoralisierung und Zurückfallen in einen resignierten Alltag. Die besten Elemente dieser Bewegung, die kühnsten und ausdauernsten, jene, die zu konsequentem antikapitalistischen Kampf fähig sind, müssen gewonnen werden. Das geht aber nur durch schonungslose, unerbittliche Kritik an all dem Berg von Schwachsinn und Illusion, der kennzeichnend ist für die Arena-Ideologie. Durch harte, aber solidarische Kritik können wir diesen potentiellen Genossen helfen, aus der Sackgasse herauszufinden.

Diese Hilfe aber haben sie von den Organisationen nicht erhalten, die sich auf den Kommunismus berufen. Lassen wir die KPÖ beiseite, deren Hauptsorge die stärkere Berücksichtigung der fortschrittlichen Kulturschaffenden (die ihr meist politisch nahestehen) im Komitee ist. Übergehen wir FÖJ und Spontis, von denen nichts anderes als das bestehende Arena-Bewußtsein zu erwarten ist.
Es ist aber erschreckend, wie vollständig KBÖ und GRM jeden Ansatz haben vermissen lassen, der Bewegung eine politische Stoßrichtung zu geben. Beide Organisationen haben sich damit begnügt, als bloßer Verstärker der aktuellen Forder-

ungen der Besetzer und als Sprachrohr von derem niedrigen politischen Bewußtsein zu fungieren. Nicht ein Wort der Kritik an den kleinbürgerlichen Inhalten der Bewegung! Statt dessen dümmliche Jubelberichte, die in ihrer Plattheit peinlich wirken!

Rottet sich bei den Maoisten wieder einmal undifferenziert das "Volk" zum gerechten Kampf gegen Bevormundung und Gängelung zusammen, ist die GRM ungeheuer beeindruckt: da gibt's doch tatsächlich eine Bewegung und das in Österreich! Vielleicht sogar- ein bißchen verspätet zwar, aber doch - eine neue Avantgarde mit Massencharakter in der Alpenrepublik!

Ausgerechnet in der pseudointellektuellen Spätstudentenbewegungs-Postille des überwuzelten sozialdemokratischen Polit-Hippies Nenning findet man den ~~ersten~~ ersten Bericht, der wenigstens ein bißchen die widersprüchliche Realität der Arena-Bewegung aufzeigt!

Die Arena hat schlagend dokumentiert, wie weit der Niedergang der österreichischen Linken schon fortgeschritten ist. Organisatorisch mögen ja Gruppen wie der KBÖ relativ beeindruckend sein - politisch schaut's erbärmlich aus. Die größte Organisation, der KBÖ, hat seine politischen Aussagen nun bereits erfolgreich auf's Niveau der Peking-Rundschau herabgedrückt und versucht - nicht ohne Erfolg - den wenigen seiner Mitglieder, die irgendwann einmal mit dem Marxismus in Berührung gekommen sind - die letzten Reste davon mit Hilfe chinesischer Bauernsprüche und aufgewärmten Kalauern der kautskyanischen Sozialdemokratie auszutreiben. Heute wird er sogar schon von der MLPÖ von links kritisiert!

Die FÖJ suhlt sich im sozialdemokratischen Gewand und pflegt - um doch noch linker als die JG zu erscheinen - gerade die rückständigsten Elemente der Ideolgie der längst vergangenen Studentenbewegung, womit sie wieder bei "undogmatischen" Studentchen Anklang findet. Und die GRM schämt sicht ihres - freilich nicht vorhandenen - Trotzkismus, schwankt unschlüssig zwischen neuem Opportunismus gegenüber einer nicht vorhandenen klassenkämpferischen Arbeitervorhut und dem alten Opportunismus gegenüber Scheinavantgarden wie der Arenabewegung, die nur mehr ein müder Aufguß der Vergangenheit sind.

Ungarn 1956:

Sozialismus oder Stalinismus!

ZUM 2O. JAHRESTAG DER UNGARISCHEN REVOLUTION

INHALT:
EIN ARTIKEL DER IKL, ERSCHIENEN IN DER 'PERMANENTEN REVOLUTION' NR. 3/4 UND 5, SOWIE EINE ARBEIT DER FRANZÖSISCHEN OCI.

UMFANG: CA. 14O SEITEN,
PREIS: CA. S 3O.-

Südafrika vor der Revolution

Der erste Schritt zur Vertreibung von Kolonialismus und Imperialismus aus dem südlichen Afrika war der Sturz der portugiesischen Kolonialherrschaft in Angola und Mozambique und die sich daran anschließende militärische Niederschlagung der vom Imperialismus unterstützten „Befreiungsbewegungen" FNLA und UNITA in Angola. Zur gleichen Zeit begann eine verstärkte Guerillatätigkeit gegen das rhodesische Siedlerregime des Ian Smith inZimbabwe, während die SWAPO in Namibia bereits seit längerer Zeit bewaffnete Aktionen durchführte. Und seit Juni dieses Jahres hat die revolutionäre Entwicklung auch im Bollwerk des Imperialismus in Afrika, der Republik Südafrika, offen Fuß gefaßt. Die Unruhen von Soweto am 16. Juni waren das Alarmsignal, das die südafrikanische schwarze Bevölkerungsmehrheit zur offenen Rebellion aufrief und die weiße Minderheit und ihre imperialistischen Verbündeten in Panikstimmung versetzte.

Die Krisendiplomatie Kissingers

Nach den sogenannten ‚Erkundungsgesprächen' zwischen US-Außenminister Kissinger und dem südafrikanischen Ministerpräsidenten Vorster am 23. und 24. Juni im Bayerischen Wald über die Lage im südlichen Afrika, fanden die Bemühungen um eine Lösung im Sinne der Imperialisten ihre Fortsetzung in einem weiteren Treffen zwischen Kissinger und Vorster am 4., 5. und 6. September in Zürich. Die Ziele dieses zweiten Treffens sollen – laut *FAZ* vom 31.8. – folgendermaßen aussehen: *„Südafrika unterstützt uneingeschränkt den Rhodesien -Plan Kissingers,der die Verwirklichung des schwarzen Mehrheitsrechts und damit die Ablösung der weißen Minderheitsregierung unter Ministerpräsident Ian Smith in Salisbury binnen zweier Jahre vorsieht; dafür erklären sich die Vereinigten Staaten bereit, für die Unabhängigkeit Südwestafrikas der von Pretoria geförderten Verfassungskonferenz in Windhuk erst einmal ihren Lauf zu lassen und notfalls dafür im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das amerikanische Veto einzusetzen."* Und die *FAZ* vom 6.9.: *„Kissingers Hauptforderungen an Vorster waren die Übergabe der Regierungsgewalt in Südwestafrika an die schwarze Bevölkerungsmehrheit, südafrikanische Unterstützung für eine gewaltlose Machtübernahme der schwarzen Mehrheit in Rhodesien und ein Abbau (!) der Rassentrennungspolitik in der Republik Südafrika."*

Hier kommen die politischen Absichten des Star-Diplomaten des Weltimperialismus klar zum Ausdruck: Die *Abschaffung* der Rassentrennung und die Herstellung *voller* demokratischer Rechte in Südafrika kann man sich sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus politischen Gründen nicht leisten. Das südafrikanische Minderheitsregime muß erhalten bleiben; allenfalls einige kosmetische Veränderungen an der Oberfläche sind möglich (was dann von Kissinger in den ‚westlichen Demokratien' als „Abbau", von Vorster gegenüber seinen reaktionären burischen Rassistenfreunden als notwendige „Reform" zur weiteren Beibehaltung der Apartheid bezeichnet werden kann). In Namibia versucht man mithilfe einer vom südafrikanischen Regime eingefädelten „Verfassungskonferenz" eine Pseudo-„Unabhängigkeit" in ca. 2 Jahren zu erreichen – mit einer dem südafrikanischen Regime genehmen ‚Mehrheit'. Dieselbe Absicht in Zimbabwe, wo man allerdings nicht daran vorbeikommt, das Smith-Regime notfalls mit Druck zum Nachgeben zu zwingen, um dann eine Koalition mit dem versöhnlerischen rechten Flügel des ANC von Zimbabwe unter dem früheren Eisenbahner-Gewerkschaftspräsidenten Joshua Nkomo zu bilden; eine Koalition, die sowohl die wirtschaftlichen Interessen der Imperialisten in Zimbabwe nicht antastet, als auch die Benutzung des Territoriums von Zimbabwe für politische und militärische Befreiungsaktionen nach Südafrika hinein verhindert. Für den Preis, das Smith-Regime „opfern" zu müssen, kann Vorster dann mit dem US-amerikanischen Veto rechnen, falls die UNO-Mehrheit, die die sogenannte „Verfassungskonferenz" ablehnt und die SWAPO (South West African People's Organization) als die einzig rechtmäßige Vertretung Namibias anerkennt, ihre Drohungen wahrmachen und eine UN-Streitmacht zur Vertreibung der südafrikanischen Präsenz aus Namibia dorthin entsenden sollte. Ein solches Veto wäre Vorster natürlich erst recht sicher, falls ein militärisches Vorgehen gegen die Republik Südafrika selbst von den UN beschlossen werden sollte.

Mit dieser ‚abgestuften' Lösung soll die südafrikanische Revolution auf politischem Weg verhindert werden. Der südafrikanische Außenminister Muller hat sich denn auch bereits *„kürzlich hinter den Kissinger-Plan gestellt"* (*FAZ* vom 31.8.). Aber während – vorausgesetzt das weiße Minderheitsregime in Südafrika bleibt vorerst an der Macht – die Absichten der Imperialisten in Namibia und Zimbabwe unter gewissen Umständen und für eine gewisse Periode durchführbar erscheinen, ist dies im Falle Südafrikas nicht möglich. Ein *„Abbau der Rassentrennungspolitik"* ist – soll er mit den kapitalistischen Interessen vereinbar sein – nur in Form von kosmetischen Maßnahmen und einigen Zugeständnissen möglich, kann von daher also die Forderung der Schwarzen nach Rassen*gleichheit* und Herrschaft der Mehrheit nicht befriedigen. Hier kann sich das Vorster-Regime nur mit nackter Gewalt, mit brutaler Unterdrückung, mit einem weiteren Ausbau seines Polizeistaates an der Macht halten. Der südafrikanische Justiz- und Innenminister Kurger, dieses Schwein, umschrieb dies mit dem Zynismus, daß nach 300 Jahren *„der schwarze Mann seinen Platz kennt, und wenn nicht, werde ich ihm diesen Platz zeigen"* (zitiert nach: *Socialist Press* vom 25.8.).

Imperialistische Interessen in Südafrika

„1968 wurde das gesamte Auslandskapital in Südafrika mit 6416 Millionen Dollar beziffert. Die letzten Angaben der South African Reserve Bank über die Herkunft dieses Kapitals stammen von 1966 (in Millionen Dollar): Investitionen aus Großbritannien 3042, USA 697, Frankreich 297, Schweiz 231, BRD 160 .... Großbritannien hatte damals 10 % seines gesamten Auslandskapitals in Südafrika angelegt. Der durchschnittliche Profit des britischen Kapitals in Südafrika lag 1965 bei 12,1 % – etwas höher als in anderen Ländern der Sterling-Zone außer Malaysia. Der durchschnittliche Profit der amerikanischen Investitionen in Südafrika lag dagegen 1968 bei 17,2 %, gegenüber einem Weltdurchschnitt von 10,8 %." (aus: Franz Ansprenger, Afrika – eine politische Länderkunde, Berlin 1972, S. 158/159) *„Die EG (inkl. England) hält heute ca. 82 % des südafrikanischen Auslandskapitals .....die BRD (ist) zum Handelspartner Nr. 1 Südafrikas avanciert.....die durchschnittliche Profitrate (beträgt) dort offiziell 15 %, eine der höchsten der Welt."* (Franz J. T. Lee, in: *Was Tun* Nr. 115-117)

Unter diesen Umständen, bedingt durch das Niedrigst-Lohnniveau der schwarzen Arbeitskraft auf der Grundlage des Apartheid-Systems, sind Investitionen in Südafrika für die Kapitalisten allemal lohnend. Das politische Interesse des Imperialismus liegt allerdings nicht nur in seinen wirtschaftlichen Möglichkeiten (billige Arbeitskräfte, hohe Profite, reiche Rohstoffvorkommen) begründet, sondern auch in seiner strategischen Bedeutung: von Südafrika aus ist eine militärische Kontrolle sowohl des südlichen Atlantiks als auch des südlichen Indischen Ozeans sowie des südlichen Afrikas möglich. Für imperialistische Aggressionen gegen schwarzafrikanische Staaten und

für die Kontrolle des gesamten Schiffsverkehrs um das Kap der Guten Hoffnung ist Südafrika also eine denkbar günstige Ausgangsposition.

Allerdings zeigen sich doch erste Schwierigkeiten für die Aufrechterhaltung dieser – für die Kapitalisten – wirtschaftliche Idylle. Zum Teil sind diese Schwierigkeiten Folge der Unruhen der schwarzen Bevölkerung, zum Teil werden sie auch eine weitere Stärkung des schwarzen Bevölkerungsteils noch verursachen. – So mußte eine der wesentlichsten Einnahmequellen Südafrikas, die Produktion und der Export von Gold, durch den Fall des Gold-Weltmarktpreises von knapp 200 Dollar je Feinunze im Sommer letzten Jahres auf jetzt 100 Dollar wesentliche Einbußen hinnehmen. Hinzu kamen noch Börsenkurseinbrüche: *„Der Kursindex für Goldminenaktien (12. September 1935 = 100) ist zum ersten Mal in diesem Jahrzehnt unter die Hundert-Marke gefallen, er steht jetzt nur noch etwas über 80 Punkte. Anfang dieses Jahres waren es noch 247; der absolute Rekordstand war am 22. Mai 1975 mit 440 Punkten erreicht worden"*, wußte die *FAZ* am 24.8. in ihrem Wirtschaftsteil zu berichten und fand auch gleich die Erklärung dafür: *„Es ist indessen nicht allein der Preissturz von Barrengold, der den panischen Verkauf von Goldminenaktien ausgelöst hat. Viel tragen dazu auch die sich häufenden Rassenunruhen in Südafrika bei. Sie machen die Zukunft der gesamten Minenindustrie Südafrikas unsicher. (...) Man braucht zwar nicht gleich den Teufel an die Wand zu malen, aber auch die künftige Rentabilität der Goldminen ist nicht gerade rosig zu nennen."*

Arbeitsbedingungen in Südafrika

Die andere Schwierigkeit ist der zunehmende Mangel an Arbeitskräften in Anlern- und Lernberufen. Da die meisten weißen Arbeiter zunehmend hochqualifizierte, anweisende, überwachende oder Verwaltungsfunktionen ausüben, muß die Lücke zwangsläufig mit Farbigen und Schwarzen gefüllt werden, eine Maßnahme, die zum Teil durch entsprechende Gesetze („job reservation", d. h. bestimmte Berufe und Tätigkeiten sind nur für Weiße zugänglich), die eine strikte Einhaltung der Apartheid gewährleisten sollen, verhindert und deshalb auch zum Teil von den Unternehmern umgangen werden. Einige führende kapitalistische Konzerne, so die Anglo-American-Corporation des Harry Oppenheimer, setzen sich deshalb für eine teilweise Liberalisierung der „job reservation" (und damit gewisser Bereiche des Apartheid-Systems) ein und kommen somit den Plänen des US-Außenministers Kissinger entgegen. Durch diese Verschiebung der Rassenschranke in den beruflichen Tätigkeiten nach oben, besteht für das Minderheitsregime die Gefahr, daß die schwarzen und farbigen Arbeiter, ihrer zunehmenden beruflichen Qualifikation und Bedeutung für die Produktion bewußt, ein verstärktes Selbstbewußtsein entwickeln und dieses Selbstbewußtsein in ökonomische und politische Aktionen und Kämpfe gegen die weißen Rassisten und Kapitalisten umsetzen. Andererseits ist die ökonomische Notwendigkeit, auch schwarze Arbeiter in solche Berufe zu lassen, unumgänglich und setzt sich tendenziell bereits durch, wie die folgende Tabelle zeigt:

Prozentsatz der ungelernten Arbeiter und Hilfskräfte in der Industrie (ausgenommen Bergbau):

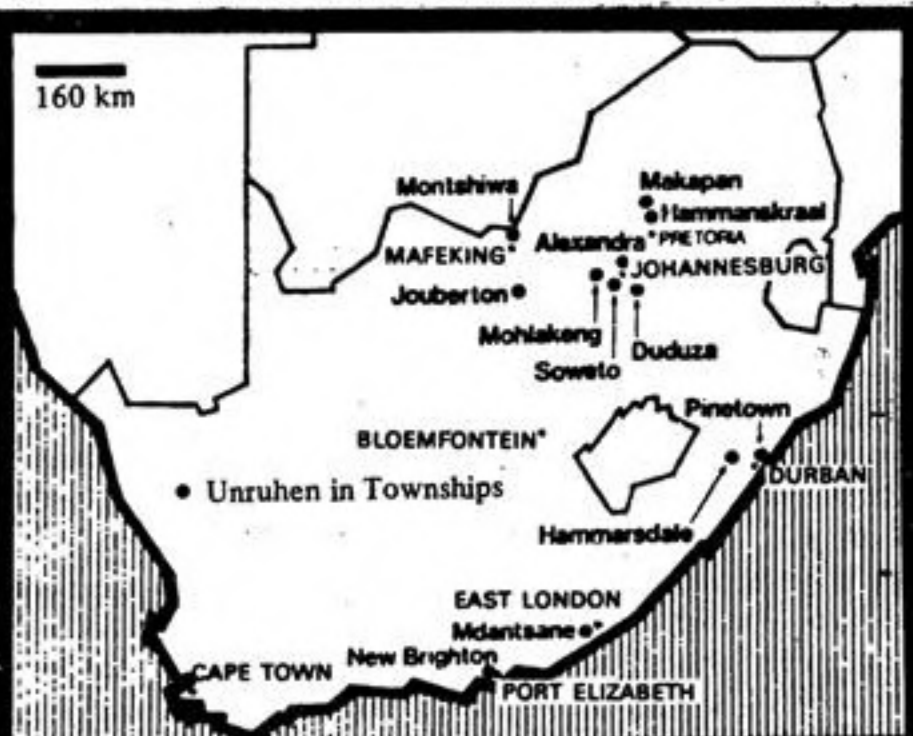
	1936	*1960*	*1970*
Afrikaner	*89,5*	*84,0*	*68,2*
Farbige	*54,6*	*49,4*	*44,2*
Inder	*43,6*	*23,0*	*15,3*
Weiße	*21,8*	*4,2*	*3,3*

(aus: *African Communist*, 2. Quartal 1973; zitiert nach: *Workers Vanguard* Nr. 118)

Verstärkt werden diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch die zunehmende Arbeitslosigkeit, die für weitere soziale Unruhe unter den schwarzen und farbigen Arbeitern sorgt. So kommen laut *Intercontinental Press* jeden Monat etwa 10 000 schwarze Arbeitslose zu der bisherigen Arbeitslosenzahl hinzu, die schätzungsweise zwischen 300 000 und zwei Millionen liegt (nach: *Militant*,27.8.76). Diese Zahlen gehen jedoch vollkommen an den Tatsachen vorbei, da sie zur Grundlage haben, daß die beschäftigungslosen Arbeiter, die nach ihrer Entlassung in die sogenannten Homelands oder Bantustans zurückgeschickt wurden, Arbeit haben, was aber de facto nicht der Fall ist. Von daher ist die Arbeitslosenquote wesentlich höher anzusetzen. Ergänzt werden die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch eine zweimalige Abwertung des Rand (1 Rand = ca. 2,90 DM) innerhalb der letzten 18 Monate.

Das System der Apartheid

Was Apartheid (auch „Baasskap" genannt) ist, und was ihre Folgen sind, beschreibt der folgende Text-Auszug aus dem Film *„The Witnesses"* (Die Zeugen), der von Derek Knight 1970 im Auftrag des International Defence and Aid Fund in Südafrika gedreht wurde:



Bevölkerung Südafrikas:
17,8 Millionen Schwarze (amtlich: Bantus), 4 Millionen Weiße, 2,3 Millionen Mischlinge (amtlich: Farbige), 0,7 Millionen Inder (amtlich: Asiaten); die größten schwarzafrikanischen Völker sind: Zulu 4,5 Millionen, Xhosa 4,5 Millionen, Tswana 2 Millionen, Sepedi 1,7 Millionen, Seshoeshoe 1,5 Millionen; die große Mehrheit der Weißen, der Mischlinge und der Inder lebt in den Städten, von den Schwarzen etwa ein Drittel.

„,Non-white', ,Nicht-weiß' – eine geringschätzige bürokratische südafrikanische Definition aller schwarzen, braunen oder farbigen Menschen. Ein ,Nicht-Weißer' darf nicht nach den Arbeitsplätzen oder dem Reichtum des weißen Mannes trachten. Ein ,Nicht-Weißer' wird auf Schritt und Tritt an seinen niedrigen Status erinnert. Jeder Afrikaner über 16, Mann oder Frau, muß einen Paß oder ein Referenzbuch bei sich tragen, die auf Verlangen sofort vorzuzeigen sind. Dies ist kein normaler Personalausweis, sondern ein Melde-, Arbeits- und Steuerausweis in einem, der alle möglichen Manipulationen des Inhabers zuläßt. Arbeitssuche, Umzug, der Besuch von Verwandten – jede Ortsveränderung des Inhabers muß per Stempel erlaubt werden. Diese komplexen Gesetze dienen dazu, billige Arbeitskräfte zu beschaffen und verursachen dadurch Unsicherheit, Erniedrigung und Rassenhaß. Die Gesetze werden rigoros von einer 30 000 Mann starken Polizei durchgesetzt. Afrikanische Stadtviertel werden nicht länger in der Nähe weißer Städte geduldet. Nicht-weiße Viertel werden niedergerissen und ihre Bewohner weit ab von weißen Gegenden in eingezäunte, von weißen Behörden überwachte Gebiete umgesiedelt. Diese neuen Unterkünfte sind zwar besser als die in den alten Stadtvierteln, aber sie sind isoliert und äußerst einfach. Ein Nicht-Weißer hat kein Recht, sein Haus oder sein Land zu besitzen oder seine Familie bei sich zu haben, falls er in der Stadt arbeitet. Riesige Junggesellenbaracken sind leichter zu verwalten. Die tägliche Fahrt von diesen abgelegenen Unterkünften zum Arbeitsplatz ist teuer und beschwerlich. Hunderte und Tausende von Afrikanern, die in den Städten zu überleben versuchen, werden als ,unerwünscht' bezeichnet. Der schwarze Mann könne es mit dem Weißen auf dessen Gebiet nicht aufnehmen, behauptete die Regierung vor einiger Zeit, doch unbegrenzte Möglichkeiten stünden ihm in den ,home-lands', den Heimatgebieten, offen. Umsiedlung in die Heimatgebiete – eine Regierungspolitik, um unerwünschte Bürger in Stammesgegenden umzusiedeln. Doch in Wirklichkeit bedeuten diese Stammesgebiete den Menschen nichts, die in der Stadt geboren sind, und ebensowenig den Indern und Menschen vermischter Abstammung, die bis vor einiger Zeit noch in den Städten leben durften. Und in dieser ,Heimat' gibt es keine Arbeit, das Land ist ausgelaugt, und die Bewohner sind zu äußerster Armut verdammt. Alle wirkliche Kontrolle liegt in den Händen der weißen Regierung." (zitiert nach: Kultur- und Befreiungskampf des südafrikanischen Volkes, Mai 1974, hrsg. von der Vereinigung internationaler Kulturaustausch e. V., Berlin)

Aufrechterhalten wird dieses System der Rassentrennung in *allen* Bereichen des Lebens durch den Polizeistaat des Vorster-Regimes, der sich für seine Unterdrückungsmaßnahmen mehrere Gesetze geschaffen hat: das Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus, das Terrorismusgesetz, das Sabotagegesetz, das Gesetz über gewalttätige Versammlungen, das Gesetz über kriminelle Handlungen,

das Gesetz über verfassungswidrige Organisationen, das Verteidigungsgesetz und das kürzlich verabschiedete Gesetz über die innere Sicherheit (nach: *Intercontinental Press* vom 5.7.76). Auf der Grundlage dieser Gesetze sind die meisten und wichtigsten Arbeiterorganisationen und Befreiungsbewegungen Südafrikas verboten worden, so die SACP, der ANC und der PAC (Pan Africanist Congress), das UMSA (Unity Movement of South Africa) und andere, führen die Gewerkschaften der Schwarzen und Farbigen eine illegale oder halblegale Existenz. Auf Grundlage dieser Gesetze wurden und werden noch immer hunderte schwarzer Kämpfer inhaftiert und verurteilt, fielen die Schüsse von Soweto.

Es werden nicht nur die Kämpfe gegen die Apartheid vom staatlichen Terror betroffen, auch gegen Streiks wurde – von Ausnahmen abgesehen – mit Polizei und Militär vorgegangen. Der durchschnittliche Lohn eines schwarzen südafrikanischen Arbeiters beträgt gegenwärtig ein Zwanzigstel (!) des Durchschnittslohnes eines Weißen, und die Löhne der Schwarzen liegen – wie die folgende, regierungsoffizielle Statistik beweist – weit unter dem Existenzminimu, das pro Familie bei 103 Rand in einigen ländlichen Gegenden, bei 124 Rand in Durban, bei 127 Rand in Kapstadt und bei 129 Rand in Johannesburg liegt. Die monatlichen Löhne im Dezember und Januar 1975 bzw. 1976 betrugen dagegen nur 115 Rand in der verarbeitenden Industrie, 106 Rand im Baugewerbe, 105 Rand in der Autoindustrie, 95 Rand im Großhandel, 89 Rand bei der Post, 78 Rand bei der Eisenbahn, 77 Rand im Einzelhandel und 57 Rand im Hotelgewerbe (Informationen aus: *Militant* vom 27.8.76).

Das System der Apartheid erlaubt es den Kapitalisten, die schwarzen und farbigen Arbeiter zu niedrigsten Löhnen zu beschäftigen und einen hohen Profit zu erzeilen. Sie konnten somit, auf der Grundlage der extremen Ausbeutung der Schwarzen, den weißen Arbeitern Privilegien zugestehen, die diese zu einer Arbeiteraristokratie werden ließ, die an der Beibehaltung des Status quo interessiert ist und dem Befreiungskampf der Schwarzen bislang ablehnend gegenübersteht. Dieses System entstand um die Jahrhundertwende aus dem Interesse der britischen Kolonialmacht und ihrer Konzerne an billigen Arbeitskräften für die Gold- und Diamantenminen, mit zunehmender Industrialisierung auch für andere Branchen. Lee beschreibt diesen Prozeß folgendermaßen: *„Einmal galt es, die Afrikaner in ein Lohn-Proletariat zu verwandeln, d. h. aber auch, sie in das kapitalistische Produktionsverhältnis zu integrieren; zu diesem Zweck schuf der Staat diverse Steuern, das Paßsystem und verfolgte die für Südafrika charakteristische Agrarpolitik. Zum anderen mußte die emanzipatorische Integration der Afrikaner in die neue kapitalistische Gesellschaft möglichst verhindert werden."* Das heißt die Schwarzen mußten ihre Familien in den Bantustans zurücklassen bzw. diese wurden dahin umgesiedelt; die schwarzen Arbeiter wurden bei Arbeitslosigkeit oder Entlassung in die Bantustans zurückgeschickt genauso wie bei politischer Aufmüpfigkeit, vorausgesetzt sie landeten nicht gleich im Gefängnis. Zu den Bantustans als repressiver Maßnahme kamen dann noch im Laufe der Zeit die verschiedenen anderen Repressalien der Regierung hinzu. Die Apartheid wurde auch auf Inder und Farbige ausgedehnt.

Retribalisierung – eine neues Manöver der Rassisten

Das wesentlichste Mittel zur Unterdrückung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit, zur weiteren Behauptung seiner Herrschaft ist für das Vorster-Regime der Polizei- und Militärapparat. So wurde dessen Etat um 40 % auf 1350 Millionen Rand erhöht, während das Defizit des Gesamthaushalts – aufgrund der Wirtschaftskrise und hauptsächlich auf Kosten der ‚sozialen Dienstleistungen' – um nahezu 300 Millionen Rand *gekürzt* wurde (*Militant* vom 27.8.76)! Das Vorster-Regime bemüht sich, der ausbrechenden Klassenkämpfe Herr zu werden, um weiterer Investitionen von Konzernen imperialistischer Staaten sicher zu sein. Vorster versucht durch diplomatische Manöver, zusammen mit Kissinger, außenpolitisches Prestige und vor allem Verbündete zu gewinnen; vor allem, nachdem sein Versuch, mit einzelnen schwarzafrikanischen Staaten wie Sambia, Ghana, Gabun etc. ins Gespräch zu kommen und diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen aufzunehmen bzw. zu intensivieren, unter dem Eindruck der Unnachgiebigkeit des Rassistenregimes und dem Voranschreiten der afrikanischen Revolution zumindest vorläufig gescheitert ist.

Ein weiteres Manöver in dieser Richtung ist der Plan, den Bantustans die „Unabhängigkeit" zu geben. Über die Funktion dieser Bantustans oder Homelands für den südafrikanischen Kapitalismus wurde bereits weiter oben einiges ausgesagt. Die Bantustans sind wirtschaftlich nicht lebensfähige Gebiete, in denen die Schwarzen – aufgeteilt nach Stammeszugehörigkeit – als industrielle Reservearmee vegetieren sollen. Und nur hier haben sie „politische Rechte" während sie in dem den Weißen vorbehaltenen, wirtschaftlich reichen Teil Südafrikas nichts weiter als Lohnsklaven sind. *„Eines Tages sollen die Bantu-Heimatländer nach der Vorstellung Premierminster Vorsters unabhängige Staaten und zusammen mit dem ‚weißen' Südafrika Mitglieder eines Verbandes nach dem Vorbild des Commonwealth sein. Allerdings ist nur ein Heimatland geschlossen: das kleine Süd-Sotho-Gebiet (45 742 ha). Zululand in Natal (3 144 421 ha) besteht dagegen z. B. aus 29 voneinander durch ‚weißes' Gebiet getrennte Landstücke. Das größte Heimatland, Transkei (Xhosa-Bevölkerung, 3 672 212 ha, 1 730 000 Einwohner), besteht aus zwei Teilen."* (aus: Franz Ansprenger, Afrika..., S. 159/160) Die Bevölkerung der Bantustans wird von den „Häuptlingen" „vertreten", die von der südafrikanischen Regierung eingesetzt werden und als „Onkel Toms" Lakaiendienste für diese ausüben. Der Xhosa-Häuptling Kaizer (!) Matanzima „herrscht" außer über die Bewohner der Transkei noch über ca. 2 Millionen weiterer „Staatsbürger", Xhosa, die außerhalb der Transkei wohnen und arbeiten! Als erstes von zehn Bantustans soll die Transkei am 26. Oktober unter Kaizer Matanzima „unabhängig" werden – *„mit einem weißen südafrikanischen Finanzminister und einem weißen Minister für innere Sicherheit"* (*Torch* Nr. 6, 15.6.-14.7.76). Wenn auch in letzter Zeit von einzelnen von der Regierung eingesetzten „Häuptlingen" oder Vorsitzenden von Townships (wie Soweto) Kritik an dem südafrikanischen Rassistenregime geübt wird, dann geschieht dies nur wegen des Drucks von unten, den diese Handlanger des Regimes mit zunehmender Stärke verspüren. Ihre einzige Aktivität besteht jedoch lediglich darin, den Unmut und den Haß der schwarzen Bevölkerung in Geprächen mit Regierungsvertretern kanalisieren zu wollen.



Balthasar Johannes Vorster

wurde 1915 im Kapland geboren, studierte in Stellenbosch Jura, praktizierte als Rechtsanwalt und kam 1953 für die ‚Nationale Partei' zum ersten Mal ins Parlament. Während des 2. Weltkriegs hatte er in einer militant-faschistischen Organisation, „Ossewa Brandwag", aktiv für das von den Nazis beherrschte Deutschland Partei ergriffen. Aus dieser Zeit, 1942, stammt die Äußerung: „Wir treten für den christlichen Nationalismus ein, der ein Verbündeter des Nationalsozialismus ist. Man kann dieses anti-demokratische Prinzip Diktatur nennen, wenn man will. In Italien heißt es Faschismus, in Deutschland Nationalsozialismus, in Südafrika christlicher Nationalismus." *1961 wurde Vorster Justizminister unter Verwoerd, 1966 Premierminster.*

Dieser Versuch der *Retribalisierung*, d. h. die Schwarzen zum einen wieder in ein bestimmtes Stammesdenken zurückzuzwingen und sie zum anderen dem kapitalistischen Produktionsprozeß zur Verfügung zu halten, soll die immer stärker werdende und nun massiv zum Ausbruch kommende Kampfbereitschaft der Schwarzen zerstören und zugleich westlich-liberalen Vorstellungen vom „Abbau der Rassentrennung" entgegenkommen, da ja die Schwarzen als „Staatsbürger" in ihren jeweiligen Bantustans *dort* nicht diskriminiert würden. Doch dürfte dieser Versuch des Vorster-Regimes zum Scheitern verurteilt sein, da er keine tatsächliche soziale und politische Verbesserung für die Schwarzen bringt, sondern ihre Lage verfestigt und verschärft.

Und bereits jetzt wird von den militanten Organisationen der Schwarzen der Kampf gegendie Retribalisierung aufgenommen!

Eine neue Ebene des Kampfes

Die Kämpfe der Schwarzen und Farbigen in allen Teilen Südafrikas, die am 16. Juni in Soweto mit der Demonstration gegen die Einführung von Afrikaans (der Burensprache) als Unterrichtssprache für die schwarzen Schüler begannen, gelangten mit dem dreitägigen Generalstreik vom 23. bis 25. August in Soweto auf eine qualitativ neue Ebene des Kampfes, führten aber auch zu einer ersten Krise. – Während anfänglich die Demonstrationen größtenteils von Schülern und Jugendlichen getragen wurden, erhielten sie zusehends einen proletarischeren Charakter, was schließlich seinen Ausdruck in dem Generalstreik fand. Trotz der beschränkten politischen Ziele des ANC, der diesen Generalstreik hauptsächlich organisierte, ist die große Teilnahme (80 % der Bevölkerung von Soweto laut *Socialist Press* vom 25.8.) ebenso als ein Erfolg zu werten wie die Tatsache, daß hiermit eine der wichtigsten Kampfmethoden des Proletariats, der Streik, gegen das weiße Regime eingesetzt wurde. Dagegen verblaßt die in den 60er Jahren von den meisten Befreiungsorganisationen eingeschlagene Orientierung auf den Guerillakampf, die auch nichts anderes als einen völligen Mißerfolg aufweisen konnte.

Aber gleichzeitig gelang es der Bourgeoisie, das noch vorhandene Stammesdenken auszunutzen und Angehörige der Zulus gegen andere Schwarze aufzuwiegeln. So berichteten sogar bürgerliche Zeitungen, daß die Polizei die Zulus zu den Gewalttätigkeiten aufgemuntert hatte, um dann mit umso größerer Härte gegen alle Schwarzen vorzugehen; an diesen Tagen gab es 35 Tote in Soweto. Doch die Schadenfreude der bürgerlichen Schreiberlinge, wie sie in ihren Berichten zum Ausdruck kam, wird nicht lange dauern. Auch die Zulus werden erkennen, wo der Feind steht, und sich mit ihren schwarzen Klassenbrüdern der anderen Stammesgruppen in einer gemeinsamen Kampffront zusammenschließen.



Das Parteisymbol des African National Congress (ANC) von Südafrika

Während des Generalstreiks und den Auseinandersetzungen mit den Zulus wurden Hunderte verhaftet. *„Viele seien inhaftiert worden, weil man glaubte, in Freiheit könnten sie die gegenwärtige Situation verschlimmern. Nach Beendigung der Spannungssituation würden sie freigelassen.... Die Reaktion der friedlichen Bevölkerung von Soweto habe den Unruhestiftern gezeigt, daß es Leute gebe, die bereit sind, sich selbst und ihr Eigentum zu schützen"*, zitiert die *FAZ* 28.8. den Polizeiminister Kruger.

Die Unterstützung dieser Kämpfe durch die Revolutionäre in den imperialistischen Ländern wäre di e Organisierung eines weltweiten Wirtschaftsboykotts, um so den Versuch des Vorster-Regimes, die wirtschaftliche Stabilität des südafrikanischen Kapitalismus wieder herzustellen, zum Scheitern zu bringen, sowie die materielle Unterstützung südafrikanischer Befreiungsorganisationen. Hierzu liefert die englische Organisation Workers Socialist League in ihrer Zeitung *Socialist Press* (Ausgabe vom 25.8.) ein gutes Beispiel: *„Gegenwärtig beansprucht die Callaghan-Regierung, das Waffenembargo der Vereinten Nationen durchzuführen. Aber dies ist ein Betrug. Die Interpretation des Embargos ist so nachlässig, daß, wenn es schon keine britischen Kugeln sind, die schwarze Arbeiter töten, sie zumindest von britischen Fahrzeugen wie dem British Leyland Landrover abgefeuert werden – ein beliebtes Fahrzeug der Unterdrückungsstreitkräfte der ganzen Welt. Diese Waffen und Ausrüstungen müssen stattdessen an die Guerillastreitkräfte geliefert werden, die den Imperialismus bekämpfen."* Dieser Vorschlag verbindet den Kampf für das Waffenembargo mit der materiellen Unterstützung der Befreiungsorganisationen und gibt den Arbeitern in England nicht nur die Möglichkeit zur passiven, sondern zur aktiven kämpferischen Solidarität im Kampf gegen die Kollaboration ihrer „eigenen" Bourgeoisie mit dem südafrikanischen Rassistenregime!

Klassenkampf gegen Apartheid und Kapitalismus

Da die Apartheid ihre Wurzeln in den Profitinteressen der Kapitalisten hat, läßt sie sich nicht – wie es die Stalinisten propagieren (siehe auch die Einleitung zu Trotzkis Brief nach Südafrika) vom antikapitalistischen Kampf isoliert, lediglich mit einer bürgerlich-demokratischen Kampfperspektive bekämpfen. Um die Apartheid zu beseitigen, müssen auch ihre sozialen Wurzeln, der südafrikanische Kapitalismus verschwinden. Von dieser grundlegenden Einschätzung müssen wir bei der Entwicklung einer Kampfperspektive für die südafrikanische Revolution ausgehen. Das bedeutet auch, daß wir den Kampf gegen die Apartheid nur als Klassenkampf führen können, mit den Methoden und den Zielen des revolutionären Klassenkampfes. Das heißt auch, daß die südafrikanischen *schwarzen* Arbeiter auch alles unternehmen müssen, um die *weißen* Arbeiter für diesen Kampf zu gewinnen, ohne jedoch *„auch nur die kleinsten Zugeständnisse"* an deren chauvinistisches Bewußtsein zu machen; diese weißen Arbeiter müssen vor die Alternative gestellt werden: *„Entweder mit dem britischen Imperialismus und der weißen Bourgeoisie Südafrikas oder mit den schwarzen Arbeitern und Bauern gegen die weißen Feudalisten und Sklavenbesitzern und ihre Agenten in den Reihen der Arbeiterklasse selbst."* (Trotzki) Der Kampf gegen „job reservation" und für gleiche Löhne, für die Abschaffung des Paßsystems und der Zwangsarbeit (d.h. daß man bei Arbeitslosigkeit in das Bantustan zurückgeschickt werden kann) wird geführt werden müssen – auch gegen den Widerstand der weißen Arbeiter! –, um die bestehende Kluft zwischen schwarzen Lohnsklaven und weißer Arbeiteraristokratie zuzuschütten. Die sich heute schon abzeichnende Entwicklung des südafrikansichen Kapitalismus (s. o.) wird diesen Kampf unterstützen.

ANZEIGE

Bolletino della FMR – Bestellungen an:
A. Marazzi, C.P. 30093, Roma/Italien

Problemi della Rivoluzione Portoghese – 8,00 DM
(herausgegeben von der FMR), Bestellungen an:
Ergebnisse & Perspektiven Verlags- und Vertriebs-GmbH
Altenessener Str. 337, 43 Essen 12

Im Vordergrund des Kampfes der schwarzen Massen Südafrikas steht ihre Forderung nach Abschaffung der Apartheid, nach politischer Selbstbestimmung, die gegenwärtig ihren Ausdruck findet in der Losung *One man, one vote!* (Ein Mensch, eine Stimme!) Hier zeigen sich noch die Illusionen der südafrikanischen Massen – Illusionen, die von den reformistischen Befreiungsbewegungen geschürt werden – in die bürgerliche Demokratie, von der diese politische Selbstbestimmung erwartet wird. Hier zeigt sich auch, daß die Schwarzen – obwohl direkt davon betroffen – noch nicht erkannt haben, daß sie einen erfolgreichen Kampf gegen Apartheid und politische Entrechtung nur in der Perspektive der sozialistischen Revolution führen können. Da von Organisationen wie der SACP oder dem ANC eine solche Kampfperspektive nicht zu erwarten ist, ist es die Pflicht der wirklichen Revolutionäre, den Massen diesen Weg zu zeigen. Dabei muß ein sektiererisches Handeln ausgeschlossen werden, die Revolutionäre müssen gemeinsam mit den Schwarzen Südafrikas den Kampf für die demokratischen Rechte führen. Denn nur wenn sie *wirklich dafür kämpfen*, werden die Schwarzen ihre Illusionen in die bürgerliche Demokratie verlieren. *„Die Massen selbst müssen dieses* (demokratische, Anm. d. Verf.) *Programm im Kampf überwinden."* (Übergangsprogramm) In diesem gemeinsamen Kampf, beim Machen gemeinsamer Erfahrungen müssen die Revolutionäre die breiten Massen jedoch unablässlich auf die Gefahren, die in der verkürzten Kampfperspektive liegen,und auf die verräterische Politik der Reformisten (vor allem der SACP) hinweisen, müssen unermüdlich die revolutionären Erfordernisse des Kampfes betonen.

Die schwarzen südafrikanischen Arbeiter werden also bei der Herstellung ihrer demokratischen Rechte nicht vor den Interessen des Kapitals, weder des einheimischen noch ausländischen, Halt machen können, da beide von der Unterdrückung und Entrechtung der Schwarzen profitieren. Die Zerschlagung der Apartheid wird somit notwendigerweise die Zerschlagung des südafrikanischen Kapitalismus zur Folge haben. Die südafrikanische Arbeiterklasse muß sich heute schon für diese Aufgabe rüsten, sie muß darauf vorbereitet sein, die wirtschaftliche und politische Macht in diesem Land zu übernehmen. Und sie muß sich für diesen Zweck ihre revolutionäre Partei schaffen, die die südafrikanische Revolution als Bestandteil der Revolution in ganz Südafrika versteht!

Hans Döhlmann

Trotzki's Brief nach Südafrika

Bei dem im folgenden abgedruckten Brief Trotzkis handelt es sich um die – unseres Wissens erste – deutsche Übersetzung nach der englischen Vorlage aus Franz J. T. Lees Buch „Südafrika vor der Revolution?" (Frankfurt, Januar 1973). Die erste Veröffentlichung von Trotzkis Brief war im November 1944 in Workers Voice, der Zeitung der Fourth International Organisation of South Africa (FIOSA). Der Ursprung des Briefes liegt in einer Diskussion zwischen zwei südafrikanischen trotzkistischen Gruppen, der FIOSA und der Workers' Party of South Africa, die schließlich dazu führte, daß beide Gruppen einige Programmthesen an Trotzki, der sich zu dieser Zeit – 1933 – in Frankreich aufhielt, schickten. Allerdings erreichte nur der Brief der Workers' Party Trotzki; auch die beiden Thesenentwürfe sind heute nicht mehr auffindbar.

Die trotzkistischen Organisationen in Südafrika

1930 wurden die südafrikanischen Trotzkisten aus der 1921 gegründeten Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) ausgeschlossen. Die Trotzkisten bildeten daraufhin den Lenin-Club mit Gruppen in Kapstadt, Johannesburg und Pretoria. Aufgrund der Differenzen über die Agrar- und die nationale Frage bildeten sich im Lenin-Club zwei Tendenzen; 1934 spaltete sich der Lenin-Club schließlich in die FIOSA mit der Zeitung *Workers Voice* und in die Workers' Party, der der Spartacus-Club angegliedert war und von der die Zeitung *Umlilo-Mollo* (= Die Flamme) herausgegeben wurde. Beide Gruppen schlossen sich später der 4. Internationale an, ohne jedoch ihre Differenzen bereinigen zu können. Die FIOSA zerfiel 1954, während sich die Workers' Party und der Spartacus-Club im gleichen Zeitraum in einer Befreiungsorganisation auflösten. Beide Gruppen hatten ihre Mitglieder hauptsächlich unter der farbigen Bevölkerung; während die FIOSA nie über das Stadium einer isolierten Propagandagruppe hinauskam, hatte die Workers' Party zeitweise beträchtlichen Einfluß unter dem schwarzen Landproletariat in bestimmten Regionen.

Bei der Einschätzung von Trotzkis Antwort an die Workers' Party muß man berücksichtigen, daß er nur deren Thesen und nicht die der FIOSA kannte, und daß Trotzki – nach eigenem Bekunden – *„unzureichend bekannt mit den Bedingungen in Südafrika"* war, um *„eine völlig schlüssige Meinung zu einer Reihe praktischer Fragen beanspruchen zu können."*

So ging Trotzki auch fälschlicherweise davon aus, daß es sich bei der schwarzen Bevölkerung auf dem Land und in den Reservaten um „Bauern" handelte, während es tatsächlich Land- bzw. Wanderproletariat war. So lebten 1911 – 22 Jahre bevor Trotzki diesen Brief schrieb – etwa 2,5 Millionen Schwarze als Landproletariat in den Reservaten und auf den Besitzungen der Weißen. Dagegen kamen lediglich 50 000 schwarze Kleinbauern. Durch die Regierungspolitik, die mit ständigen Gesetzesverschärfungen den Schwarzen das Pachten oder den Besitz von Land schließlich völlig verunmöglichte, ist diese Zahl bis 1933 weitgehend und bis heute völlig verschwunden. Lee schreibt: *„In den Reservaten existierte keine nennenswerte selbständige Kleinbauernschicht; die landlosen, schwarzen Bauern pendelten als Wanderarbeiter mit einem halb-bäuerlichen, halb-proletarischen Bewußtsein zwischen Stadt und Land. Fast drei Viertel der afrikanischen Gesamtbevölkerung sind bereits um 1936 in den kapitalistischen Arbeitsprozeß eingespannt, ohne im wesentlichen zugleich in die kapitalistische Gesellschaft integriert worden zu sein."* (S. 99) Und: *„Die überwältigende Mehrheit der Reservatbewohner bildete keine Bauernschaft im traditionellen Sinne. Sie lebte zusammengepfercht auf Parzellen und besaß nur die primitivsten und elementarsten Produktionsinstrumente."* Berücksichtigt man dies und auch die zu mild formulierte Kritik Trotzkis an den Thesen der Workers' Party, vor allem in bezug auf das Verhältnis von Agrar- und nationaler Frage, dann bleiben doch wesentliche Aussagen Trotzkis bestehen, die für die Entwicklung einer revolutionären Politik in Südafrika von zentraler Bedeutung sind.

Nationale und Agrarfrage

Die – nach Trotzkis Formulierung – bereits in dem Thesenentwurf von 1933 angelegte Überbetonung bzw. gar Trennung der Agrarfrage von der nationalen Frage wurde – laut Lee (S. 109) – von der Workers' Party in den folgenden Jahren bis 1945 noch weiter verstärkt. Obwohl sie verbal an der Politik der Oktober-Revolution festhielt und sich auf Marx, Engels, Lenin, Trotzki und die 4. Internationale berief, betrieb sie in der Parxis eine kleinbürgerliche Politik, die – ausgehend von einer völligen Überschätzung des bäuerlichen und einer Unterschätzung des proletarischen Bewußtseins – über die Forderung nach Umverteilung des Landes als *Privateigentum* schließlich bei der Feststellung landete, daß die *„eigentlichen Aufgaben einer sozialistischen Partei die Mobilisierung und Führung der schwarzen, landlosen Bauernmassen .... und die Forderung nach Agrarreform sind"* (Lee, S. 110). Daß dann durch diese ‚Bauernrevolution' eine bürgerlich-demokratische Gesellschaft hervorgebracht werde, war die logische, aber falsche Konsequenz. Die Forderung der Workers'Party nach privatem Landbesitz resultierte aus einer falschen historischen Analyse. Denn im Gegensatz zu Rußland hat es in Südafrika in der Vorkolonialzeit weder individuellen Landbebau noch -besitz gegeben, sondern nur *kollektiven*. Mit der Vertreibung aus ihren Stammesgebieten durch die Kolonialisten, mit der Umwandlung in ein Kolonialproletariat entwickelte die schwarze Bevölkerung ein zunehmendes proletarisches Bewußtsein, während ihr tribalistisches (d. h. Stammes-)Bewußtsein zusehends zerstört wurde.

Die aus der falschen Einschätzung der Workers' Party resultierende Geringschätzung der nationalen, der Rassenfrage für den Befreiungskampf der Schwarzen, mußte dann schließlich dazu führen, daß die Workers' Party die materiellen Grundlagen für die Rassentrennung nicht erkennen konnte, und sie so die Notwendigkeit des *Klassenkampfes*, des Kampfes für die sozialistische Revolution hinter den Kampf für eine Agrarreform, für eine bürgerlich-demokratische Gesellschaft zurückstellte.

Demgegenüber vertrat die FIOSA eine wesentlich korrektere Position. So schrieb eines ihrer führenden Mitglieder, A. Mon: *„Um eine bereitwillige Quelle von kontrollierbarer billiger Arbeit zu haben, hat der Imperialismus vorsätzlich die Entwicklung der afrikanischen Bauernschaft verhindert, da eine solche Bauernschaft auf dem Land leben würde und deshalb die Zahl der menschlichen Lasttiere verringern würde, die in den Minen, Fabriken und auf den Farmen ausgebeutet werden."* – *„Die Lösung der Landfrage ist ein Teil des Kampfes gegen den Imperialismus und die nationale Unterdrückung. Von diesem Standpunkt aus müssen wir den ländlichen Kampf betrachten."* – *„Hier in diesem Land ist es nicht so sehr eine Frage der Allianz zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft, sondern des Aufbaus eines Bündnisses zwischen städtischen und ländlichen Arbeitern, von denen die große Mehrzahl Lohnsklaven sind und durch die Rassenschranke, Rassentrennung und das Fehlen von Rechten (einschließlich dem Recht auf Landbesitz) allgemein unterdrückt werden."* – *„Aber diese Organisation und dieser Kampf kann nicht den richtigen Weg gehen, solange sie nicht durch eine revolutionäre leninistische Arbeiterpartei geführt werden."* (*Workers' Voice* vom Juli 1945; zitiert nach: Lee, S. 113-115)

Diese Einschätzung wurde durch die Entwicklung bis heute – noch stärkere Proletarisierung der schwarzen Massen, ihre ökonomische und damit politische Bedeutung für das kapitalistische Südafrika – noch mehr bestätigt, so daß auch ehemalige Mitglieder der Workers' Party, die heute in nationalen Befreiungsbewegungen Südafrikas tätig sind, ihre damalige Forderung nach Umverteilung des Landes als Privateigentum in der Zwischenzeit fallengelassen haben und in bezug auf die Agrarfrage die damalige Position der FIOSA – Enteignung des Großgrundbesitzes und Umwandlung in Gemeineigentum – übernommen haben. Von daher gewinnt die nationale Frage heute ein noch stärkeres Übergewicht über die Agrarfrage, wird noch deutlicher, daß die Agrarfrage nur im Rahmen der nationalen Frage gelöst werden kann. In der Hervorhebung dieses entscheidenden Aspekts gegenüber den südafrikanischen Genossen, liegt eine wesentliche Bedeutung des Briefes von Trotzki.

Nationale Frage und sozialistische Revolution

Wenn Trotzki in seinem Brief schreibt, daß das befreite Südafrika *„zuallererst als eine ‚schwarze' Republik entstehen"* wird und daß es sich dabei *„um die ersten Schritte in Richtung Befreiung"* handele, dann ging er lediglich von den gegebenen Voraussetzungen aus, daß nämlich die bisher unterdrückte *„vorherrschende Bevölkerungsmehrheit, von ihrer sklavischen Abhängigkeit befreit, dem Staat ein bestimmtes Gepräge geben wird"*. Trotzki wandte sich mit diesen Sätzen auch gegen diejenigen weißen Chauvinisten im Mäntelchen des „Sozialisten", die unter Mißbrauch der Parole eines gemeinsamen Nebeneinanders von Weiß und Schwarz den Vorrang des nationalen Befreiungskampfes der unterdrückten schwarzen Mehrheit leugneten und sabotierten.

Aber Trotzki schloß damit keineswegs gleichberechtigte oder brüderliche Beziehungen zwischen Schwarzen und Weißen aus (was er jedoch in erster Linie vom Verhalten der letzteren abhängig machte), sondern *„Trotzki (sah) die ‚Black Republic' nur als Übergangsstaat, als Produkt einer sozialistischen Revolution, die die politische Macht der Afrikaner konsolidieren und die Ausgangsbasis einer permanenten Revolutionierung bilden solle"* (Lee, S. 119). Er verband die nationalen, demokratischen Forderungen der schwarzen Massen mit dem Kampf für den Sozialismus.

Ganz im Gegensatz dazu die Stalinisten, die unter der bürokratisierten Komintern die von Kuusinen, einem finnischen Stalinisten, entwickelte Strategie einer bürgerlich-demokratischen ‚Unabhängigen Schwarzen Republik' (die auch für die USA propagiert wurde) vertraten. Erst in einer späteren, unbestimmten Phase, die mit dem jetzigen Kampf gegen Rassismus und Ausbeutung (sofern gegen letzteres überhaupt gekämpft werden sollte) nichts zu tun hatte, sollte dann – so die Stalinisten – eine Weiterentwicklung zum Sozialismus möglich sein.



–Spartacusbund: Die Vierte Internationale wiederaufbauen !
–Interview mit einem Genossen der ehemaligen SAP (der 30er Jahre)
–Revolutionary Communist Group (England): Die Frage der Internationale

Auch die heute größte Befreiungsbewegung – der African National Congress (ANC), der weitgehend von der SACP, liberalen und christlichen Kräften kontrolliert wird (vgl. die KB-Broschüre *Einige Grundfragen der afrikanischen Revolution,* S. 19) – vertritt diese Zwei-Etappen-Theorie. Die *soziale* Frage wird von dem Problem der Apartheid getrennt, die Frage, ob Sozialismus oder Kapitalismus (mit vollen bürgerlich-demokratischen Rechten natürlich) auf die Zeit *nach* dem ‚Sieg' verschoben: *„Der riesige Reichtum unseres Landes wird von allen Bürgern geteilt werden. Jedoch muß der genaue Prozeß, durch den diese letzten Ziele erreicht werden, der Entscheidung der Massen nach dem Sieg überlassen werden. Es ist deshalb nicht möglich vorauszusagen, wie die totale und endgültige Vernichtung der Apartheid (....) erreicht werden kann."* (aus: *Sechaba,* Zeitung des ANC, Februar 1969; zitiert nach : Lee, S. 130) Und: *„Wir wollen das Stimmrecht unserer schwarzen Bevölkerung in Südafrika, aber wenn dennoch, wenn wir ein Wahlrecht hätten, die tatsächliche Macht sich in den Händen von Oppenheimer* (Besitzer eines der größten Konzerne in Südafrika, Anm. d. Verf.) *usw. befindet, ist die Macht eben nicht in den Händen des Volkes, und das Volk ist diejenige Kraft, die über die Zukunft entscheidet."* (Reg September, Europa-Sprecher des ANC, in der o. a. KB-Broschüre, S. 21) Und so geht das Programm des ANC, die am 25./26. Juni 1955 auf dem Volkskongreß von Kliptown verabschiedete „Freiheitscharta", auch nicht über radikaldemokratische Forderungen hinaus.

Die Politik der Stalinisten und des ANC ist also lediglich ein auf demokratische Ziele beschränkter, ein Anti-Apartheid- und kein Klassenkampf. Da jedoch *„der Rassismus unter dem die Afrikaner leiden, ... kein Relikt* (feudalistischer Verhältnisse, Anm. d. Verf.) *(ist), das es durch reformistische Methoden auszuschalten gilt, sondern immanenter Bestandteil der Einführung und Konsolidierung kapitalistischer Verhältnisse in Südafrika"*, würde die Realisierung der ANC-Forderungen nur gegen *„den entscheidendsten Widerstand des einheimischen .... und ausländischen Kapitals"* und *„nur .... durch eine Entmachtung der nationalen und imperialistischen Bourgeoisie in Südafrika"* möglich sein (Lee, S. 85). Die konterrevolutionäre Ideologie des Stalinismus hat jedoch solche politischen Schlußfolgerungen verhindert.

Unter Berücksichtigung der ökonomischen Grundlagen für die nationale Frage, die Apartheid, sah Trotzki die einzige Lösungsmöglichkeit derselben – und indem er die Bedeutung der südafrikanischen Revolution für den gesamten Schwarzen Kontinent hervorhob – im *PROLETARISCHEN KLASSENKAMPF,* in der *PERMANENTEN REVOLUTION!*

H. D.

(In den nächsten Ausgaben von *Spartacus* werden wir neben einer Berichterstattung und Einschätzung der politischen Ereignisse in Südafrika ausführliche Informationen über die nationalen Befreiungsbewegungen und die Organisationen der Arbeiterklasse sowie eine Darstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Systems der Apartheid bringen, desgleichen Berichte über die Situation in Zimbabwe und Namibia. – Die Redaktion)

TROTZKI:

BEMERKUNGEN ZU DEM THESENENTWURF DER WORKERS' PARTY OF SOUTH AFRICA

Paris, den 20. April 1933

In den folgenden Zeilen möchte ich gewisse Bemerkungen in Hinsicht auf den Thesenentwurf machen, der der Workers' Party of South Africa als Programm dienen wird. Unter keinen Umständen bringe ich diese Bemerkungen in Gegnerschaft zu dem Text der Thesen vor. Ich bin zu unzureichend bekannt mit den Bedingungen in Südafrika, um eine völlig schlüssige Meinung zu einer Reihe praktischer Fragen beanspruchen zu können. Nur in gewissen Stellen bin ich gezwungen, meine Nichtübereinstimmung mit bestimmten Aspekten des Thesenentwurfs auszudrücken.

Aber auch hier haben wir, soweit ich es aus der Ferne beurteilen kann, **keine prinzipiellen Differenzen** mit den Autoren der Thesen. Es ist vielmehr eine Sache gewisser polemischer **Überspitzungen,** die von der verderblichen nationalistischen Politik des Stalinismus herrühren. Aber es ist im Interesse der Sache, auch nicht über leichte Ungenauigkeiten in der Darstellung hinwegzugehen, sondern sie im Gegenteil für freimütige Überlegungen bloßzustellen, um den klarsten und tadellosesten Text zu erreichen. So ist das Ziel der folgenden Zeilen von dem Wunsch bestimmt, den südafrikanischen Bolschewiki-Leninisten bei dieser großen und verantwortlichen

Arbeit, die sie sich selbst gestellt haben, zu helfen.

Großbritanniens südafrikanische Besitztümer ergeben ein Dominion (1) nur aus der Sicht der weißen Minderheit. Aus der Sicht der schwarzen Mehrheit ist Südafrika eine Sklavenkolonie. Keine soziale Erhebung (in erster Linie eine Agrarrevolution) ist denkbar, solange der britische Imperialismus im Südafrikanischen Dominion anwesend ist. Der Sturz des britischen Imperialismus in Südafrika ist genauso unerläßlich für den Triumph des Sozialismus in Südafrika, wie er es für Großbritannien selbst ist. Wenn, was anzunehmen möglich ist, die Revolution zuerst in Großbritannien beginnen wird, dann wird die britische Bourgeoisie je weniger Unterstützung in den Kolonien und Dominions finden (eingeschlossen eine solch wichtige Besitzung wie Südafrika), desto schneller ihre Niederlage zuhause sein wird. Der Kampf für die Vertreibung des britischen Imperialismus, seiner Werkzeuge und Agenten tritt somit als ein unerläßlicher Bestandteil des Programms der proletarischen Partei Südafrikas auf.

Der Sturz der Vorherrschaft des britischen Imperialismus in Südafrika kann kommen als ein Resultat einer militärischen Niederlage Großbritanniens (2) und des Zerfalls des Empires (3); in diesem Fall können die südafrikanischen Weißen ihre Herrschaft über die Schwarzen noch für eine gewisse, schwerlich eine beträchtlich lange Periode aufrechterhalten. Eine andere Möglichkeit, die in der Praxis mit der ersten verbunden sein könnte, ist eine Revolution in Großbritannien und seinen Besitzungen. Drei Viertel der Bevölkerung Südafrikas (fast sechs von beinahe acht Millionen) setzen sich aus Nicht-Europäern zusammen. Eine siegreiche Revolution ist undenkbar ohne das Erwachen der eingeborenen Massen; in ihrem Verlauf wird sie ihnen geben, was ihnen heute so fehlt: Vertrauen in ihre Stärke, ein erhöhtes persönliches Bewußtsein, ein kulturelles Wachstum. Unter diesen Bedingungen wird die Südafrikanische Republik zuallererst als eine „schwarze" Republik entstehen; dies schließt natürlich volle Gleichheit für die Weißen oder brüderliche Beziehungen zwischen den zwei Rassen nicht aus (was hauptsächlich vom Verhalten der Weißen abhängt). Aber es ist völlig offensichtlich, daß die vorherrschende Bevölkerungsmehrheit, von ihrer sklavischen Abhängigkeit befreit, dem Staat ein bestimmtes Gepräge geben wird.

Insofern eine siegreiche Revolution nicht nur die Beziehungen zwischen den Klassen, sondern auch die zwischen den Rassen radikal ändern und den Schwarzen den Platz im Staat sichern wird, der mit ihrer Anzahl übereinstimmt, insofern wird die **soziale** Revolution in Südafrika auch einen **nationalen** Charakter haben. Wir haben nicht den geringsten Grund, vor dieser Seite der Frage unsere Augen zu verschliessen oder ihre Bedeutung zu mindern. Im Gegenteil, die proletarische Partei sollte in Worten und Taten offen und kühn die Lösung des nationalen (Rassen-)Problems in die Hand nehmen. Nichtsdestoweniger kann und muß die proletarische Partei das nationale Problem mit **ihren eigenen** Methoden lösen. Die historische Waffe der nationalen Befreiung kann nur der **KLASSENKAMPF** sein. (....)

Wenn die Thesen sagen, daß die Losung einer „Schwarzen Republik" für die revolutionäre Sache **gleich** schädlich ist wie die Losung eines „Südafrikas für die Weißen", dann können wir nicht mit der Form dieser Feststellung übereinstimmen; während es sich beim letzteren um eine Unterstützung der vollständigen Unterdrückung handelt, so handelt es sich beim ersteren um die ersten Schritte in Richtung Befreiung. Wir müssen mit aller Entschiedenheit und ohne jede Zurückhaltung das volle und bedingungslose Recht der Schwarzen auf Unabhängigkeit akzeptieren. Nur auf der Grundlage eines gemeinsamen Kampfes gegen die Vorherrschaft der weißen Ausbeuter kann die Solidarität zwischen schwarzen und weißen Arbeitern gepflegt und gestärkt werden. Es ist möglich, daß die Schwarzen **nach dem Sieg** es für unnötig halten, einen besonderen schwarzen Staat in Südafrika zu bilden; sicherlich werden wir **sie** nicht **zwingen**, einen besonderen Staat zu etablieren, sondern lassen sie unbehindert diese Entscheidung treffen, auf der Grundlage ihrer eigenen Erfahrung und nicht gezwungen durch die Sjambok (4) der weißen Unterdrücker. Die proletarischen Revolutionäre dürfen nie das Recht der unterdrückten Nationalitäten auf Selbstbestimmung, einschließlich der völligen Loslösung, und die Pflicht des Proletariats der unterdrückenden Nation, dieses Recht – falls notwendig – mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, vergessen. Die Thesen unterstreichen völlig korrekt die Tatsache, daß die Lösung der nationalen Frage in Rußland durch die Oktober-Revolution gebracht wurde.

„Wir dürfen nicht", sagen die Thesen, „mit dem African National Congress in nationalistischen Losungen konkurrieren, um die eingeborenen Massen zu gewinnen." Der Gedanke an sich ist korrekt, aber er erfordert konkrete Erweiterung. (....) Die Thesen stellen als politische Hauptlosung nicht einen „national-demokratischen Staat", sondern einen südafrikanischen „Oktober" heraus. Die Thesen beweisen, und beweisen überzeugend,

a) daß die nationalen und Agrarfragen in ihren Grundlagen übereinstimmen;
b) daß beide Fragen nur auf eine revolutionäre Art und Weise gelöst werden können;
c) daß die revolutionäre Lösung dieser Frage unvermeidlich zur Diktatur des Proletariats führt, das die eingeborenen bäuerlichen Massen führt;
d) daß die Diktatur des Proletariats die Ära eines Sowjetregimes und des sozialistischen Aufbaus eröffnet. Diese Schlußfolgerung ist der Eckstein des gesamten Gefüges des Programms.

Hier sind wir in völliger Übereinstimmung.
Aber die Massen müssen durch das Mittel einer Reihe taktischer Losungen zu dieser allgemeinen „strategischen" Formel gebracht werden. Es ist möglich, diese Losungen in jedem gegebenen Stadium auszuarbeiten, lediglich auf der Grundlage einer Analyse der konkreten Umstände des Lebens und des Kampfes der Arbeiterklasse und der Bauernschaft und der gesamten innenpolitischen und internationalen Lage. Ohne tief in diese Sache einzudringen, würde ich mich gerne kurz mit den gegenseitigen Beziehungen von nationalen und Agrarlosungen beschäftigen.

Die Thesen unterstreichen mehrere Male, daß die Agrar- und nicht die nationalen Forderungen an die erste Stelle gesetzt werden müssen. Dies ist eine sehr wichtige Frage, die ernsthafte Aufmerksamkeit verdient. Die nationalen Losungen beiseitezuschieben oder abzuschwächen mit dem Ziel, nicht die Gegnerschaft der weißen Chauvinisten in den Reihen der Arbeiterklasse hervorzurufen, würde natürlich krimineller Opportunismus sein, der den Autoren und Unterstützern der Thesen absolut fremd ist; dies geht ganz klar aus dem Text der Thesen hervor, der vom Geist des revolutionären Internationalismus durchdrungen ist. Die Thesen sagen in vortrefflicher Weise von jenen „Sozialisten", die für die Privilegien der Weißen kämpfen, daß „wir sie als die größten Feinde der Revolution betrachten müssen". So müssen wir nach einer anderen Erklärung suchen, die in demselben Text kurz angezeigt ist: die rückständigen ein-

geborenen bäuerlichen Massen spüren direkt die agrarische Unterdrückung viel mehr als die nationale Unterdrückung. Es ist gut möglich – die Mehrheit der schwarzen Eingeborenen sind Bauern, die Masse des Landes ist in der Hand der Weißen. Die russischen Bauern hatten während ihres Kampfes für Land ihr Vertrauen lange in den Zar gesetzt und sich hartnäckig geweigert, politische Schlußfolgerungen zu ziehen. Von der traditionellen Losung der revolutionären Intelligenz, „Land und Freiheit", akzeptierte die Bauernschaft für eine lange Zeit nur den ersten Teil. Es erforderte Jahrzehnte ländlicher Unruhe und des Einflusses und der Aktion der städtischen Arbeiter, um die Bauernschaft zu befähigen, die beiden Losungen miteinander zu verbinden.

Der arme versklavte Bantu setzt kaum mehr Hoffnungen in den britischen König oder in MacDonald (5). Aber seine extreme politische Rückständigkeit drückt sich auch in seinem Mangel an nationalem Selbstbewußtsein aus. Zur selben Zeit spürt er sehr scharf die Land- und Steuerfessel. Diese Bedingungen gegeben, kann und muß die Propaganda zuallererst von den Losungen der Agrarrevolution ausgehen, so daß – Schritt für Schritt, auf der Grundlage der Kampferfahrungen – die Bauernschaft zu den notwendigen **politischen und nationalen** Schlußfolgerungen gebracht werden kann. Wenn diese hypothetischen Erwägungen korrekt sind, dann geht es uns hier nicht so sehr um das Programm selbst, sondern vielmehr um die Art und Weise und die Mittel, womit das Programm zum Bewußtsein der eingeborenen Massen getragen wird.

Berücksichtigt man die kleine Anzahl der revolutionären Kader und die extreme Zerstreuung der Bauernschaft, wird die Beeinflussung der Bauernschaft zumindest in der nahen Zukunft hauptsächlich, wenn nicht ausschließlich, **durch das Mittel der fortgeschrittenen Arbeiter** möglich sein. Daher ist es von äußerster Wichtigkeit, die fortgeschrittenen Arbeiter im Sinne eines klaren Verständnisses der Bedeutung der Agrarrevolution für das historische Schicksal Südafrikas zu erziehen. (....) Auf jeden Fall würde das schlimmste Verbrechen der Revolutionäre sein, den Privilegien und Vorurteilen der Weißen auch nur die kleinsten Zugeständnisse zu machen. Wer immer auch dem Teufel des Chauvinismus seinen kleinen Finger gibt, ist verloren. Die revolutionäre Partei muß jeden weißen Arbeiter vor die Alternative stellen: Entweder mit dem britischen Imperialismus und der weißen Bourgeoisie Südafrikas oder mit den schwarzen Arbeitern und Bauern gegen die weißen Feudalisten und Sklavenbesitzer und ihre Agenten in den Reihen der Arbeiterklasse selbst.

Der Sturz der britischen Herrschaft über die schwarze Bevölkerung Südafrikas wird natürlich nicht einen wirtschaftlichen und kulturellen Bruch mit dem früheren Mutterland bedeuten, wenn das letztere sich selbst von der Unterdrükkung durch seine imperialistischen Räuber befreien wird. Ein Sowjet-England wird in der Lage sein, durch jene Weissen einen mächtigen wirtschaftlichen und kulturellen Einfluß auf Südafrika auszuüben, die – in der Tat, im wirklichen Kampf – ihr Schicksal mit den jetzigen Kolonialsklaven verknüpft haben. Dieser Einfluß wird nicht auf Vorherrschaft, sondern auf proletarische gegenseitige Zusammenarbeit gegründet sein. Aber aller Wahrscheinlichkeit nach wichtiger wird der Einfluß sein, den ein Sowjet-Südafrika auf den ganzen Schwarzen Kontinent ausüben wird. Den Negern zu helfen, die weiße Rasse einzuholen, um Hand in Hand neue Höhen der Kultur zu besteigen – dies wird eine der großen und edlen Aufgaben des siegreichen Sozialismus sein.

(aus: „Workers Voice", Kapstadt, Nov. 1944, Jhg. 1, Nr.2, S. 18-20)

Anmerkungen

1) frühere Bezeichnung für ein aus einer englischen Kolonie hervorgegangenes,der Verwaltung nach selbständiges Land des britischen Kolonialreichs
2) im Verlauf des sich abzeichnenden 2. Weltkriegs
3) das ehemalige Weltreich des britischen Imperialismus, bestehend aus seinen Kolonien und Dominions
4) Peitsche
5) von 1931-35 englischer Ministerpräsident, führendes Mitglied der Labour Party, betrieb eine aggressive imperialistische Politik, v. a. militärische Unterdrückung von Aufständen gegen das britische Kolonialregime in Indien



(aus 'Spartacus' 30/31)

SOEBEN ERSCHIENEN ! SOFORT BESTELLEN !

Grupo Revolucao Socialista:
MPLA und revolutionäre Arbeiterbewegung in Angola
Gespräch mit Paulo Quicuchi (GRS), August 1976
Originalausgabe, Verlag Ergebnisse & Perspektiven, Essen, September 1976

Die Genossen der GRS machen uns in dieser Broschüre mit einer Seite des Kampfes der angolanischen Massen bekannt, die die Herrschenden dieser Welt bisher totgeschwiegen haben: dem autonomen Kampf der angolanischen Arbeiter, die für die Beseitigung der Herrschaft des portugiesischen Kolonialismus, für die Abschaffung aller Formen der Ausbeutung gekämpft, die Einheit der schwarzen und weißen Arbeiter hergestellt haben. Dieser Kampf konnte nur unabhängig von der MPLA organisiert werden. Heute hat die Arbeiterbewegung in Angola einen schweren Rückschlag erlitten. Neben der Verarbeitung der Lehren der Niederlage – die die Genossen der GRS mit seltener Aufrichtigkeit ziehen – stehen die Führer dieser Bewegung heute vor der Aufgabe, den Widerstand gegen die Repression zu organisieren. Für die Solidaritätsarbeit mit den Opfern der Repression in Angola ist diese Broschüre unverzichtbar.

Inhalt: *FNLA und UNITA im Dienste des Neokolonialismus – Die MPLA bis zum 25. April 1974 – Nur die Stalinisten konnten die unabhängige Arbeiterbewegung zerschlagen – MPLA-Führung und Stalinisten: Zwei alternative Projekte – Die Lösung: ein bewaffneter Konflikt zwischen MPLA-Führung und Stalinisten ? – Die 'Revolta Activa' und der MPLA-Kongreß 1974 – Die Arbeiterbewegung in Angola – Kampf gegen die weißen Rassisten – Die Selbstorganisation der Arbeiter – Die politische Perspektive: Erkämpfung des Poder Popular – Die extreme Linke an der Spitze der Arbeiterbewegung – Der Gewerkschaftsbund UNTA – Die herausragende Rolle der Stadtteilkomitees – Die Volksversammlungen – Die CAC und die MPLA – Die Bilanz des Entrismus in der MPLA – CAC und GRS: Zwei Konzeptionen der politischen Intervention – Die trotzkistische Organisation Angolas: die GRS – MPLA und Stalinisten gegen das Poder Popular – Die zweite Woche fürs Poder Popular: die Niederlage der extremen Linken – Die Repression – Der Widerstand der Arbeiter – Die aktuellen politischen Perspektiven – Bilanz des Kampfes– Lehren aus der Niederlage – Solidarität mit der Arbeiterbewegung in Angola! Freiheit für die gefangenen Genossen!*
Anhang: Resolutionen der 1. Volksversammlung von Luanda (1.2. 1975); FNLA, UNITA und MPLA übers Poder Popular; Resolution der Hafenarbeiter von Luanda (1.3.1975)

Gespräch mit einem angolanischen Genossen

Seit dem Ende des Bürgerkriegs im Januar/Februar 1976 ist es still geworden um Angola. Der Sieg der MPLA gegen FNLA und UNITA bedeutete eine entscheidende Niederlagedes Imperialismus, die für die Arbeiterbewegung ganz Afrikas neue Perspektiven eröffnet. Doch es sind nicht die politischen Ziele der Arbeiterklasse – Arbeitermacht und Sozialismus –, die heute die Entwicklung der Volksrepublik Angola bestimmen. Die MPLA als kleinbürgerliche Organisation kann keinen endgültigen Bruch mit dem imperialistischen Weltsystem herbeiführen. Heute gibt es in ihr Fraktionskämpfe, die schon an die Öffentlichkeit gedrungen sind, und die in erster Linie zwischen der Führung um Agostinho Neto und den Stalinisten in der MPLA (um Nito Alves) ausgetragen werden.

Die aktuelle Situation in Angola ist durch eine Repressionswelle gekennzeichnet, die sich gegen die kämpferischsten Arbeiter und die Organisationen der Arbeitervorhut richtet. Demonstrationen und Streiks der Arbeiter, die im Bürgerkrieg gegen FNLA und UNITA gekämpft haben, werden zerschlagen. Revolutionäre Organisationen, die in den letzten zwei Jahren an der Spitze der Arbeiter in Luanda gestanden haben, werden verfolgt. Denn im Gegensatz zu den Vorurteilen vieler Genossen über das, was sie die „Dritte Welt" nennen, besteht in Angola eine starke, von der MPLA unabhängige Arbeiterbewegung, die sich in Luanda konzentiert. Vom Sommer 1974 bis zum Sommer 1975 hat diese Arbeiterbewegung großartige Kämpfe geführt: ökonomische, politische gegen Pogrome der weißen Rassisten, gegen repressive Maßnahmen der Übergangsregierung. Und in diesen Kämpfen hat sie sich erstmals eine Führung geschaffen. Erstmals, weil die angolanische Arbeiterbewegung jungfräulich war und keine großen politischen Traditionen kannte. Und zwar eine Führung, die nicht die MPLA war, unabhängig von ihr war und in entscheidenden Situationen sich zur Verteidigung der Arbeiterinteressen gegen die MPLA wenden mußte. Der Kampf fürs „Poder Popular" wurde von den Arbeiterkommissionen und Stadtteilkomitees in Luanda in beispielhafter Weise geführt. Um diese proletarische Bewegung zu zerschlagen, konnte die MPLA nicht frontal vorgehen, sondern mußte die Stalinisten zu Hilfe rufen und vorgeben, sie wolle auch das „Poder Popular". Trotz aller Festnahmen und bürokratischen Maßnahmen in den unabhängigen Organen der Arbeiter hat es die MPLA dennoch nicht geschafft, die anerkannte Führung zu werden: bei den Wahlen zu den Stadtteilkomitees im Mai 1976 lag die Beteiligung lediglich bei 10 %!

Im Bürgerkrieg haben wir wie die Revolutionäre der ganzen Welt die MPLA militärisch gegen die offenen Agenten des Imperialismus unterstützt. Aber wir haben nie verschwiegen – vgl. unsere Artikelserie in Spartacus Nr. 22-24 und Artikel in Spartacus Nr. 25 und 27 –, daß die politischen Ziele der Arbeiterklasse auch in Angola nur von einer revolutionären proletarischen Partei, nicht von der MPLA durchgeführt werden können. All die Genossen und Organisationen, die wie wir im Kampf gegen den Imperialismus solidarisch an der Seite der MPLA und der Volksrepublik Angola gestanden haben – und die Organisationen, die im Gegensatz zu uns haben glauben machen wollen, daß die MPLA eine revolutionäre Kraft ist, die fürs Poder Popular eintritt –, haben heute die Verpflichtung, den Kampf gegen die Repression in Angola aufzunehmen anstatt sich, wie z. B. der KB, in ein beschämendes Schweigen zu hüllen. Der Spartacusbund hat einen Aufruf für eine Solidaritätskampagne herausgegeben (vgl. Seite 1) und wird Mitte Oktober eine Veranstaltungsreihe zu Angola in der BRD durchführen.

Zur Vorbereitung dieser Veranstaltungen erscheint im September eine Broschüre mit Dokumenten der angolanischen Arbeiterbewegung und eine ausführliches Gespräch mit dem Genossen Paulo Quicuchi, Mitglied der Grupo Revoluçao Socialista (GRS).

Diese Organisation entstand im August 1974 und hat zusammen mit den maoistischen CAC (Comites Amilcar A Cabral) eine führende Rolle in der angolanischen Arbeiterbewegung gespielt. Die GRS vertrat die Perspektive der permanenten Revolution für Angola, d. h. die Notwendigkeit der unabhängigen Organisierung der Arbeiter von der MPLA, legte den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Entfaltung der embryonalen Machtorgane der Arbeiterklasse. Bis zum Sommer 1975 hat sie eine rasche Entwicklung durchgemacht. Zu jenem Zeitpunkt – dem Beginn des Bürgerkriegs – begann eine Repressionswelle gegen die fortgeschrittenen Arbeiter, gegen CAC und GRS, die mit der Niederlage der unabhängigen Arbeiterbewegung vor der MPLA endete. Wir können hier nur einen kleinen Teil des Gesprächs wiedergeben und haben den Schluß gewählt, der mit der „Zweiten Woche zur Errichtung des Poder Popular" im September 1975, die die Niederlage der CAC und GRS signalisierte, einsetzt und die aktuellen Entwicklungen in Angola schildert.

DIE ZWEITE WOCHE FÜR PODER POPULAR:
DIE NIEDERLAGE DER EXTREMEN LINKEN

Von da an rotierte die Propagandamaschine der Stalinisten. Die Verleumdungen wurden ausgestreut, die Arbeiter mißtrauten immer mehr unserer Möglichkeit, eine Antwort auf die Bürgerkriegssituation zu geben. Das Problem des Bürgerkriegs, die Gefahr der physischen Zerschlagung war so schwerwiegend, daß wir ihr Rechnung tragen mußten. Als einzige Möglichkeit sahen wir - die ganz extreme Linke - eine zweite Woche für Poder Popular durchzuführen. Unser Ziel war einmal, auf diese Weise durch Versammlungen, Demonstrationen und die politische Diskussion auf die Verleumdungen der Stalinisten zu antworten. Das war damals objektiv die einzige Möglichkeit. Außerdem wollten wir dadurch einen weiteren wesentlichen Schritt im revolutionären Prozeß machen: den Stalinisten zeigen, daß sie trotz all ihrer Versuche, den revolutionären Prozeß nicht würden aufhalten können.

Doch in Wirklichkeit hat diese zweite Woche nicht erreicht, was wir von ihr erwarteten, ihr Ergebnis war für uns vernichtend. Die erste Versammlung dieser "Zweiten Woche fürs Poder Popular" zeigte gleich, daß die Stalinisten mit ihren Verleumdungen, mit ihrem bürokratischen Apparat und mit ihrem Einfluß im Militärapparat (den FAPLA) einiges erreicht hatten. Das Tagungslokal war von einer Einheit der FAPLA umstellt. Unsere Aufrufe zur Versammlung durften in den Zeitungen nicht erscheinen, so daß gar nicht die notwendige Propaganda stattgefunden hatte. Im Saal waren die meisten führenden Stalinisten anwesend, darunter Kommandant Nito Alves. Diese Veranstaltung-die als Diskussionsveranstaltung über die Frage "Wie den Kampf fürs Poder Popular fortführen?" vorgesehen war-wurde in eine Veranstaltung über "das Ziel der extremen Rechten und den Plan der Aufstellung von Volksmilizen" umgewandelt. Wir wurden angeklagt, einen bewaffneten Arm schaffen zu wollen, um nach der Niederlage der FNLA/UNITA gegen die MPLA zu kämpfen und der MPLA die politische Macht abzunehmen. Die Veranstaltung war keine Diskussion, sondern nur eine endlose Reihe von Anklagen und Verleumdungen - und größtenteils falscher.

DIE REPRESSION

Die Stalinisten gingen so weit, direkt rassistische Positionen einzunehmen: das Übel liege darin, daß die extrem linken Organisationen von Portugiesen beherrscht würden die mit ultralinken Ideen aus Europa hergekommen wären; in Angola müßte das angolanische Volk herrschen, und nie die an der Spitze der extrem linken Gruppen stehenden Portugiesen. Das ist ein Beispiel, wie direkt rassistisch argumentiert wurde. Am Schluß dieser Veranstaltung wurde ein Antrag angenommen, die "Zweite Woche zur Errichtung der Volksmacht" umzuwandeln in die "Woche zur Unterstützung der richtigen Linie der MPLA und des Präsidenten Agostinho Neto". Auf der Veranstaltung wurden noch Drohungen gegen einige der bekanntesten Führer der extremen Linken und der unabhängigen Organe der Arbeiter ausgesprochen, wie zB. die Drohung, sie sollten sich fürs Lager der Revolution entscheiden, andernfalls würden sie ins Hinrichtungs- oder Umerziehungslager kommen.

Unmittelbar darauf begannen die ersten Verfolgungen. Den Weißen - den Portugiesen wurde verboten, in den Stadtteilkomitees zu arbeiten; sie wurden ausgeschlossen. Das Klima der Kontrolle und Repression gegen diese Komitees wurde immer erdrückender. Am Ende dieser Woche fand als Höhepunkt eine Veranstaltung zur "Unterstützung der richtigen Linie der MPLA und des Präsidenten Agostinho Neto" statt, auf der alle Reden - besonders wichtig die von Nito Alves und die von Betinho - als größten Sieg des angolanischen Volkes den Sieg über die Ultralinken hervorhoben, der noch nicht vollständig wäre. Er wäre erst vollständig, wenn alle Ultralinken im Lager der Revolution oder im Umerziehungslager wären. Auf dieser Veranstaltung wurde auch das Verbot der Zeitung der Stadtteilkomitees bekanntgegeben. Die ganze Periode des Kampfes zwischen der extremen Linken und den Stalinisten findet hier ihren Abschluß: Niederlage der extremen Linken, bürokratische Kontrolle der unabhängigen Organe der Arbeiterbewegung, bald darauf Gefangennahme einer ganzen Reihe von Genossen. Der Sitz des Stadtteilkomitees von Sao Paulo-eines der wichtigsten, wie ich vorhin schon gesagt habe- wurde von den FAPLA besetzt, neun Mitglieder dieses Komitees wurden gefangengenommen. Es kam zu weiteren Festnahmen. Die Posten in den Komitees wurden mit Stalinisten besetzt. Hiermit setzten die Stalinisten auch ihre Kontrolle über die Stadtteilkomitees durch. Schließlich wurde das Orgao Coordenador abgesetzt und durch eine aus Stalinisten bestehende Comissao Directiva abgelöst.

DER WIDERSTAND DER ARBEITER

Die Zerstörung dieser unabhängigen Organe bedeutete einen schweren Rückschlag für die Arbeiterbewegung und den revolutionären Prozeß. Sie bedeutete allerdings nicht - wir werden gleich sehen warum - die Kontrolle der Stalinisten über die gesamte Arbeiterbewegung. Sie hatten die Kontrolle über die Organe der unabhängigen Arbeiter, aber keine Kontrolle über die unabhängigen Arbeiter selbst, Der Rückschlag, den die Arbeiterbewegung hinnehmen mußte, hatte seine Ursache mehr in den objektiven Bedingungen der damaligen politischen Situation, des Bürgerkrieges und des Verlustes der unabhängigen Strukturen der Arbeiterbewegung als in einer direkten politisch und ideologischen Kontrolle durch die Stalinisten.

So sehen wir gleich nach Ende des Bürgerkriegs - Februar/März 1976 -, wie sich die Arbeiterbewegung wieder rührt und wieder formiert. Es kommt zu den ersten Streiks und Demonstrationen, wie zB. die Demonstration vom 21. Februar 1976 gegen eine weitere bürokratische Maßnahme der MPLA bzw. des stalinistischen Flügels in der MPLA: die Absetzung der Radiosendung Kudibanguela. Dieses tägliche Programm war in Händen der Maoisten gewesen, hatte während des ganzen revolutionären Prozesses an der Seite der unabhängigen Arbeiterbewegung gestanden, ausführlich über die Arbeiterkämpfe berichtet, Solidaritätsresolutionen mit streikenden Arbeitern und Erklärungen der Stadtteilkomitees veröffentlicht.

Als die Repression einsetzte (dh. im Spätsommer 1975), wurde die Redaktion dieser Sendereihe umbesetzt; die Maoisten wurden durch Leute ersetzt, die innerhalb der MPLA keine klare eigene ideologische Orientierung hatten, aber auch mit dieser weniger radikalen Redaktion wurde das Programm angesetzt.Es gab schon vorher - zur Zeit der Übergangsregierung - einen Versuch es abzusetzen. Die MPLA hatte diesen Versuch unterstützt - ein weiterer Beweis der Inkohärenz ihres Handelns. Als Antwort hatte es damals eine große Demonstration gegeben mit der Forderung der Wiederaufnahme des Programms, eine Forderung, die aufgrund der Kampfkraft der Massen auch erfüllt wurde. Im Februar 76 mobilisierte sich die Arbeiterbewegung ein weiteres Mal, um die Absetzung des Programms zu verhindern und zu fordern, daß es wieder an der Seite der Arbeiterkämpfe stehe. Nach den Informationen, die wir aus Angola erhalten haben, wurde die Demonstration unterdrückt und schließlich aufgelöst.

Dennoch zeigte diese Demonstration, daß die Stalinisten die Arbeiterbewegung nicht kontrollieren. Ebenso verschiedene Streiks wie zB. bei Grupo, Cuca, bei der Offsetmaschinen-Fabrik, in der Fabrik, die Kaffeesäcke produziert, und in einer Reihe anderer Fabriken gegen den Versuch der MPLA, die gewählten Arbeiterkommissionen durch von der Regierung ernannte Geschäftsleitungen zu ersetzen (dies war der Grund für die meisten Streiks). Diese Streiks, die alle unterdrückt wurden, zeigen aber auch alle, daß von diesem Moment an die Arbeiterbewegung sich neu formiert und die Kampfperspektive wieder aufnimmt, für die sie bis zum Beginn des Bürgerkriegs so entschlossen gekämpft hatte.

Aber es ist wichtig und auffallend, daß sich diese Entwicklung nicht aufs städtische Proletariat beschränkt. Das Landproletariat integriert sich immer mehr in diese allgemeine Bewegung des Proletariats. Die Landarbeiter der Kaffee-, Baumwoll- und Sisalplantagen von Catete



Unser Kampfprogramm gegen die Krise

SPARTACUSBUND

Bestellungen an:
Ergebnisse & Perspektiven Verlags- und Vertriebs-GmbH
Altenessener Str. 337, 43 Essen 12

und Carmona sind in den Kampf getreten und haben die Bildung von Kooperativen verlangt statt der Aufteilung und Verteilung des Landes ans Kleinbürgertum, was das ursprüngliche Projekt der MPLA war. Auch diese Kämpfe werden unterdrückt, viele ihrer Führer wurden gefangen genommen. Aber die MPLA sieht sich gezwungen, die Produktionskooperativen zu bilden (was auch dem Plan der Stalinisten entspricht). All dies zeigt, daß die Arbeiterbewegung keineswegs zerstört wurde und nicht völlig kontrolliert ist.

DIE AKTUELLEN POLITISCHEN PERSPEKTIVEN

Frage: Heute gehen in Angola die Festnahmen weiter. Kannst Du bitte die Handlungsmöglichkeiten der Vorhutsektoren und der Gruppen der extremen Linken unter den gegenwärtigen Bedingungen charakterisieren?

Antwort: Die Unterdrückung geht zur Zeit weiter. Vor nicht allzu langer Zeit hat Nito Alves - Kopf der Stalinisten in Angola - an einem Samstagabend im Fernsehen eine Rede gehalten und angekündigt, daß es am folgenden Montag eine bestimmte Anzahl von Festnahmen geben würde. Und so war es. Die Gefangennahmen gehen weiter. Aber ich habe den Eindruck, daß sich Handlungsmöglichkeiten für die Gruppen der extremen Linken - die weiter bestehen - und für die Vorhutsektoren eröffnen. Dies hängt von ihrer Fähigkeit ab, eine konkrete politische Perspektive zu entwickeln die von einer korrekten Analyse der allgemeinen Situation, der Verhältnisse im Staatsapparat und in der Arbeiterbewegung augeht. Eine solche politische Perspektive muß konkrete Vorschläge für die Arbeiterbewegung enthalten, Lösungen für ihre Probleme, außerdem eine klare Position zur VR Angola, zur Regierung und zur MPLA. Sobald die Gruppen ihre Desorientierung überwinden - und vor allem, sobald die Grupo Revolucao Socialista die durch die Repression hervorgerufene Desorientierung und Desorganisation, eine ganze Reihe technischer Versäumnisse überwindet -, eröffnen sich reale Handlungmöglichkeiten, wenn sie sicher auch nicht so umfassend sind, wie in der früheren Periode. Dies setzt eine vollkommen konspirative Struktur voraus, die der drohenden Repression standhält, aber doch funktioniert und ein Mindestmaß an Intervention garantiert.

BILANZ DES KAMPFES - LEHREN AUS DER NIEDERLAGE

Frage: Was sind zusammengefaßt die Ursachen der Niederlage in Angola? Nach meiner Meinung war die Tatsache, daß die Arbeiter - wie Du berichtest hast - die Situation im August/September 75 so verstanden haben, als müßten sie sich entscheiden zwischen einem Sieg im Bürgerkrieg mit der MPLA einerseits und einem Voranschreiten der Revolution andererseits, der zentrale Grund Eurer Niederlage. Wie sahen damals die Möglichkeiten aus, die Volksmilizen unabhängig von den MPLA-Spitzen zu bewaffnen? Was für Möglichkeiten gab es besonders für Kontakte mit Soldaten der FAPLA, oder waren sie von den kämpferischesten Arbeitern gewissermaßen isoliert?

Antwort: Ja, dies ist genau die entscheidende Ursache unserer Niederlage. Und hier müssen wir eine Schlußfolgerung ziehen: Es gab eine gewisse Isolierung zwischen der unabhängigen Arbeiterbewegung und dem militärischen Sektor der MPLA, den FAPLA. Es gab kaum eine politische Arbeit von uns innerhalb der FAPLA. Es gab zwar Genossen der extremen Linken in der FAPLA, deren Zahl aber so unbedeutend war, als daß sie für die Bewaffnung der Volksmilizen hätten eine Rolle spielen können. Dies war das große Problem der extremen Linken, die Hauptursache ihrer Niederlage. Die Stalinisten gewannen leicht die Kontrolle über die FAPLA durch bestimmte Schlüsselpositionen, die sie im Generalstab hatten. Aufdiese Weise konnten sie den Militärapparat auf

WICHTIG ZUR ANALYSE DER VOLKSFRONT-POLITIK DER REFORMISTEN - TROTZKIS ARBEIT:

WOHIN GEHT FRANKREICH?

14o SEITEN, S 33.5o

BESTELLUNGEN AN: IKL, POSTFACH 1454, 1o1o WIEN

ihre Seite zu bringen. Und mit dem Militärapparat auf ihrer Seite hatten sie den Kampf schon zu 90% gewonnen. Und die übrigen 10%, das war für uns sehr wenig. Es war unmöglich, die Volksmilizen mit 100 oder 200 Genossen, die in der FAPLA auf unserer Seite standen, zu bewaffnen. Das entscheidende war der Generalstab der FAPLA, der Zugang zu den Waffenlagern und dies alles war in Händen der Stalinisten. Hier liegt die Ursache unserer Niederlage.

<u>Frage</u>: Wie war der Politisierungsgrad und der Bewußtseinsstand der einfachen FAPLA-Soldaten? Wurden sie nicht zum größten Teil unter den Bauern rekrutiert?

<u>Antwort</u>: Ja. Wie ich schon ganz zu Anfang gesagt habe, hat sich die MPLA ab 1961 in erster Linie auf die Bauern als Basis gestützt. Demzufolge war der Großteil der FAPLA-Soldaten Bauern, obwohl es auch Arbeiter unter ihnen gab. Besonders seit dem 25. April und dann ab August 1974 gab es eine stärkere Rekrutierung in den Städten. In der Nähe der Städte wurden in Angola Ausbildungslager eingerichtet, was die Rekrutierung von städtischen Arbeitern erleichterte. Die einfachen Soldaten der FAPLA hatten eine ziemlich geringe politische Vorbereitung. Als politische Schulung kannten sie lediglich das Programm der MPLA, den Kampf für die nationale Unabhängigkeit und nationale Befreiung, später den Kampf gegen die Lakaien des Imperialismus, FNLA und UNITA, das wars im wesentlichen. Sie hatten die Illusion, daß Angola mit der MPLA seine volle Unabhängigkeit erlangen könnte und das Problem damit schon gelöst wäre. Es war nötig, der FNLA und der UNITA eine Niederlage beizubringen, und zu diesem Kampf waren sie bereit.

Als wir die Losung der Volksmilizen ausgaben, wollten wir gerade diesen begrenzten Bewußtseinsstand überwinden. Unser Projekt beinhaltete, daß die Volksmilizen Seite an Seite mit der FAPLA kämpfen, in einer parallelen Aktion: FAPLA-Kader sollen die Volksmilizen ausbilden und militärisch leiten und umgekehrt (gemeinsame Kampfaktionen usw.) Die Verteidigung der Stadtviertel und von ganz Luanda sollte in die Hände der Volksmilizen übergehen (mit einer Reihe von FAPLA-Einheiten als Unterstützung). Dies hätte eine Freistellung von FAPLA-Einheiten bedeutet, die verstärkt an der FRont gegen die UNITA/ FNLA hätten eingesetzt werden können. Mit diesem Projekt des Eintritts von FAPLA - Soldaten in die Milizen und von Arbeitern in die FAPLA-Einheiten hatten wir auch vor



die politische Diskussion einzuleiten und unsere Positionen in wichtige Teile der FAPLA hineinzutragen.

SOLIDARITÄT MIT DER ARBEITERBEWEGUNG IN ANGOLA! FREIHEIT FÜR DIE GEFANGENEN GENOSSEN!

<u>Frage</u>: Ich glaube, als Ergebnis dieses Gesprächs kann man folgendes festhalten: Wir haben jetzt eine genauere Kenntnis über die Arbeiterbewegung in Angola,und sie ist ein weiterer Nachweis für die Theorie der permanenten Revolution. Zweitens können und müssen wir die Lehren der Niederlage der extremen Linken in Angola ziehen. Die Notwendigkeit der unabhängigen Organisierung der Arbeiterbewegung und der revolutionären Organisationen,unabhängig von kleinbürgerlichen Organisationen wie der MPLA, wurde ein weiteres Mal bewiesen. Und das dritte Ergebnis dieses Gesprächs ist eine genauere und fundiertere Information über die aktuelle

Situation in Angola, die vor allem durch die Repression gegen die unabhängige Arbeiterbewegung und die Vorhutorganisationen charakterisiert ist. Hieraus ergeben sich für uns eine Reihe von Aufgaben und zuerst die Pflicht der Information in der BRD und auf internationaler Ebene über die Repression, die heute in Angola stattfindet.

Frage: Was müssen nach Deiner Meinung die zentralen Achsen dieser Solidaritätsarbeit sein, und was hältst Du von der bisherigen Haltung der europäischen Arbeiterorganisationen in der Frage der Solidarität mit den Opfern der Repression in Deinem Land?

Antwort: Ich will dieses Gespräch nicht beenden, ohne hier an alle Genossen einen Aufruf zur internationalen Solidarität mit der angolanischen Arbeiterbewegung zu richten. Die konkrete Situation der Repression, die heute in Angola gegen die extreme Linke und die unabhängige Arbeiterbewegung ausgeübt wird, und vor allem die Tatsache, daß viele Genossen der extremen Linken heute in den Gefängnissen von Luanda sind, machen eine internationale Solidaritätskampagne notwendig. Es handelt sich dabei sowohl um revolutionär-marxistische als auch um maoistische Genossen, die wir deswegen noch nicht vergessen werden, schließlich haben auch sie im revolutionären Prozeß in Angola eine entscheidende Rolle gespielt. Die Befreiung der gefangenen Genossen ist heute unsere erste Aufgabe; sie zu erreichen ist sehr wichtig. Zumindest müssen wir verhindern, daß sie das gleiche Schicksal erleiden wie die FNLA/UNITA-Söldner, die im Sommer 1976 hingerichtet wurden. Diese Verurteilung der Söldner halten wir für richtig und unterstützen sie: die Söldner haben sie verdient. Aber die gefangenen Genossen werden von der MPLA auf dieselbe Stufe gestellt, besonders wenn sie behauptet, die Intervention Südafrikas in Angola wäre das Werk der extremen Linken. Die Konsequenz wäre ebenfalls die Todesstrafe. Für uns revolutionäre Marxisten ist es von größter Bedeutung, dagegen zu kämpfen, um zu verhindern, daß dieses Projekt ausgeführt wird. Für uns revolutionäre Marxisten, aber dies müßte ebenso für alle Organisationen gelten, die sich zur revolutionären Bewegung zählen und auch für jene, die nicht mit unserer Analyse der heutigen Situation in Angola übereinstimmen, aber die das revolutionär-marxistische leninistische Prinzip des proletarischen Internationalismus noch nicht aufgegeben haben.

Alle diese revolutionären Genossen in der ganzen Welt haben heute die Verpflichtung wenn sie ihren eigenen Anspruch ernst nehmen, alles in ihrer Macht stehende im Kampf für die Freilassung der jetzt gefangenen Genossen zu unternehmen. Was kann dies konkret bedeuten? In jedem Land und international muß über die Situation in Angola, die Repression und die gefangenen Genossen berichtet werden. Es müssen internationale öffentliche Aufrufe an andere Organisationen gerichtet und an die Botschaften der VR Angola weitergeleitet werden. Für uns hat dies heute die größte Bedeutung und steht im Zentrum unserer Aufmerksamkeit. Für uns angolanische revolutionäre Marxisten ist klar, daß wir alles tun werden, um dies zu erreichen. Aber dies muß auch die Haltung der revolutionären Marxisten der ganzen Welt und für alle jene sein, für die der proletarische Internationalismus noch kein leeres Wort, sondern ein wichtiges Prinzip des revolutionären Marxismus und von zwei Jahrhunderten Erfahrung der Arbeiterbewegung ist, das real angewandt werden muß.

Dies ist dasselbe Prinzip, das unsere Haltung zur VR Angola bestimmt: Wir unterstützen die VR Angola, wir verteidigen sie mit der Waffe in der Hand gegen die imperialistischen Aggressionen und die imperialistischen Kräfte. Wir werden jedoch mit all unserer Kraft die ganzen bürokratischen Maßnahmen ihrer Regierung ihre ganze arbeiterfeindliche Politik entlarven, die gegen die historischen Interessen des angolanischen Proletariats und den Fortschritt des revolutionären Prozesses in Angola gerichtet ist. All dies werden wir anklagen, und heute ist die Repression in Angola der zentrale Punkt unserer Anklage gegen die VR Angola.

Ich rufe hier alle Genossen auf, solidarisch an der Seite der in Angola gefangenen Kämpfer zu stehen, den Kampf gegen die Repression in Angola zu unterstützen!

(Das Gespräch fand am 13.August 1976 zwischen Paulo Quicuchi und M. Scholl statt)

(aus 'spartacus', Nr. 3o/31)

ERGEBNISSE & PERSPEKTIVEN

VERLAGS- UND VERTRIEBS-GMBH

43 Essen 12
Altenessener Str. 337
Telefon: 0201 - 34 75 22
Postscheckkonto
Essen 377 31-437

POLITISCHE LITERATUR (Anzeige)

Titel	Preis
SPARTACUS, Zentralorgan des Spartacusbundes	
bis Nr. 21 jede Ausgabe	0,50
ab Nr. 22 jede Ausgabe	1,00
1 Abonnement (10 Ausgaben inkl. Porto)	15,00
ERGEBNISSE & PERSPEKTIVEN	
Nr. 1 – Dokumente der Fusionskonferenz	3,00
Nr. 2 – Einschätzung der SPD, GIM, Chile, SAG	5,00
Nr. 3 – Thesen zur Arbeitslosigkeit, Lutte Ouvriere, Ceylon	5,00
SONDERAUSGABEN VON ERGEBNISSE & PERSPEKTIVEN	
Nr. 1 – Die Vierte Internationale wiederaufbauen, Interview mit einem Genossen der SAP, Revolutionar Communist Group/GB: Die Frage der Internationale	3,50
Nr. 2/3 – Die Vierte Internationale nach dem 2. Weltkrieg, Dokumente und Analysen	6,50
SPARTACUS-FLUGSCHRIFTEN	
Nr. 1 – Solschenyzin, Büttel der Reaktion	0,50
Nr. 2 – Marxismus und individueller Terror	0,50
Nr. 3 – Wahlprogramm des Spartacusbundes in Bremen	0,50
Nr. 4 – Kritik an Programm und Praxis des KBW	3,00
Nr. 5 – Lehrstellen her – sonst knallt's!	1,50
Nr. 6 – Rechtshilfe für Arbeitslose (in deutsch)	0,50
Nr. 7 – Rechtshilfe für Arbeitslose (in türkisch)	0,50
Nr. 8 – Die portugiesische Revolution in Gefahr	2,00
Nr. 9 – Unser Kampf im RASP/Ein Soldat der SUV berichtet	3,50
Nr. 10 – Unser Kampfprogramm gegen die Krise	1,00
Nr. 11 – MPLA, vergriffen	
Chilenische Lehren	3,00
Kritik des chinesischen Kommunismus	1,50
Spartacus, Zeitung der Kommunistischen Jugendorganisation (KJO), Ausgaben Nr. 19-43 inkl. Sondernummern	10,00
Die vierte Internationale:	
Juli 1972 – enthält u.a.: Trotzki und der span. Bürgerkrieg	2,00
Juni 1973 – enthält u.a.: Trotzki/Vom Plan der CGT...	3,00
SCHRIFTEN VON LEO D. TROTZKI	
Übergangsprogramm/Schriften zum Programm	6,50
Verteidigung des Marxismus	17,80
Frau, Familie und Revolution	3,00
Verratene Revolution	8,00
Die russische Revolution 1905	13,50
1917 – Lehren der Revolution	3,00
Kopenh. Rede/Drei Konzeptionen der russ. Revolution	3,80
Ihre Moral und unsere	3,00
Stalins Verbrechen	16,80
England/Europa und Amerika	11,80
Der Neue Kurs	6,50
Was nun?	4,80
Fragen des Alltagslebens	6,80
Fälschung der Geschichte der russischen Revolution	2,80
China, die erwürgte Revolution, Band 2	18,80
Kapitalismus oder Sozialismus	4,80
Wohin geht Frankreich?	4,50
Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-39, Bd. 1	9,50
Trotzki, Kamenew, Radek u.a./Die Rote Armee	4,00
Trotzki, Kondratieff, Mandel u.a./Die langen Wellen der Konjunktur	14,80
Dokumente der Linken Opposition in der SU 1924-25, Bd.2	26,80
Leon Sedow/Rotbuch über den Moskauer Prozeß	4,00
E. Preobrazenskij/Die neue Ökonomik	18,80
John Reed/10 Tage, die die Welt erschütterten	7,90
Leitsätze der Komintern zur Organisationsfrage	1,00
Leitsätze der Komintern zur Gewerkschaftsfrage	1,00
V. Serge/Klassenkämpfe in der chines. Revolution 1927	9,80
Abraham Leon/Judenfrage und Kapitalismus	9,80
Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin vom 16.–21.12.1918/Stenographische Berichte	24,80
Richard Müller/Vom Kaiserreich zur Republik	8,80
ders./Der Bürgerkrieg in Deutschland	9,80
ders./ Die Novemberrevolution	12,80
Karl Retzlaw/Spartakus – Aufstieg und Niedergang	25,00
Pierre Broue/Deutsche Revolution 1918-23	5,80
G. Plechanow/Grundprobleme des Marxismus	5,00
Englische Literatur	
LEON D. TROTSKY	
Writings 1929 und 1930 (neu!), 1930/31, 1932	je 10,00
Writings 1932/33	9,00
Writings 1933/34, 1934/35	je 10,00
Writings 1935/36, 1937/38	je 8,00
Writings 1938/39, 1939/40	je 10,00
First 5 Years of the Comm.International, vol. 1(Leinen)	30,00
First 5 Years of the Comm.International, vol. 2	10,00
Leon Trotsky Speaks	9,00
Against Individual Terrorism	1,40
On Literature and Arts (Leinen)	30,00
On Paris Commune	2,80
Military Writings	6,00
Marxism in our Time	2,20
On Engels and Kautsky	1,30
On the Jewish Question	1,60
On Black Nationalism and Self-Determination	2,80
On the Trade Unions	2,80
JAMES P. CANNON (ehemal. Führer der SWP)	
First ten Years of American Communism	9,00
History of American Trotskysm	8,00
Letters from Prison	9,00
Notebook of an Agitator	9,00
The Socialist Workers Party in World War II	10,00
Speeches to the Party	10,00
Struggle for a Proletarian Party	10,00
Peng Shu-tse/Li Fu-jen, Revolutionaries in Mao's Prisons	1,30
Dewey-Commission/The Case of Leon Trotsky	10,00
The Bolsheviks and the October-Revolution (ZK-Protokolle von August 1917 - 1918)	14,00
SCHULUNGSMATERIAL DER SWP/USA (bei diesem Schulungsmaterial der SWP handelt es sich um Dokumente und Beiträge aus der Geschichte der Vierten Internationale, des Internationalen bzw. Vereinigten Sekretariats und des Internationalen Komitees):	
Towards a History of the Fourth International, alle Teile	27,60
Part I – Three Contributions on Postwar Developments	1,30
Part II – vergriffen	
Part III – International Committee Documents	13,00
Part IV – International Secretariat Documents	10,00
Part V – History and Principles of the Left Opposition	1,30
Part VI – Class Collaborationism/The LSSP in Sri Lanka	2,00
Peng Shu-tse, Peng Pi-lan/The Chinese Revolution	7,80
Class,Party and State and the East Europe Revolution	3,30
The Kronstadt Rebellion	1,30
Marxism vs. Ultraleftism (Healy's Break with Trotskysm)	8,00
The Nature of the Cuban Revolution	2,50
What Course for Argentine Trotskysm (PST vs. PRT)	4,20
Frazione Marxista Rivoluzionaria della IV. Internazionale	
Problemi della Rivoluzione Portoghese	8,00
Bolletino della FMR	jede Ausgabe 1,50

Eine Liste mit spanischer und portugiesischer revolutionärer Literatur kann über die Verlagsanschrift angefordert werden.

NEU IM VERTRIEB BEI E & P:

	DM
Leo Trotzki/Schriften über Deutschland, in 2 Bänden	92,00
ders./Ergebnisse und Perspektiven, Die permanente Revolution	9,00
ders./Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?	9,90
ders./Spanien 1931-39, Schriften, Band 2	10,00
Die Linke Opposition in der Sowjetunion, Band 3	29,80
F. Krey/Maria und der Paragraph 218	6,50
Samizdat – Voices of the Soviet Opposition	10,00
Kritik des chinesischen Kommunismus	1,50
Wahlplakat des Spartacusbundes	3,00

Alle Preise in DM - Bestellungen an:
IKL, Postfach 1454, 1010 Wien

Libanon: Triumph der Konterrevolution

Die 1966 einsetzende Wirtschaftskrise, die das äußerst labile libanesischeBanksytsem und die daran gekoppelte schwache Industrie völlig ins Wanken brachte, leitete eine breite Radikalisierungswelle aller Ausgebeuteten und Unterdrückten im Libanon ein. Die gegen die Palästinenser gerichteten Vergeltungsschläge der Israelis im Süden des Landes und der Bürgerkrieg zerstörten schließlich das Image des Libanon, der bis dahin als ein gesichertes Bank- und Handelszentrum gegolten hatte. Die extreme Schwäche des libanesischen Kapitals findet aber nicht nur in den bald einsetzenden hohen Inflationsraten ihren Ausdruck - sondern auch im ideologischen Überbau.

Der Kapitalismus im Libanon war nicht Resultat einer bürgerlich-demokratischen Revolution gewesen, die die alten Strukturen vernichtet hättem vielmehr hatte die französische Kolonialherrschaft die kapitalistische Produktionsweise den feudalen Strukturen aufgezwungen und so die alten konfessionellen Formen der Sippenwirtschaft bestehen lassen. Daher liegen die Fronten im Bürgerkrieg im wesentlichen entlang der konfessionellen Gruppierungen und der Kampf konzentriert sich auf die Erhaltung oder Erlangung von Privilegien für eine bestimmte Konfessionsgemeinschaft. Ähnlich wie in Irland verkörpert eine bestimmte Religionsgemeinschaft die Unterdrücker.(1)

Es war allen Beteiligten klar, daß es der libanesischen Bourgeoisie allein nicht gelingen wird die gemeinsame Front der Palästinenser und der libanesischen Linken abzuwehren. Die arme libanesische Bevölkerung im Süden des Landes hatte sich mit den Palästinensern solidarisiert als die Überfälle der Israelis sie in ihrer Existenz bedrohten und für sie einsichtig wurde, daß die Regierung keinerlei Schritte unternahm um sie vor den Überfällen zu schützen. Je mehr aber die Palästineneser und die Linke einen Machtfaktor gegenüber dem Staatsapparat darstellten, der der Kontrolle der Militärs zu entgleiten drohte, umso mehr häuften sich die israelischen Überfälle.

1969 sah sich die libanesische Regierung gezwungen zu einem großangelegten Schlag gegen die Palästinenser auszuholen.Doch, da diese im gesamten Libanon Unterstützung erhielten,endete dieses Unternehmen

---

(1)Die maronitische Handelsbourgeoisie, die traditionellen Handel mit dem gesamten kapitalistischen Ausland führt, stellt den reaktionärsten Teil der Bourgeoisie. Dies ist umso mehr möglich, als auch die ärmsten Schichten der Maroniten, die Bergbauern, durch die Geschäfte mit dem Tourismus seit längerer Zeit ein recht erträgliches Leben führen. Die moslemische Handelsbourgeoisie, die in der Tradition des innerarabischen Handels steht, jedoch in letzter Zeit in den Handel mit dem gesamten kapitalistischen Ausland vorzudringen versucht, zumal der Libanon an Bedeutung für den innerarabischen Handel verliert, steht unter einem gewissen Druck der verarmten moslemischen Massen. Diese Kapitalfraktion tendiert daher eher zu reformerischen Lösungen, zumal sie die Unterstützung der Massen benötigt, um ihre bisher unterrepräsentierte Stellung im Staatsapparat zu verbessern". (aus 'spartacus', Nr.24)

in einer Niederlage für die Regierung, die in einem Abkommen ihren Niederschlag fand. Das 'Kairoer Abkommen' sicherte den Palästinensern das Recht im Libanon zu operieren. Den Flüchtlingslagern wurde ein autonomer Status eingeräumt, was bedeutete, daß die Lagerinsassen eine eigene Leitung wählen und ihre kommunalen Einrichtungen selbst bestimmen konnten, die im Vergleich zu libanesischen Einrichtungen blendend funktionierten. Die politische Emanzipation in diesen Lagern machte sie zu Widerstandszentren mit weiter Ausstrahlung, die einen bedeutenden Faktor bei der Bildung von libanesischen linken Organisationen darstellten da der besondere Status der Palästinenser zum Vorbild genommen wurde.

Die Folgen der Wirtschaftskrise hatte die Linke ungeheuer gestärkt und als es zu Massenstreiks kam und die Regierung die gärende Unzufriedenheit durch reformerische Politik nicht mehr unter Kontrolle bringen konnte, griff sie zu offener Repression. Daß der libanesische Staatsapparat schwächer war, als der anderer arabischer Regimes ist dadurch zu erklären, daß die Bourgeoisie in das Lager der maronitischen Handelsbourgeoisie,die von den Falangisten getragen wird und in das Lager der zu reformerischer Politik neigenden moslemischen Handelsbourgeoisie gespalten ist. Auch die spezifische Rolle des Libanon als Handelszentrum des Nahen Osten, zwang die Bourgeoisie den Palästinensern, sowie der Arbeiterbewegung mehr Zugeständnisse zu machen, denn die 'Ruhe' im Lande war die Voraussetzung für florierenden Handel und das Bankgeschäft. So kam der Libanon sehr nahe an die Form der bürgerlichen Demokratie heran, wie sie sonst meist nur in imperialistischen Ländern möglich ist.

Durch die Konfessionsspaltung war aber auch die Armee nicht einsatzfähig, in der die Offiziere Christen, die Mannschaften aber Moslems waren. Deshalb waren die Falangisten gezwungen eigene Milizen aufzustellen um den Kampf gegen die Palästinenser führen zu können.Sehr bald zeigte sich aber die militärische Unterlegenheit der falangistischen Milizen, besonders in Beirut. Die Armee griff nun doch ein, um das Ärgste zu verhindern. Man suchte Hilfe in Syrien,das große Autorität im arabischen Raum besaß.

Die syrische Hilfe kam in Form von Verstärkungen der prosyrischen Baath-Partei im Libanon, die sich der Front Dschumblatts angeschlossen hatte und derSaiqua, die als Teil der PLO für Syrien im Libanon operierte. Doch als sich herausstellte, daß diese Verstärkungen nicht in der Lage waren, einen günstigen Waffenstillstand durchzusetzen, schickte Syrien weitere PLA-Einheiten (PLA sind die unter Syriens Kontrolle stehenden palästinensischen Befreiungsarmeen). Im Juli dieses Jahres kam es dann schließlich zum Einmarsch der syrischen Armee - für viele überraschend - besonders als sich herausstellte,auf wessen Seite Syrien kämpfte, das bis dahin als das Zentrum des arabischen Widerstands gegolten hatte.

Nicht nur bei den syrischen Massen erhob sich großer Widerstand gegen den Einmarsch der Truppen, sondern auch bei diesen selbst, was sich in Desertationen und Befehlsverweigerungen äußerte. Die 'Süddeutsche ZEITUNG' schreibt am 19.7.76: "Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen flüchtete sich ein syrischer Pilot mit seiner MIG 21 in den Irak aus Empörung über den Libanonüberfall. Er berichtete von Unruhen und Massenverhaftungen unter dem syrischen Militär und auch der Zivilbevölkerung". Die irakische Nachrichtenagentur berichtete von Hinrichtungen an neun syrischen Piloten,die sich geweigert hatten, Befehle gegen die Palästinenser und die libanesische Linke durchzuführen. Assad ließ auch eine Reihe von Offizieren des in Damaskus gelegenen Hauptquartiers der PLA verhaften, worauf Arafat das PLA-Hauptquartier nach Beirut verlegte.

So überraschend der Einmarsch der syrischen Truppen für viele auch gewesen sein mag, er war die konsequente Folgerung aus der vorangegangenen Politik des syrischen Regimes. Schon 197o hatte das Assad-Regime (das übrigens die volle Unterstützung der Sowjetunion hatte) verhindert, daß syrische Truppen den Palästinensern in Jordanien zu Hilfe kamen. 1976 übernahm Assad die Rolle, die Hussein im Jahre 197o gespielt hatte. Schon Monate vor dem Einmarsch hatten syrische Truppen getarnt als Saiqua, aber teilweise auch offen dem libanesischen Regime Unterstützung gegeben. Zwar nicht so offen, wie nach dem Einmarsch (denn es wurde laviert und durch Waffenstillstandsgespräche getäuscht), doch genug um die Kampfkraft der linken Milizen zu schwächen.

Was die syrische Intervention bedeutet, ist daran abzuschätzen, wenn man sich vor Augen führt, daß die libanesische Linke und die Palästinenser vor dem Einmarsch 8o% des Landes und 7o% der Bevölkerung unter ihrem Einfluß hatten und die Christen auf ein Gebiet nördlich von Beirut zurückgedrängt waren.

Aber nachdem die Syrer die Lebensmittelzufuhr, die Wasser- und Ölversorgung abgeschnitten hatten und die von den Israelis ausgeführte Blockade der Häfen nicht zu durchbrechen war, wendete sich das Blatt um 18o Grad. El Zaatar fiel. Die Greuel die folgten, der Völkermord an den Palästinensern diskreditierte das syrische Regime vor den arabischen Massen, die den Kampf gegen Israel und für die nationalen Rechte der Palästinenser forderten. Doch Assad bekommt Unterstützung von fast allen arabischen Regimes. Die arabische Liga hatte zwar ihre Zustimmung zu einem Friedenskontigent gegeben, doch mit der Entsendung von 2ooo (!) Mann solange gewartet, bis es unmöglich war, entscheidend in die Kämpfe eingreifen zu können, wobei diese 2ooo (aus verschiedenen arabischen Ländern entsandt - übrigens auch aus Syrien!), auf keinen Fall etwas gegen die 16.ooo gut bewaffneten syrischen Soldaten hätten ausrichten können. Der Schein war gewahrt worden!

SYRIENS KAMPF UM ABHÄNGIGE INDUSTRIALISIERUNG!

Syriens Rückständigkeit brachte es immer mehr in die Abhängigkeit der imperialistischen Mächte, die die freie Entwicklung der Produktivkräfte völlig unterbanden. Um sich kurzfristig von dieser Unterdrückung lösen zu können, eine Voraussetzung für eine mögliche Entwicklung der Produktivkräfte, verstaatlichte das syrische Regime 1963 das ausländische Kapital, die Banken, Teile des Außenhandels und das einheimische Großkapital. Die Verstaatlichungen hatten enorme Kapitalflucht zur Folge, Syrien war international nicht mehr kreditwürdig und mußte sich völlig auf die Hilfe der Sowjetunion stützen, die hier ein neues Einflußgebiet zu bekommen hoffte. So konnte Syrien auch seine Exportgüter in den deformierten Arbeiterstaaten absetzen. Mit Hilfe der Sowjetunion gelang es der herrschenden Baath-Partei auch tatsächlich die Produktivkräfte Syriens auf eine höhere Stufe zu bringen. Sowohl die Verstaatlichungen, als auch die Versprechungen das Agrarproblem 'sozialistisch' zu lösen, verhalfen dem Regime zu der Unterstützung durch die Massen, die es brauchte um seine Ziele durchsetzen zu können.

Die Sowjetunion gab Syrien Kredit, sie übernahm den Bau des Euphrat-Dammes, wodurch ausgedehnte Bewässerungsanlagen gebaut werden konnten, die tausende Hektar Landes fruchtbar machten, es wurden Düngemittelfabriken erbaut, die gesamte Infrastruktur des Landes wurde ausgebaut und den neuen Anforderungen angepaßt.

Doch während dieser Jahre der sowjetischen Unterstützung importierte Syrien den Großteil der Waren aus imperialistischen Ländern, daß heißt der syrische Markt blieb dem Imerpialismus erhalten, die Nabelschnur war nicht unterbrochen worden. Die Profite in allen Wirtschaftszweigen, aber auch die Lebenskosten stiegen, die Inflationsrate wurde immer höher - die Bourgeoisie ging gestärkt aus dieser Periode hervor.

Das vorübergehende Abschließen gegenüber dem Imperialismus, die Konzentration von Kapital, die man durch die Verstaatlichungen bewerkstelligte war notwendige Voraussetzung um den Klauen des Imperialismus relativ und kurzfristig zu entkommen. Die Unterstützung der Massen, hervorgerufen durch die antiimperialisti-

SCHRIFTEN ZUM PROGRAMM

NEBEN DEM ÜBERGANGSPROGRAMM VON 1938 ENTHALT DIESES BUCH TEXTE, DIE VON UNS ÜBERSETZT WURDEN UND JETZT DAS ERSTE MAL IN DEUTSCHER SPRACHE ERSCHEINEN:

- DISKUSSIONEN ÜBER DAS ÜBERGANGSPROGRAMM
- BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALEN LINKEN OPPOSITION UND DER VIERTEN INTERNATIONALEN (AUS DEN JAHREN 1938–1940)

128 S. DM 6,50

schen Maßnahmen (der Verstaatlichung ausländischer Betriebe, der Banken usw.)ist die Bedingung für die Hebung der Produktivkräfte gewesen. Die Bourgeoisie unterdrückter Nationen hat keinen anderen Weg um zu einer echten Industrialisierung des Landes gelangen zu können, wenngleich diese Industrialisierung ihr Abhängigkeitsverhältnis gegenüber dem Imperialismus nicht beenden kann. Doch alleine diese abhängige Industrialisierung ist ein Fortschritt, sie richtet sich gegen die imperialistische Ausbeutung und ist zu unterstützen, bei gleichzeitigem politischen Kampf gegen die nationale Bourgeoisie.

197o aber wendete sich das Blatt, das neue Assad-Regime suchte wieder stärkere Kontakte zum Westen und schließlich schlug Syrien denselben Weg ein, wie vor ihm Ägypten. Die sowjetischen Berater wurden nicht mehr benötigt und man arrangierte sich wieder mit dem Imperialismus. Das Land wird der imperialistischen Ausbeutung neuerlich völlig freigegeben, aber auf einer höheren Stufe. Die Infrastruktur, die Industrie und der Einsatz der Arbeitskräfte sind moderner, effektiver geworden. Der Imperialismus braucht nur noch einzusteigen und findet günstigere Ausbeutungsmöglichkeiten vor, als je zuvor. Daß das neu eingegangene Verhältnis mit dem Imperialismus wieder gesteigerte Abhängigkeit und Unterdrückung bedeutet, liegt im Widerspruch der Sache selbst. Die nationale Bourgeoisie muß ihrem Klasseninteresse entsprechend handeln. Aus den von der 'Neuen Züricher Zeitung' veröffentlichten Zahlen über die syrische Wirtschaft geht hervor,daß sich die Industrieproduktion um 49%,die Elektrizitätswirtschaft um 1o% pro Jahr erhöht hat. Es gab auch Steigerungsraten bei Phosphat-, Erdöl- und Textilexport.

Diese Zahlen sind zwar kein Beweis dafür, wie enorm die Wirtschaft unter der Assad-Regierung zu florieren begann,wie das die Bürgerlichen glauben machen wollen, sondern sind natürlicher Ausfluß der Entwicklung vor der Assad-Ära. Man kann daraus ersehen, wie tiefgreifend die Strukturen des Landes zwischen 1966 und 197o verändert worden sein müssen, um solche Steigerungsraten ermöglichen zu können.

Frankreich ist unter den ersten, die ihre konkreten Interessen in diesem Gebiet schon angemeldet haben. Aus einem Interview mit Prinz Hassan, in 'Le Monde': "Wir haben den französischen Industriellen viel anzubieten,...wir werden eine Bilanz unserer Bodenschätze aufstellen: Wasser, Phosphat, Mineralien, Kupfer und Erdöl. Wir haben große Projekte besonders mit Syrien vor. Wir wollen mit ihnen eine Eisenbahn von Akaba nach Alepo bauen. Wir haben andere Projekte in Richtung Suez-Kanal."

DIE SOWJETUNION - 'VERLIERER' IM NAHOST-KONFLIKT!

Nach alter stalinistischer Tradition stufte die Kreml-Bürokratie die vorübergehende Abkehr Syriens vom Imperialismus als 'sozialistische' Entwicklung ein. Die Tatsache, daß die KP Syriens verboten war und die Kommunisten verfolgt wurden, hielt die Sowjetführung nicht davon ab, der syrischen Baath-Partei volle politische Unterstützung zu gewähren. Der 18ogradige Schwenk der 'syrischen Freunde' brachte die stalinistischen Parteien der ganzen Welt in die peinliche Situation das Verhalten der Syrer plausibel erklären zu müssen,ohne die syrische Regierung allzu verärgern. Denn bisher war die Sowjetunion immer bemüht gewesen die Rechte der Palästinenser - zumindest in Worten - zu verteidigen.

Die Stalinisten versuchten solange es ging den Einmarsch der Syrer in den Libanon als Unterstützung der linken Milizen gegen Israel dazustellen. Selbst als es für jedermann einsichtig war, welche Rolle Syrien im libanesischen Bürgerkrieg nun wirklich spielte, zögerte die Sowjetunion die Forderung nach sofortigen Abzug der syrischen Truppen aufzustellen. Als Kossygin Anfang Juli Damaskus einen Staatsbesuch abstattete, erklärte er offen, daß er die syrische Intervention befürworte!

Die stalinistischen Parteien des kapitalistischen Europa wenden sich zwar mit einer gemeinsamen Erklärung an Syrien, mit der Mahnung unverzüglich den Rückzug der Truppen aus dem Libanon anzuordnen. Doch wie lahm ist die Formulierung dieser Erklärung!
"Der Konflikt, der sich zur Zeit im Libanon abspielt, nimmt breite Ausmaße an. Die libanesischen und Palästinensischen demokratischen Kräfte sind mörderischen Angriffen ausgesetzt, wäh-

rend die zivile Bevölkerung hart getroffen wird. Bisher sind alle Vermittlungsversuche um den Frieden wiederherzustellen ergebnislos geblieben.
Angesichts dieser Tatsache wollen wir den Verantwortlichen der syrischen arabischen Republik feierlich unsere Überzeugung mitteilen, daß der unverzügliche Rückzug der syrischen Truppen aus dem Libanon, sowie die sofortige Einstellung jeglicher Interventionen die Voraussetzung für eine friedliche Lösung der libanesischen Krise sind, wobei die Souveränität des libanesischen Staatsgebietes unbedingt gewahrt bleiben muß". ('Volksstimme', 27. Juli 1976)

Aber selbst als man sich gezwungen sieht, den Rückzug der syrischen Truppen zu fordern, versucht man mit allen Mitteln Entlastungsmomente für das syrische Regime zu finden. "Da ist zunächst einmal die wirtschaftliche Entwicklung. Syriens Wirtschaft ist weitgehend von ausländischer Unterstützung und vom Funktionieren des libanesischen Transits abhängig. Sie mußte gerade in den letzten Wochen einige schwere Schläge von Seiten der arabischen Bruderländer einstecken... Dann haben die Geldzuflüsse der arabischen Erdölländer, vor allem auf Grund der 'Liberalisierung', die Assad in der syrischen Wirtschaft eingeleitet hatte, beträchtliche Ausmaße erreicht...Syrien ist darüberhinaus seit 197o immer stärker vom Westhandel abhängig geworden. Der Handel mit der EWG, der 197o nur 26% des syrischen Außenhandels ausgemacht hatte, beträgt heute 4o%. Der Handel mit den Ländern des RGW ging im gleichen Zeitraum von 24 auf 2o% zurück." ('Volksstimme', 2o.Juni 1976)

Es ist daher völlig einsichtig, daß die PLO von der Sowjetunion zwar in Worten unterstützt wird, aber das konkrete Hilfe ausbleibt, denn das syrische Regime hat Vorrang gegenüber den Interessen der Palästinenser.

DIE PLO UND DIE LIBANESISCHE LINKE - EIN WEG IN DIE SACKGASSE!

Lange hat die kleinbürgerliche Führung der PLO gezögert, die Konsequenzen aus dem syrischen Einmarsch zu ziehen. Ihre Politik war stets auf Nichteinmischung in die Angelegenheiten der arabischen Staaten ausgerichtet gewesen. Während der gesamten Periode des Bürgerkriegs war sie zu jeglicher Art von Waffenstillstandabkommen bereit gewesen, denn es durften die Verhandlungen mit den USA über die Errichtung eines palästinensischen 'Mini-Staates' nicht gefährdet werden. Doch die militärischen Schritte Assads zwangen die PLO immer wieder gemeinsam mit der 'Ablehnungsfront' von Habbasch (die ja bekanntlich die'Lösung' des transjordanischen Kleinstaates ablehnt und an keinem Waffenstillstandsabkommen teilnahm) zu kämpfen. Durch den Einmarsch der syrischen Truppen ist Arafats Traum eines palästinensischen Staates, so weit wie noch nie in die Ferne gerückt. Die wiederholten Apelle der PLO an die arabische Liga blieben ungehört. De facto steht die arabische Liga auf Seiten Syriens. Und ohne Unterstützung eines starken arabischen Verbündeten sieht sich die PLO-Führung außerstande, den Kampf um nationale Unabhängigkeit erfolgreich weiterführen zu können.

Nicht die militärische Unterlegenheit brachte die PLO in völlige Isoliertheit, sondern in erster Linie das Fehlen der revolutionären Perspektive, die nur dann hätte entwickelt werden können, wenn der Kampf über die nationale Schranke hinausgegangen und bewaffnet mit einem revolutionären Programm, als Teil der sozialistischen Revolution ganz Arabiens verstanden worden wäre. Der 'schwarze September' 197o und Tel Zaatar 1976 sind Resultate einer Politik, für die die PLO-Führung die volle politische Verantwortung zu tragen hat.

Welche Lehren müssen aus dieser, nicht nur für die Palästinenser, sondern auch für alle arabischen Arbeiter und Bauern folgenschweren Niederlage gezogen werden? Die Etappentheorie, oder irgendeine andere Politik der Klassenkollaboration, kann zur wesentlichsten Aufgabe, nämlich der unabhängigen Organisierung der Arbeiterklasse - d.h. zum Aufbau einer revolutionären Partei, die alleine diese Aufgabe lösen kann - nicht nur nichts beitragen, sondern diese nur verhindern. Der Erfolg führt nicht über die Etappe der bürgerlichen Demokratie, die den Weg bereiten soll für die sozialistische Etappe, sondern der Kampf um nationale Unabhängigkeit und Agrarreform muß verbunden werden, mit dem Kampf um eine nationale Konstituante, die nichts mit dem bürgerlichen Parlament gemein hat,

sowie der Perspektive der Arbeiter- und Bauernregierung. Wenn es der Arbeiterklasse gelingt, die arme Bauernschaft und das ausgebeutete städtische Kleinbürgertum für diese Ziele zu gewinnen, ist die Voraussetzung geschaffen, daß die Massen sich von der nationalen Bourgeoisie lösen und unter der Führung des Proletariats einen konsequenten Kampf gegen die imperialistische Unterdrückung führen können.

Der Kampf um nationale Unabhängigkeit muß von den Revolutionären militärisch unterstützt werden, nicht nur weil er gerecht ist und sich gegen den Imperialismus richtet, sondern weil die Massen erst im Kampf das demokratische Programm überwinden und die Bedeutung von Übergangslosungen erkennen werden. Nur im gemeinsamen Kampf kann die Avantgarde das Vertrauen gewinnen, das notwendig ist, um sich verankern und den eigenen Führungsanspruch mit Inhalt füllen zu können.

Daß der arabische Nationalismus einen fortschrittlichen Aspekt hat, wird von den Revolutionären in der militärischen Unterstützung der Befreiungsbewegung berücksichtigt, doch deren gleichzeitiger politischer Kampf richtet sich gegen die Halbherzigkeit und Inkonsequenz der kleinbürgerlichen Führung. Sämtliche Beispiele der Geschichte zeigen, daß die kommunistische Partei, daß einizge Werkzeug ist, das geeignet ist, den Kampf gegen die nationale Bourgeoisie zu führen und den Nationalismus der unterdrückten Massen zu überwinden.

Die ursprünglichen Forderungen der libanesischen Linken unter der Führung Dschumblatts beinhalteten sogar die Forderung nach einer Konstituante, bei der die Macht von der Basis ausgehen sollte. Aber ihre Forderungen reduzierten sich sehr bald auf 5o% der Parlamentssitze für die Moslems, obwohl diese 6o% der Bevölkerung ausmachen. Ein christlicher Präsident wurde den Gegnern zugestanden. Doch selbst diese unzureichenden Forderungen verschwanden unter dem Druck der Kämpfe. Die wesentlichsten Forderungen - nationale Unabhängigkeit und Agrarreform - schienen nirgends auf.

TEL ZAATAR

Die Einnahme des Lagers brachte die endgültige Wende im Bürgerkrieg. Das Zentrum des Widerstandes war vernichtet.

Die Flüchtlinge, die in Tel Zaatar lebten, waren zum Teil 195o aus dem Gebiet gekommen, daß heute im Norden Israels liegt, zum Teil aus dem Südlibanon, von wo sie die ständigen israelischen Überfälle vertrieben hatten. Diese 3o.ooo Bewohner bildeten ein billiges Arbeitskräftepotential für die naheliegenden Fabriken der christlichen Bourgeoisie. Mit Unterstützung der syrischen Armee (die heute 3/5 des Landes besetzt hält), Israels und der USA war es der libanesischen Bourgeoisie gelungen, den palästinensischen Widerstand schließlich zu brechen. Die Unterstützung, die für Tel Zaatar entsandt wurde, konnte von den syrischen Truppen erforlgreich abgeblockt werden. Für die syrische Regierung war damit die Gefahr, daß unter dem Druck der Linken und der Palästinenser eine Regierung im Libanon an die Macht kommen könnte, die den Palästinensern mehr Aktionsraum eingeräumt hätte, gebannt.

Nach dem Fall von Tel Zaatar wird die PLO als vollwertiges Mitglied in die arabische Liga aufgenommen, wobei Ägypten der treibende Faktor in dieser Angelegenheit ist. Dazu ein Sprecher der PLO: "Es ist als ob man eine Medaille nach dem Tode bekäme". Doch der Ausrottungsfeldzug ist noch nicht zu Ende. Die Bourgeoisie will allem Anschein nach das leidige Problem der Palästinenser völlig aus der Welt schaffen. Auch in anderen arabischen Ländern nimmt die Repression gegen die dort lebenden Palästinenser zu. Die PLO muß völlig geschwächt und hilflos dieser Entwicklung zusehen. Sie ist aus dem ehemaligen 'Fatahland' vertrieben, 3ooo ihrer besten Kämpfer und 1o.ooo Sympathisaten sind gefallen, ja nicht einmal die Massenunruhen im israelisch besetzten transjordansichen Gebiet können von ihr auch nur irgendwie genutzt werden. Es müssen nun sogar Posten aufgestellt werden, damit die Palästinenser nicht die Lager verlassen und aus dem Libanon fliehen. Zum ersten Mal gibt es Zwangsrekrutierung für alle Männer zwischen 18 und 3o Jahren!

Die ERmordung der drei Palästinenser,die ein Hotel in Damaskus besetzt hatten, durch das syrische Regime gibt den Beweis ab, für die allgemeine verstärkte Offensive gegen die Palästinenser im gesamten arabischen Raum.

Hilflos muß sich Dschumblatt an Sadat wenden, der die Gelegenheit nützen kann,

um sich als 'Freund der Unterdrückten' zu profilieren. Hier wird die Ausweglosigkeit der Linksfront im Libanon deutlich. Ohne Programm, versucht sie die Widersprüche zwischen den einzelnen Regimes auszunützen und wird zerrieben, derweilen Assad, Hussein und Konsorten zum Totentanz aufspielen!

DIE ROLLE ISRAELS

Aus dem Libanon-Bericht des Wochenmagazins 'Time' vom 13. September 1976 geht klar hervor, wieweit die Zusammenarbeit zwischen Israel, Syrien,der libanesischen Christen und der reaktionären Moslems gediehen ist. Schon im Mai d.J. hatte der Verteidigungsminister Peres seinen ersten geheimen Besuch im Libanon gemacht, im August unternahm er die vierte Fahrt dieser Art. Im Einverständniss mit den Christen und den reaktionären Moslems geht Israel nun daran, die palästinensischen Widerstandsbasen im Südlibanon auszuradieren. Außenminister Allon dazu: "Es wird eine Situation herbeigeführt werden, die es niemanden ermöglichen wird, der PLO zu gestatten, vom libanesischen Grenzgebiet aus gegen Israel zu operieren."

Seit der Jordanienkrise 197o war Israel mit keinem arabischen Nachbarstaat ein so enges Bündnis eingegangen. Das ehemalige Fatahland soll nun offenbar zu



einer Zone des Antiguerillakampfes ausgebaut werden. Israel bildet libanesische Soldaten an modernstem Kriegsmaterial aus, die nach Beendigung der Trainingszeit im Süden des Landes eingesetzt werden sollen. Die Häfen, von denen aus den Guerillakämpfern Nachschub geliefert werden könnte, sind von den Israelis nach wie vor blockiert. Die Dorfbewohner des ehemaligen Fatahlandes werden gegen einen erneuerten palästinensischen Widerstand ausgerüstet und ausgebildet (vier Guerillakämpfer wurden schon an der Grenze getötet). Von daher sind auch folgende Nachrichten zu verstehen. Die 'Jerusalem Post' berichtet, daß das israelische Kriegsministerium verlauten ließ, daß es den Libanesen ruhig gestattet werden solle, in Galiläa zu arbeiten. (27. 7.1976) Die 'Neue Züricher Zeitung' vom 4.8.1976: "Der 'kleine Grenzverkehr' wurde erweitert, daß israelische Kabinett billigte als 'Experiment' die Beschäftigung libanesischer Arbeiter in der Dubek-Tabakfabrik".

Israel kauft die Ernten der Grenzdörfer auf, 'humanitäre' Hilfe steht den Betroffenen des Bürgerkrieges zur Verfügung. Israel tut was es kann um die Beziehungen zu den Grenzbewohnern zu verbessern. Die Absicht ist klar - zum ersten will Israel, das über eine weit höhere industrielle Organisiertheit verfügt als die arabischen Länder, diese stärker von der eigenen Wirtschaft abhängig machen, zum zweiten kann es auf diese Weise die Bevölkerung des Südlibanon gegen den palästinensischen Widerstand einsetzen. So isoliert man die Palästinenser noch mehr und muß dennoch nicht offen intervenieren!

Damaskus zog alle Verteidigungstruppen von Golan ab, was soviel wie offener Verzicht gegenüber Israel bedeutet. Die Teilung des Libanon zeichnet sich immer deutlicher ab und Syrien wird dabei sicherlich nicht leer ausgehen.

Die gemeinsame Front der arabischen Reaktion, des Zionismus und des Imperialismus ist knapp vor ihrem Ziel angelangt - den palästiensischen Widerstand zu erwürgen.
Die Niederlage der Palästinenser ist zugleich die Niederlage jedes antizionistischen und antiimperialistischen Kampfes im Nahen Osten!

Ungarn 1956: Stalinismus oder Sozialismus

20. JAHRESTAG DER UNGARISCHEN REVOLUTION

1. TEIL

"... sollt
Ihr stolz das schwere Schicksal tragen,
Denn nicht vergeht, was ihr gewollt,
Nicht eures Geistes hohes Wagen...

Die Fesseln fallen Stück für Stück,
Die Mauern brechen. Neues Leben
Begrüßt euch freudig, und es geben
Die Brüder euch das Schwert zurück."

Puschkin

"Ich nenne Revolution die Verwandlung aller Herzen und die Erhebung aller Hände im Namen der Ehre des Menschen."

Karl Marx

Am 23. Oktober jährt sich zum zwanzigsten Mal der Tag an dem in Ungarn der Kampf der Arbeiterklasse, der Bauern und der Intelligenz gegen die stalinistische Unterdrückung offenen Charakter annahm.

Wenn wir dieses Tages gedenken, dann bedeutet das mehr als ein bloßer sentimentaler Rückblick. Wir ehren die für die Freiheit Gefallenen, aber können dies nur dadurch tun, indem wir ein Fazit aus den Ereignissen in Ungarn ziehen.

Die ungarische Revolution von 1956 steht in direktem Zusammenhang mit den Aufständen gegen die stalinistische Bürokratie in den anderen osteuropäischen "Volksdemokratien" (1953 in der DDR, 1956, 1970 und 1976 in Polen, 1968 in der CSSR) und muß in diesem Zusammenhang betrachtet werden. Nur so wird es möglich sein, die Lehren zu ziehen, ohne deren Berücksichtigung den kommenden Kämpfen das Glück des Sieges versagt bleiben wird.

Diese Erhebungen nahmen eine unterschiedliche Entwicklung an, wobei diejenige in Ungarn ohne Zweifel die heftigste und blutigste war, während die Entwicklung des Jahres 1968 in der CSSR scheinbar ruhig und "friedlich" vor sich ging. Die Gründe für diese unterschiedliche Entwicklung sind im "Geschick" der jeweiligen herrschenden Bürokratie zu sehen, den Druck der Massen aufzufangen und zu kanalisieren.

Die herrschende Kaste in der CSSR hatte eben aus der ungarischen Revolution ihre Lehren gezogen.
Die Entwicklung dieser ungarischen Revolution in all ihrer Widersprüchlichkeit zu studieren, wird uns erst in die Lage versetzen, wirklich zu begreifen, was politische Revolution in den deformierten Arbeiterstaaten bedeutet. Zu glauben, die einfache Aussage, daß eben eine revolutionäre Partei in diesen Staaten aufgebaut werden müsse - was an sich natürlich richtig ist - genüge, wäre töricht und ohne jede Perspektive.

Viele Probleme müssen von den Revolutionären analysiert werden, wie die Rolle und Funktion des Nationalismus in den deformierten Arbeiterstaaten, die Funktion von Bürokraten wie Gomulka, Nagy, Dubcek, was das System der Übergangsforderungen in diesen Staaten konkret bedeutet, die Funktion und Perspektiven der Opposition usw. Neben einer Analyse der ökonomischen Entwicklung müssen diese Fragen im Mittelpunkt unseres Betrachtens stehen.

Wir können dies hier sicherlich nur ungenügend lösen, hoffen aber Anstöße zu geben, für eine Verbreiterung und Vertiefung der Diskussion.

1. STATT EINES VORWORTES: DER KAMPF DER POLNISCHEN ARBEITERKLASSE

Peinlich. Vor wenigen Tagen veröffentlichte die katholische Kirche Polens einen Aufruf in dem sie das Volk unverschämt auffordert, den "Gürtel enger zu schnallen". Und so stehen sie nun in einer Front, der "Kommunist" Gierek und der Pfaffe. Was auch nicht weiter verwundert, gehören sie doch einer Sorte an, die auf ihre jeweilige besondere Art ihr "Geschäft" verrichtet - die Unterdrückung der Massen. Was die frommen Sprüche zur "Mäßigung" nicht erreichen, das besorgen die Miliz-Knüppel des anderen.
Seit sie 1956 kraftvoll ihren Anspruch auf Rätedemokratie zum Ausdruck gebracht hat, ist die polnische Arbeiterklasse praktisch ungeschlagen. Als 1956 der "National-Kommunist" Gomulka auf ihren Schultern zur Macht kam, bestieg nach den Unruhen 1970 Gierek diese "Höhen". Die Heftigkeit mit der die Arbeiterklasse auf die Ende 1970 angekündigten Preiserhöhungen reagierte, ließ die Bürokratie - zumindest auf diesem Gebiet - einen Schritt zurück machen. Hatten sich schon 1956 Arbeiterräte herausgebildet, die nach und nach integriert und damit bedeutungslos wurden, so kommt es nach dem Beschluß des Zentralkomitees massive Preiserhöhungen einzuführen (z.B. Milch 8%, Mehl 16%, Fleisch im Durchschnitt 17,6%, Käse 25%) sofort am 12. Dezember zur Arbeitsniederlegung auf der Danzinger Werft.

Doch es wäre falsch anzunehmen, daß zwischen 1956 und 1970 "Ruhe" in Polen geherrscht hätte, daß die Erhebung des Dezember plötzlich und unerwartet kam. Tatsächlich fanden viele Einzelstreiks statt und 1968 gab es die Studentendemonstrationen in den großen Städten, die de facto den Prolog für 1970 darstellten.

Am 14. Dezember 1970 schlossen sich die Werftarbeiter zu einer friedlichen Demonstration zum Parteihaus zusammen, wo sie von jenem Staatsorgan, das den Namen "Arbeitermiliz" trägt unter Feuer genommen wurden. Es gab die ersten Toten und Verwundeten. Die Hafenstädte Danzing, Gdingen und Zobot werden im Verlauf der Auseinandersetzungen von Miliz und Armee völlig eingeschlossen, jedes öffentliche Leben wird unterbunden.

Am 17. Dezember gelingt es den Arbeitern der Stettiner Werft den Betrieb zu besetzen. Auch hier eröffnet die Miliz das Feuer auf unbewaffnete Arbeiter, Frauen und Kinder. Am 24. Jänner 1971 endlich kommt es zu jenem denkwürdigen Besuch Giereks und anderen Bürokraten in der Stettiner Werft. Die Aufforderung an Gierek ihnen Rede und Antwort zu stehen, gehörte zu dem 11 Punkte umfassenden Forderungskatalog der Stettiner Werftarbeiter.

Punkt 1:
Wir verlangen, daß die Lebensmittelpreise auf den Stand vom 12. Dezember 1970 zurückgeführt werden.

Punkt 2:
Im Einklang mit dem Willen der Belegschaft, der auf allen offen abgehaltenen Abteilungsversammlungen zum Ausdruck kam, verlangen wir die unverzügliche und gesetzliche Durchführung von Wahlen der Gewerkschaftsleitungen, der Arbeiterräte sowie, entsprechend dem Wunsch der Mehrheit der Parteimitglieder - demokratische Wahlen in den Organisationen der Partei

und des Jugendverbandes auf Abteilungs- und Betriebsebene. Wir verlangen die Garantie, daß die Wojewodschaftsleitungen der oben angeführten Organisationen diesen Punkt mit genau festzulegendem Termin akzeptieren.

Punkt 3:
Wir verlangen die Zusicherung, daß den Streikenden für die Dauer des Streiks der Lohn ausgezahlt wird.

Punkt 4:
Wir fordern, daß die Betriebsleitung und die staatlichen Organe den Streikteilnehmern und den Mitgliedern des Streikkomitees garantieren, daß keine Folgen für sie entstehen und ihnen volle persönliche Sicherheit auf dem Betriebsgelände und in der Stadt gewährleistet wird.

Punkt 5:
Wir verlangen den Besuch des 1. Sekretärs des ZK der PZPR (Vereinigten Arbeiterpartei Polens, d.Verf.), Genossen Gierek, zusammen mit Ministerpräsidenten Piotr Jaroszewicz auf der Werft "Adolf Warski", um einen unmittelbaren und ständigen Dialog mit den Vertretern der Arbeiter, d.h. der Streikkomitees aufzunehmen.

Punkt 6:
Wir verlangen eine ehrliche Information über die politische und wirtschaftliche Situation der Werft und des Landes und eine Richtigstellung der (Produktions) Verpflichtungen, die das Rohrwerk am 11. Jänner 1971 übernommen hat.

Punkt 7:
Die Berichtigung soll über die gleichen Massenkommunikationsmittel erfolgen, die damals diese Nachricht verbreitet haben. Dies soll bis zum 25. Jänner dieses Jahres geschehen.

Punkt 8:
Wir verlangen, daß gegen jene Leute vorgegangen wird, die für die Durchgabe der Information über die Verpflichtungen des Rohrwerkes am 11. Jänner 1971 an die Massenkommunikationsmittel verantwortlich sind.

Punkt 9:
Wir verlangen die Veröffentlichung unserer Forderungen durch die lokalen Massenmedien bis zum 25. Jänner d.J.

Punkt 10:
Wir fordern, daß die Partei- und Gewerkschaftsführung der Wojewodschaft sowie die Betriebsführung der aus dem Streikkomitee hervorgegangenen Arbeiterkommission Betätigungsmöglichkeit beim Betriebsrat und Arbeiterrat bis zur gesetzlichen Wahl dieser Organe sichern, von der in Punkt 2 die Rede war.

Punkt 11:
Die Möglichkeit der Betätigung für die Mitglieder der Arbeiterkommission soll vor allem einschließen:
a) Garantie der persönlichen Sicherheit auf dem Betriebsgelände und in der Stadt;
b) ausschließliche Verfügung über das Werksradio bzw. über die Leute, die für die technische Bedienung und Wartung verantwortlich sind;
c) Freistellung der Mitglieder der Arbeiterkommission, damit sie die Durchführung von Punkt 2 dieser Forderungen überwachen können.

Wir fordern, daß die Sicherheitsorgane augenblicklich aufhören, die Arbeiter, die am Streik teilnehmen, zu schikanieren, einzuschüchtern und zu verhaften. Der Streik ist kein Verbrechen, da nirgends ein Verbot ausgesprochen ist.
DAS STREIKKOMITEE

(zitiert nach: "Rote Fahnen über Polen", Seite 14-16)

Das Protokoll der Diskussion ist ebenfalls in dem erwähnten Buch enthalten und ist an Reichtum der Aussage wirklich kaum zu überbieten. Das , was Gierek in seiner langen Einleitung sagt, verdient nur insoferne Bedeutung als das man sofort erkennen kann, wèlch Demagoge hier am Werk ist. Wir sehen deutlich den Unterschied zu Gerö im Ungarn des Jahres 1956, der die Forderungen der Arbeiter schroff als "unsozialistisch" zurückwies. Gierek ist klüger und vor allem er weiß genau, welch ungebrochene Kampfkraft in den Arbeitern die da vor ihm stehen steckt. Salbungsvoll streut er Verständnis um sich,pocht auf "Vernunft" und - wir können dies täglich bei den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbonzen erleben - natürlich, bringt er seine Vergangenheit als Kohlenarbeiter ins Spiel - nicht ohne Erfolg.

"Genossen! Mich könnt ihr doch nicht schlechten Willens verdächtigen. Ich bin Arbeiter wie ihr. Ich habe 18 Jahre in der Grube gearbeitet, unter Tag, und - ihr wißt - mir muß man nicht beibringen, die Probleme der Arbeiterklasse zu verstehen. Alle meine Verwandten arbeiten in den schlesischen Bergwerken. Alle! Ich habe nicht - wißt ihr - Minister oder

so etwas in der Verwandtschaft - wirklich nicht." (Seite 19)

Das ist die Sprache der Benyas und Konsorten, die nach diesen "qualvollen" Stunden wieder an die Verhandlungen mit Unternehmervertretern und kapitalistischen Ministern zurückkehren (kaum anzunehmen, daß Gierek mit Schmidt eine ähnliche Sprache spricht), zu Leuten also, die ihre "Opfer" auch wirklich mehr zu schätzen wissen. Auch Noske war Tischler, bevor er 1919 in Berlin und München den Hobel schwang.

Doch die Arbeiter der Stettiner Werft gehören zum großen Teil sicherlich einer anderen Generation an, als die, welche schon 1956 ähnliche Töne von Gomulka hörten. Manch einer der Ältern wird mit Verbitterung an dieses Jahr und an die Versprechungen denken, diejenigen, die sich zu Wort melden, äußern trotz ihrer schonungslosen Angriffe auf die Bürokratie ihre Illusionen in Gierek von dem sie sich eine Verbesserung ihrer Situation versprechen.

Nachdem sie die Belehrungen Giereks und der anderen Bürokraten über sich ergehen lassen haben, melden sich die Vertreter der einzelnen Abteilungen zu Wort. Die schonungslosen Anklagen gegen das Regime der Unterdrückung, die einfache Sprache, die sich scheut "politisch" zu werden ("ich bin zum arbeiten geboren"), die Angst vor Verfolgung, sowie die Unsicherheit der sozialen Existenz werden bedrückend deutlich. Das Leben dieser Arbeiter, ihr Kampf entsteht als grausames Bild der Realität dieses "Sozialismus", in der die "Herrschaft des Proletariats" zur zynischen Formel für die Unterdrückung der Arbeiterklasse wird.

Der Delegierte der Abteilung K-1 stellt, ehe er seine Meinung sagt, die Frage: "Kann man hier so offen sprechen wie der Genosse Gierek und der Genosse Jaroszewicz ?" ehe er die Bestrafung aller jener fordert, die die Arbeiter irregeführt haben. Aber auch danach bricht die Unsicherheit in ihm durch, die Angst vor dem Direktor, der nachdem Gierek weg ist, zur Repression gegen ihn schreiten könnte.

Jeder Arbeiter im Kapitalismus, jeder den die Bourgeoisie in ihre Armee steckte kennt diese Situation, wenn der Direktor oder der General, der einmal jährlich seine "Volksverbundenheit" beweisen muß, väterlich die Frage stellt: "Hat jemand Beschwerden ?". Die Augen der Unteroffiziere des Betriebes und der Armee registrieren jeden, der etwas gegen sie vorbringt. Die Repression auf die eine oder andere Art ist ihm sicher.

Doch die Arbeiter der Stettiner Werft klagen an. Auch wenn wir aus vielen Wortmeldungen die Unsicherheit heraushören können, sind sie dennoch schonungslos. Die Verbrechen und Morde der Miliz, die Vertuschungen und Verharmlosungen der Presse werden erwähnt. Wir erfahren von Arbeitern, die überfallen und krankenhausreif geschlagen wurden, von den Toten die man heimlich in der Nacht begraben hatte, vom Zynismus der Staatsorgane usw.

"... wir werden schon nicht mehr die Leichen zählen, denn es ist schwer zu berechnen, wieviele sie da auf den Straßen aufgelesen haben ..."

"Wie kann das sein, daß die Arbeiterklasse sich gegen die Arbeiterklasse gekehrt hat? Also, wie können wir auf uns schießen? Wir sollten doch wie Brüder leben..."

Wir sollten doch wie Brüder leben! Er sagt das einfach, der Delegierte von K-1 und berichtet dann von einem Kollegen, dessen Bruder erschossen wurde und dem eine Entschädigung nur unter der Bedingung

****

VORANKÜNDIGUNG ! VORANKÜNDIGUNG !

****

Im Oktober erscheint, erstmals in deutscher Übersetzung:

Felix Morrow – Revolution und Konterrevolution in Spanien

Zu diesem Buch: Der Autor, bis Ende der vierziger Jahre Mitglied der amerikanischen Socialist Workers Party, schrieb dieses Buch zur Zeit des spanischen Bürgerkriegs. Er liefert eine marxistische Geschichte und Analyse der Ereignisse vor und während des Bürgerkriegs und stellt dabei anschaulich die Ursachen der Niederlage der spanischen Revolution dar.

Es ist heute, vor dem Hintergrund des momentanen Standes der spanischen Revolution,dringender denn je, sich über die Ursachen und Folgen der Niederlage des spanischen Proletariats in den dreißiger Jahren klarzuwerden. Hierin liegt der Schlüssel zu einer korrekten Bestimmung der heutigen Etappe der spanischen Revolution und der Aufgaben der Revolutionäre.

Das Buch erscheint Mitte Oktober – ca. 280 Seiten, broschiert, Preis: 10,00 DM – mit einem Vorwort von J. Rohrbach.

Ergebnisse & Perspektiven Verlags- und Vertriebs-GmbH
Altenessener Straße 337, 4300 Essen 12
Postscheckkonto 37731-437, Postscheckamt Essen

Bestellungen an:

IKL, Postfach 1454, 1o1o Wien

ausgezahlt wurde, daß er eine Verpflichtung unterschreibt, daß der Bruder einem Herzschlag erlegen sei ...

"Man jagt die Werftarbeiter, fängt sie heimlich, hinterrücks, hinterhältig."

"Ich werde doch nicht im Recht sein, sondern immer nur der Milizfunktionär. Wenn er meinen Lebenslauf überprüft hat, dann wird er alles in mich hineinfabrizieren, was ihm paßt und fertig! Aus dem komme ich doch nicht mehr heraus, denn ich bin in eure Kartei eingesperrt. Und so werden die Menschen erledigt."

Wir zitieren die einzelnen Aussagen deshalb so lange, weil aus ihnen die ganze Erfahrung der Arbeiter mit der Realität des Stalinismus deutlich wird. Das sind nicht die Erfahrungen einer Woche oder eines Monats, nein, das sind die von Jahrzehnten. Der Delegierte der Abteilung K-4 kommt auf die Arbeitsbedingungen auf der Werft zu sprechen und er beschreibt die Arbeit unter freiem Himmel, die Gefahren des Stromschlages bei Regen, den Plan der für Sommer und Winter gleich ist.

"Im Winter haben wir 50 Zloty Zulage bekommen. Dann hat man uns diese Zulage genommen und die Steuer hat man uns weiter abgezogen ... Es gibt keine Arbeitsunterbrechung (bei Regen), aber wenn für den ganzen Tag keine Arbeit da ist, dann zahlen sie nur für 4 Stunden. Und das zahlen sie nach Lohngruppen, ich verliere dadurch 3/4 meines Verdienstes."

Er beschreibt die triste ökonomische Situation der Arbeiter, deren Durchschnittsverdienst kaum für das notwendigste Essen einer Familie reicht. Tatsächlich müssen die Arbeiter Überstunden schinden, um nicht ins Elend zu fallen, von den Gesundheitsschäden die sie bei ihrer Arbeit erleiden ganz zu schweigen.

Diese Arbeiter, von denen keiner die Rückkehr zum Kapitalismus fordert, die einfach um ihre Grundrechte kämpfen, die voll von Illusionen in den Wechsel der Parteiführung sind, wurden von der polnischen und internationalen stalinistischen Presse als "Rowdys" und "Provokateure" beschimpft. Irgendein Kretin in der Redaktion des Zentralorgans der KPÖ "Volksstimme" setzte sich an seinen Schreibtisch und verleumdete das polnische Proletariat.
Wie unangenehm, als die neue Parteiführung unter Gierek zurückwich und "Fehler" zugab (für die natürlich Gomulka verantwortlich gemacht wurde). Nun, auch Kretins lernen. Als es im Sommer 1976 neuerlich zu Unruhen kam - wieder wegen angekündigter Preiserhöhungen - meldete die "Volksstimme" lakonisch, daß in Polen "diskutiert" werde um später das "allgemeine Glück" in Polen in den schillerndsten Farben zu beschreiben. Was kostet die Lüge?

Der Wechsel in der Parteiführung, dargestellt durch die Person des Edward Gierek, stellte einen Wechsel in der Methode der Unterdrückung dar. Gierek, dem der Kanzler der BRD, Schmidt, das "Kompliment" machte, er könne sich ihn "gut als den Manager eines deutschen Großbetriebes von der Preisklasse Krupp oder Daimler-Benz" vorstellen, leitete den Übergang zur verstärkten Industrialisierung und zur besseren Versorgung der Bevölkerungmit Konsumgüter ein.

Und so stellt sich die Welt des Edward Gierek dar. Er, der nicht aus dem Teil der Bürokratie kommt, der direkt in Moskau erzogen wurde, wirkt wie der "Schmidt der Volksdemokratie". Die polnische Bürokratie versucht den ökonomischen Schwierigkeiten durch ein verstärktes Öffnen gegenüber dem Imperialismus zu entgehen. Die beschleunigte Industrialisierung wurde mit ungeheuren Krediten bezahlt, die Schätzungen der Auslandsverschuldung (gegenüber dem Imperialismus) schwanken um die 6 Milliarden Dollar. Aber mit dieser verstärkten Öffnung wurde auch die Inflation importiert. Dazu kam noch, daß die Comecon-Staaten das Öl und Erdgas, das sie aus der Sowjetunion beziehen, um 130% teurer bezahlen müssen.

Diese Welt des Edward Gierek ist einfach. In einem ausführlichen Interview mit dem "Spiegel" (Juni 1976) legt er sie offen dar. Seine Antwort an die Arbeiterklasse besteht darin, daß er den Leuten eben mehr Schinken bietet. Wir haben keineswegs etwas dagegen, daß die polnischen Arbeiter mehr Schinken essen. Doch keine der politischen Forderungen des Kampfes von 1970/71 wurde bis heute erfüllt. Heute gibt es zwar mehr Autos und mehr Schinken in Polen (die Wohnungsverhältnisse gehören noch immer zu den schlechtesten unter den Industriestaaten), doch gerade die ökonomischen Schwierigkeiten in denen das Land heute steckt, zeigen klar die

Auswegslosigkeit der Bürokratie und die Abhängigkeit des deformierten Arbeiterstaates vom imperialistischen Weltmarkt an. Wir können klar den Prozeß erkennen, in dem die Bürokratie durch ihre Politik die ökonomischen Grundlagen des Arbeiterstaates gefährdet. 200.000 polnische Staatsbürger besitzen ein Devisenkonto bei der staatlichen Bank und Gierek gibt auf eine Frage des "Spiegel" zu, daß die Bürokratie plant, die Auslandspolen zu ermuntern, in der Industrie zu investieren - als Mitbesitzer. Als nun im Sommer 1976 wieder die Parteibüros brannten, obwohl sich die Bürokratie die größte "Mühe" gab, den Arbeitern die "Schwierigkeiten" zu erklären, müssen wir die Ursachen dafür, vor allem in der Nichterfüllung der politischen Forderungen der Arbeiterräte des Jahres 1970 sehen und nicht in der "Schinken-Ideologie" Giereks.

Die Bürokratie reagierte tollwütig. Wie schon 1970, als in Stettin 300 Arbeiter beschuldigt wurden, 7.000 ihrer Kollegen "verführt" zu haben, so wurde auch dieses Mal die Verschwörertheorie wieder aufgewärmt, die ein jedes Unterdrückerregime als Vorwand für die Repression nimmt. Die gesamte bürgerliche Presse spendete Beifall als ohnehin "vorbestrafte Elemente" vor Gericht gezerrt und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Die Bürokratie wird sich ihres 'Sieges' nicht lange erfreuen dürfen. Gierek und sein 'dynamisches Team' verlieren an Einfluß, die nächste Erschütterung wird neue 'Reformer' an die Macht bringen.

Hier liegt die ganze Tragik des Kampfes der polnischen Arbeiterklasse, der objektiv gegen den Stalinismus gerichtet ist, der aber aufgrund seiner fehlenden politischen Klarheit bloß immer nur einen Fraktionswechsel in der herrschenden Bürokratie erreichen wird, solange er nicht bewußt auf die Errichtung einer sozialistischen Ordnung gerichtet wird.

Dazu fehlen aber heute in Polen, einige notwendige Faktoren, wie der des aktiven Eingreifens eines revolutionären Kaders, der der Arbeiterklasse die Perspektive der Machtergreifung weist.



2. DIE ENTWICKLUNG ZUM UNGARISCHEN OKTOBER

Bei der Besetzung Ungarns durch die rote Armee (1944/45) war Ungarn ein schwer zerstörtes Land, ohne intakten Staatsapparat. Wie in allen anderen osteuropäischen Staaten, die von der roten Armee besetzt wurden, ging die Sowjetbürokratie daran, den bürgerlichen Parteien bei ihrem Wiederaufbau zu helfen. In Ungarn wurde eine Koalitionsregierung zwischen der Kommunistischen Partei, den Sozialdemokraten, der Partei der kleinen Landwirte und der Nationalen Bauernpartei gebildet.

Die stalinistische Partei wurde vor allem von einer Gruppe geführt, die während des Krieges in der Sowjetunion war und dort - inmitten der blutigen Säuberungen - zu willfährigen Erfüllungsgehilfen der Kremlbürokratie wurden. Die wichtigsten Vertreter dieser Gruppe waren Rakosi und Gerö. Diese Linie - die Stalinisten, die während des Krieges im eigenen Land als Widerstandskämpfer tätig waren, zumindest mit einem Netz von Erfüllungsgehilfen zu umgeben - sehen wir in allen osteuropäischen Staaten. Zum ersten waren die Widerstandskämpfer direkt mit den Massen verbunden gewesen und daraus folgt zum zweiten die Gefahr für den Kreml, daß die Durchsetzung des Kurses auf die "Volksdemokratie" bei diesen Stalinisten auf größeren Widerstand stieß, wie es ja auch tatsächlich im Falle Jugoslawiens nicht erst seit 1948 der Fall war. Wie auch immer - diese Leute waren ein Unsicherheitsfaktor, was allerdings bei Stalinisten wie Rajk in Ungarn und Slansky in der CSSR weitestgehend ausgeschlossen werden kann.

Die größte unter den sich neu formierenden Parteien war die "Partei der kleinen Landwirte", die sich vor allem - wie ihr Name schon sagt - auf die Bauern stützte. Die "Nationale Bauernpartei" berief sich ebenfalls auf diese Klasse, hatte aber keineswegs einen vergleichbaren Einfluß. Obwohl die Sowjetbürokratie - vermittelt durch rote Armee - de facto die Macht im Staate ausübte, war das politische und kulturelle Leben in Ungarn in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg von einer scheinbar relativen Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion gekennzeichnet. Dies entsprach der damals noch bestehenden Koalition des Stalinismus mit den "demo-

kratischen" imperialistischen Mächten USA, England und Frankreich.

"Eine der ersten Handlungen der neuen Koalitionsregierung war eine umfassende Bodenreform. Obwohl sie einigermaßen überstürzt und unter widrigen wirtschaftlichen Umständen vorgenommen wurde, fand sie bei den Bauern und demokratisch eingestellten Teilen der Bevölkerung einhellige Zustimmung ...
Im Zuge der Bodenreform von 1945 wurden 183.000 Hektar bebauten Landes auf 650.000 Bauernfamilien verteilt ... Der für die Reform verantwortliche Minister war ein aus Moskau zurückkehrender Kommunist: Imre Nagy."
("Die ungarische Revolution", M.J. Lasky, Seite 19)

Hier finden wir die erste Erklärung für die Beliebtheit von Nagy in der Bevölkerung, die Jahre später eine so tragische Bedeutung finden sollte.

Bei den im Oktober 1945 abgehaltenen Parlamentswahlen ging die "Partei der kleinen Landwirte" mit einer absoluten Mehrheit 57% als Sieger hervor, Stalinisten und Sozialdemokraten erhielten je 17%, die "Nationale Bauernpartei" 7%. Die Sowjetbürokratie verhinderte die Bildung einer Alleinregierung, was zu sich mehr und mehr vertiefenden Differenzen und schließlich dazu führte, daß die Führer dieser Partei verhaftet wurden (soferne sie nicht fliehen konnten) und durch Marionetten ersetzt wurden.

Natürlich war die "Partei der kleinen Landwirte" keine revolutionäre, sondern eine kleinbürgerliche Partei, aber gerade das Wahlergebnis ist Ausdruck des tiefen Mißtrauens der Landbevölkerung gegen den Stalinismus.

Wenn wir auch anerkennen müssen, daß das Ergebnis der stalinistischen Politik (die Entmachtung der Bourgeoisie) ein historischer Fortschritt ist, so können wir andererseits nicht übersehen, daß die Art und Weise, wie dieser historische Fortschritt zustandekam, der Sache der Arbeiterklasse ungeheuren Schaden zufügte. Zum anderen muß bedacht werden, daß sich die "Partei der kleinen Landwirte" für die Bodenreform aussprach, was die Illusionen der Landbevölkerung in sie erklärt.

Die Politik der ungarischen Stalinisten war der ihrer Genossen in den anderen deformierten Arbeiterstaaten ähnlich. Sie besetzten vor allem die wichtigsten Schlüsselstellen des neuen Staatsapparates - wie das Innenministerium und die Polizei - und versuchten daneben, Gefolgsleute in die Spitzen der anderen Parteien zu schleusen. So konnte der "demokratische" Schein gewahrt bleiben. Rakosi hat das selbst im ungarischen Parlament am 29. Februar 1952 ausgesprochen:

"Es gab nur eine Organisation, die von Anfang an unter der Kontrolle unserer Partei stand und die niemals dem Einfluß der politischen Koalition ausgesetzt war: Die AVH (politische Geheimpolizei, d.Verf.) ... Vom Augenblick ihrer Gründung an behielten wir sie fest in der Hand und sicherten sie uns als eine zuverlässige Waffe in unserem Kampf."

(zitiert nach Lasky, "Die ungarische Revolution", Seite 22)

Rakosi gab der Politik der Stalinisten mit dem Begriff der "Salami-Taktik" auch den Namen: Man schneidet dem politischen Gegner ein Stückchen nach dem anderen ab.

Mit dem Einsetzen des "Kalten Krieges", d.h. mit der Stabilisierung des Imperialismus und dem damit verbundenen Vorgehen gegen die Arbeiterklasse, sowie gegen die Sowjetunion und die deformierten Arbeiterstaaten, war die Bürokratie gezwungen den "demokratischen" Schein, der doch ein gewisses Risiko in sich barg, zu liquidieren. Die bürgerlichen Parteien wurden entweder völlig in die Illegalität gedrängt, oder zu Marionettenparteien umgestaltet, indem die eigenständige Führung liquidiert wurde. Die sozialdemokratischen Parteien "fusionierten" sich mit den Stalinisten ...

Die Sowjetbürokratie stülpte diesen Ländern einen Deckel über, der jede politische Bewegung aller Klassen unterdrückte. Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokraten wurden zwar verboten, die Gründe für ihre tiefe Verwurzelung in den Massen blieben jedoch nicht nur bestehen, sondern verstärkten sich im Gegenteil im Laufe der Jahre noch. Das erklärt, warum jedesmal wenn dieser "Deckel" gelüftet wird, explosionsartig alle diese Parteien wieder entstanden. Die Illusionen in die Demokratie wurden zwar "verboten", nichtsdestoweniger blieben sie bestehen und jeder Tag der stalinistischen Herrschaft verstärkte sie noch.

Die Sowjetunion trat gegenüber den

"Volksdemokratien" als Siegermacht auf, forderte Reparationen und zwang ihnen Wirtschaftsverträge auf, deren Inhalt stark zuungunsten der deformierten Arbeiterstaaten war. Der Jugoslawe Dedijer enthüllte in einem seiner Bücher unter anderem, daß die Kreml-Bürokratie vor 1948 Jugoslawien einen Wirtschaftsabschluß bezüglich Erdöl aufzwang, der für Jugoslawien ungünstiger war, als ein ähnlicher Vertrag den die Sowjetunion mit dem Iran abschloß, für das zuletzt genannte Land. Die wirtschaftliche Ausbeutung der osteuropäischen Länder, die für diese oft bedrohliche Formen annahm, war der "Preis" den sich der Stalinismus für die Zerstörungen die die Sowjetunion im Kampf gegen den deutschen Faschismus erlitten hatte, bezahlen ließ. Hier ist einer der Gründe für das Aufkommen des Nationalismus zu sehen, der bis heute in allen osteuropäischen Staaten besteht und der sich vor allem gegen die Sowjetunion richtet.

" 1946/47 umfaßten die Reparationszahlungen 26,4 % des ungarischen und 37,5 % des rumänischen Staatshaushaltes, im Jahre darauf 17,8 % und 46,4 %."

(Brzezinski, "Der Sowjetblock", Seite146)

Wie in allen Volksdemokratien setzte auch in Ungarn eine beschleunigte Industrialisierung ein, die vor allem den Ausbau der Schwerindustrie betraf. Hunderttausende ehemalige Kleinbauern und Landarbeiter wurden in die Industrie gestoßen, wo sie unter den Bedingungen härtester Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und eines elenden Lebensniveaus die Industrialisierung des Landes sicherten.

"Nach Imre Nagy betrug das Tempo der Industrieentwicklung in Polen 1949-1955 98 %, in der Deutschen Demokratischen Republik 1950-1955 92,3%, in Rumänien 1951-1955 144%, in Bulgarien 1949-1955 120% und in Ungarn 1949-1955 210%."

(Nagy, "Politisches Testament", zitiert nach: Brzezinski, "Der Sowjetblock",S230)

In Ungarn (einem Land mit weniger als 9 Millionen Einwohnern) stieg die Zahl der Lohnempfänger in den Jahren 1949-1955 um 1,550.000 und die der Beschäftigten im genossenschaftlichen Sektor um 710.000. Die Zahl der Einzelbauern verringerte sich im gleichen Zeitraum um 1,300.000 und die der Kapitalisten um 540.000 (Zahlen nach "Nepszabadsag"

Das bedeutet, daß in diesen Jahren die gesamte Struktur der Klassengesellschaft verändert wurde. Die Proletarisierung breiter Teile der Landbevölkerung, die zwangsweise Durchführung der Kollektivisierung auf dem Lande, machte diese Massen zu verzweifelten Gegnern der Stalinisten.

Wir werfen der Bürokratie nicht vor, daß sie die osteuropäischen Staaten industrialisierte (soweit sie es schon nicht waren), sondern die Art und Weise wie diese Umstellung der ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft vor sich ging. Wir wissen natürlich, daß auch in einer revolutionären Diktatur des Proletariats, das soziale Niveau der Massen unter Umständen in der ersten Zeit (vor allem in industriell unterentwickelten, oder durch Krieg bzw. Bürgerkrieg zerstörten Staaten) einen Schritt zurück machen wird, um dann leichter zwei Schritte vorwärts machen zu können.

Der wesentliche Faktor bleibt aber der, daß in der Diktatur des Proletariats die Massen die Herrschaft direkt und unvermittelt ausüben, daß sie täglich sehen, daß die Mühen des Alltags, durch die freie, politische Machtausübung der ehemals Unterdrückten mehr als aufgewogen wird. Nur so wird auch - nebenbei gesagt - die ökonomische Entwicklung zum Sozialismus gewährleistet werden können. Politische Machtausübung und ökonomische Umgestaltung der gesellschaftlichen Grundlagen sind eben nicht zwei voneinander zu trennende Faktoren.

Hier liegt das "historische Dilemma" des Stalinismus. Ist er zwar imstande die ökonomischen Grundlagen für die Weiterentwicklung der Gesellschaft zu legen, so schafft er selbst durch die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse und seine internationale Politik (der Verhinderung der proletarischen Revolution) die Grenzen dieser Entwicklung. Die Arbeiterklasse hat viele Male in der Geschichte bewiesen, daß sie bereit ist Not und schwere Arbeit auf sich zu nehmen, wenn es gilt die Welt zu verändern, aber sie mußte diese Perspektive täglich vor Augen haben. Das Bild der volksdemokratischen Gesellschaft ist ein gänzlich anderes. Neben den täglichen Mühen, dem Hunger und dem Elend, den Privilegien der Bürokratie, die politische Unterdrückung durch die Geheimpolizei, die Bespitzelung und die zynischen Sprüche

der Arbeiter und Bauer jede Perspektive, hier wird er passiv.

"Es gab noch zwei schlaue Methoden, um die Arbeiter sogar um den elenden Lohn, der ihnen angeblich zustand, zu bringen. Die eine war das System der Friedensanleihen. Diese waren angeblich freiwillig, tatsächlich wurde jede Art von Druck ausgeübt, um aus jedem Arbeiter etwa 12% seines Gesamteinkommens herauszupressen. Diejenigen, die eine Beteiligung verweigerten, wurden angeprangert und später entlassen, oder sogar verhaftet. Die zweite List bestand in der Einrichtung der "freiwilligen" Schichten zu verschiedenen patriotischen Zwecken. Zwischen April 1950 und Februar 1951 gab es elf sogenannte Wettbewerbe in der ungarischen Industrie, die alle eine Beschleunigung des Arbeitstempos ohne materiellen Nutzen für den Arbeiter bedeuteten: 1. zur Erinnerung an die Befreiung Ungarns, 2. zu Ehren des 1.Mai, 3. zur Erinnerung an die Einsetzung von Gemeinderäten, 4. Korea-Woche, 5. Verfassungstag, 6.zehnter Jahrestag der Entlassung Rakosis aus dem Gefängnis, 7. Vollendung des Planes von 1950 bis zum Äußersten, 8. zu Ehren der Gemeindewahlen, 9. dreiunddreissigster Jahrestag der russischen Oktoberrevolution, 10. Stalins Geburtstag und 11. zu Ehren des zweiten Kongreßes der Kommunistischen Partei Ungarns. Um die erschöpften, ausgeplünderten und verzweifelten Arbeiter noch weiter vorানzutreiben gab es eine Menge von Bewegungen "zur Entwicklung des Stachanowsystems und der gesteigerten Produktion". Hier sind ein paar Beispiele: 1. Die Korabelnikowabewegung. Zweck dieser Sache war, daß Arbeitspensum eines Tages unter Verwendung von im vorhergehenden Monat eingesparten Material zu erfüllen. 2.Die Kowaljowbewegung. Diese bedeutete "die enge Zusammenarbeit zwischen Technikern und Handarbeitern zur Förderung des Arbeitswettbewerbes". 3. Die Nazarowabewegung und 4. Die Paninbewegung. Diese sind zu kompliziert für eine Erklärung: die erstere bezieht sich auf die Pflege der Maschinen, die zweite auf die gesteigerte Produktion. 5. Die Kuznietrowbewegung. Diese wurde in Verbindung mit der Sparmaßnahme eingeführt. So viele Arbeiter wie möglich wurden aufgefordert "für die Pflege des Werkzeugs"zu kämpfen. 6. Die Gazdabewegung. Diese war einfach eine magyarische Form von 1., vermutlich weil die ungarischen Arbeiter Korabelnikowa nicht aussprechen konnten..."
(Georg Mikes, "Revolution in Ungarn")

Zu alledem kam noch die kulturelle Verelendung, die Erstickung jedes freienWortes. Die Aufgabe der Kunst wurde es nur noch, den 'großen Führer' Rakosi und den noch 'größeren' Stalin zu loben.

Die Entstehung der deformierten Arbeiterstaaten ist somit ausgesprochen widersprüchlich. Zwar wird die Bourgeoisie in diesen Ländern geschlagen und die wesentlichsten ökonomischen Grundlagen für den Übergang der Gesellschaft zum Sozialismus gelegt (und nur hier liegt der Fortschritt) aber um welchen Preis!

Das Ergebnis der Wahlen des Jahres 1945 in Ungarn zeigte klar die tiefen demokratischen Illusionen der Massen (man muß bedenken, daß keine Partei sich gegen die Umwälzungen in Industrie und Landwirtschaft aussprach). Diese Illusionen wurden nun nicht im Klassenkampf durch die Politik einer revolutionären Partei überwunden, sondern einfach 'verboten'. Ähnlich war es in allen anderen osteuropäischen Staaten. Die negativen Auswirkungen - sowohl national, als auch international - der Entstehung des deformierten Arbeiterstaates sind demnach beträchtlich. Die langjährige direkte Anwesenheit der roten Armee, die als 'Siegermacht' auftrat, die Reparationen an die Sowjetunion, sowie die sichtbare Abhängigkeit der nationalen stalinistischen Führungen von der Kreml-Bürokratie hatten das Wiedererwachen, bzw. die Verstärkung der nationalen Vorurteile der Massen zur Folge, die wir natürlich nicht einfach als 'reaktionär' abtun können (das ist ein Punkt, auf den wir weiter unten noch eingehen werden). Die Erstickung jeder Keimform der sozialistischen Demokratie, die Willkürherrschaft im Namen der Diktatur des Proletariats, fügte der Sache dieser Klasse national und international einen dermaßen großen Schaden zu, daß wir nicht sagen können: Besser ein deformierter Arbeiterstaat, als gar keiner. Der Standpunkt der Kommunisten kann vielmehr nur lauten: Wenn der revolutionäre Faktor zu schwach ist um die Machteroberung der Stalinisten, durch die Errichtung der sozialistischen Demokratie zu verhindern, dann verteidigen wir die Errungenschaften dieses Ergebnisses, nicht den Weg wie sie zustande kamen und nicht die Bürokratie. Eine Folge des 'Kalten Krieges', also der

verstärkten Einkreisung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten durch den Imperialismus, waren ungeheure ökonomische Schwierigkeiten in diesen Staaten, die ja zudem von den Folgen des 2. Weltkrieges noch schwerstens gekennzeichnet waren. Dazu kam der Ausbruch des Konfliktes zwischen der Kominform, mit der Kreml-Bürokratie an der Spitze und dem Tito-Regime in Jugoslawien, auf den wir in diesem Rahmen natürlich nicht genau eingehen können.

Dieser Konflikt - soviel muß gesagt werden - darf nicht als ein solcher, zwischen Stalinismus und Marxismus fehlinterpretiert werden (wie dies das 'Internationale Sekretariat' der IV. Internationale 1948 tat), sondern es war ein Konflikt zwischen zwei stalinistischen Bürokratien. Die jugoslawische Bürokratie stützte sich - im Gegensatz zu den stalinistischen Parteien der anderen 'Volksdemokratien' - direkt auf die Massen, sie hatte im Kampf die Macht erobert. Das gab ihr die Kraft, den Versuchen der Kreml-Bürokratie,Jugoslawien ähnlich zu behandeln, wie die von der roten Armee besetzten Staaten (Reparationsleistungen, ungleiche Wirtschaftsverträge usw.), zu widerstehen. Wer die Wirtschaftsverträge kennt, die die Kreml-Bürokratie Jugoslawien aufzwingen wollte, der wird hier die Ursachen des Konfliktes sehen müssen und nicht etwa darin, daß Tito (der Schlächter der Führung der KPJ in Moskau) 'unbewußt' zum Revolutionär geworden war.

Im Gefolge dieser ökonomischen Schwierigkeiten und des Konfliktes mit Jugoslawien (der von den Stalinisten direkt in diesem Zusammenhang gestellt wurde), fanden eine Reihe von Schauprozessen in den 'Volksdemokratien' statt, die alle nach dem Muster der Prozesse in der Sowjetunion (1936-38) durchgeführt wurden. Doch im Gegensatz zu den Prozessen in der Sowjetunion - wo die gesamte Führung der bolschewistischen Partei liquidiert wurde - saßen nun stalinistische Führer auf der Anklagebank. In der CSSR der Parteivorsitzende Slansky, in Ungarn der ehemalige Innenminister Rajk, in Polen Gomulka, in Bulgarien Kostoff. Die genaue Beschreibung der Anklage kann man sich sparen.Wie gewohnt 'gestanden' die Angeklagten'Trotzkisten' und 'Titoisten' und schon jahrelang Agenten imperialistischer Geheimdienste zu sein.

Nicht diese monströse Anklage ist interessant, sondern vielmehr die Tatsache,daß es sich in den meisten Fällen um Stalinisten handelte, die in der Widerstandsbewegung tätig waren (hinzu kam noch eine ungeheuerliche antisemitische Welle in den Prozessen) und im spanischen Bürgerkrieg gekämpft hatten. Die Vermutung liegt nahe (die allerdings nur bei Gomulka in Polen und bei einigen weniger bedeutenden Angeklagten vollinhaltlich bestätigt wird), daß es sich um einen Schlag gegen den Teil der Bürokratie handelte, der im Zuge der Auseinandersetzungen der Jugoslawen mit dem Kreml, ebenso wie die Tito-Bürokratie eine gewisse Unabhängigkeit von der Sowjetunion erreichen wollte. Es handelt sich um einen Flügel der Bürokratie, den wir hier - wobei wir uns der Problematik dieses Begriffes natürlich bewußt sind - 'National-Stalinismus' nennen wollen.

Die Kreml-Bürokratie konnte auf diese Weise ihre absolute Vorherrschaft sichern und gleichzeitig konnte so der 'Saboteur' entlarvt werden, der die 'Schuld' an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten hatte.

Im zweiten Teil dieses Artikels, der in der 'permanenten revolution' Nr. 5 erscheint, beschäftigen wir uns mit folgenden Problemen:
Die erste Regierung Nagy im Jahre 1953 - Die 'Entstalinisierung' unter Malenkow und ihre Auswirkungen auf Ungarn - Die 'zehn Tage' des ungarischen Oktober - Die Lehren der ungarischen Revolution.

SONDERAUSGABE VON ERGEBNISSE & PERSPEKTIVEN



Die vorlieg... zweite Ausgabe unserer Sonderreihe o... theoretischen Organs 'Ergebnisse & ...spektiven' analysiert die Situation d... Vierten Internationale im und nach dem II. Weltkrieg und dokumentiert deren Degeneration anhand zahlreicher Originaldokumente aus dieser Zeit.
72 S. (Format A 4) – DM 6,50

Der »neue Kurs« der GRM

Der Zentrismus ist tot - es lebe der Zentrismus. Unter diesem Motto könnten wir korrekterweise den Kurswechsel der GRM Anfang dieses Jahres zusammenfassen. Der Zentrismus ist tot - eine der spezifischen Formen der Anpassungspolitik des VS ('Vereinigtes Sekretariat der IV. Internationale', dessen österr. Sektion die GRM ist), der Jagd nach Hegemonisierung und Instrumentalisierung der neuen Massenavantgarde und damit verbundenem Nachtraben gegenüber den Organisationen der extremen Linken, hatte während der Nationalratswahlkampagne im Sommer 1975 ihren Bankrott offenbart.
Es lebe der Zentrismus - ein neues Objekt des Opportunismus wurde gefunden: die 'neue Arbeitervorhut' (nAV). Bunt schillernde Initiativen in der Aktion, die die Organisation in permanenter Krise hielten, wurden durch organisatorisch soliden Ökonomismus ausgetauscht, linksradikale Zuckungen durch Rechtsopportunismus ersetzt. Alles in allem änderte der Zentrismus des VS seinen Charakter nicht, er schlüpfte nur in ein neues Gewand. Allein die Art und Weise der Kursänderung, die völlig prinzipienlos vor sich ging, um kritisch gewordene Mehrheitler nicht zu verschrecken, läßt auf die politische Beständigkeit der heutigen GRM-Führung schließen, zeigt auf, daß jener Schwenk keineswegs auf dem Boden des Bolschewismus erfolgte.

EINE PRINZIPIENLOSE WENDE

Schon vor relativ langer Zeit brachte die Politik der Mehrheit, der den Versuchen der Hegemonisierung und Instrumentalisierung des Potentials der Jugendradikalisierung der späten 60er Jahre entspringende Aktionismus, ihre ersten Früchte. Mitte 1974 geriet die GRM in eine organisatorische Krise, die sich von Aktion zu Aktion, von Initiative zu Initiative weiter vertiefte. Vor diesem Hintergrund entstand im Oktober 1974 eine Opposition, die 'Tendenz Neuer Kurs' (TNK), die sich politisch am deutschen Kompaß (1) orientierte.

Im Oktober 1975 hatte es die Mehrheitstendenz schließlich geschafft. Die NRW-Kampagne, welche alle negativen Aspekte der Hühottpolitik auf die Spitze trieb, lotste die Organisation endlich in ein Desaster. Alle Interventionsbereiche (vor allem der für die GRM so wichtige Hochschulbereich) brachen zusammen. Die verantwortlichen Führer waren schwer diskreditiert, ein Führungswechsel bahnte

---

(1) Der 'Kompaß' war neben der italienischen TMR (Tendenzia Marxista Revoluzionario, heutige FMR) und der französischen Contre le Courrant einer der Hauptvertreter der 'dritten' Tendenzen, die sich gegen die internationale Mehrheitstendenz und die LTF (Leninistisch-Trotzkistische Fraktion) konstituierten und für die Dauer des Zehnten Weltkongresses zur Meshrayonka vereinigten. Basis dieser Tendenz war die Ablehnung der NMA, sowie ein Lateinamerikadokument, welches die guerillistische Politik der Mehrheit und den Legalismus der LTF verurteilte und ein Gegenbericht zur politischen Lage. Die ultralinke Sozialdemokratiekonzeption des 'Kompaß' wurde später von der TNK und der TMR (FMR) übernommen. Spätere Vereinigungsversuche dieser dritten Tendenzen zu einer internationalen Tendenz scheiterten vor allem aufgrund des nationalbornierten Charakters des 'Kompaß' als stärksterTendenz. Die FMR und der Großteil der TNK brachen mit dem VS, der Rest degenerierte vollständig und ging Bündnisse mit Mehrheit oder LTF ein.

sich an. Der Rest der TNK - ihre Mehrheit hatte sich zum revolutionären Marxismus hin entwickelt und mit dem VS gebrochen - begann mit Mehrheitlern (die wir unter dem Begriff 'kritische Mehrheitler' zusammenfassen),welche bereit waren, pragmatisch die Politik zu revidieren, Koaliationsgespräche und das daraus entstandene Bündnis stellt seit der 2. nationalen Delegiertenkonferenz die Mehrheit der Leitung.

Der Koalition wegen war die Restopposition (genau genommen 1 Mann) allerdings bereit, wesentliche Prinzipien des Bolschewismus außer Acht zu lassen.Es fing beim zentralen Punkt an, der Ablehnung der Kategorie NMA. Hier bestand nämlich keineswegs Einigkeit, während sich der 'Kompaß' (in Österreich TNK) zu einer umfassenderen Kritik aufschwang, diesen phänomenologischen Begriff theoretisch ablehnte, waren die kritischen Mehrheitler nicht dazu bereit. Sie kritisierten ihn nur pragmatisch, weil eben die Jugendradikalisierung nicht massenhaft genug war (...... aber die LCR in Frankreich!!!). Man braucht nicht zweimal zu raten, welche dieser beiden Einschätzungen auf der Strecke blieb: "Die extreme quantitative Beschränktheit der Jugendradikalisierung in Österreich und ihre soziale Isoliertheit von der Arbeiterklasse erlauben nicht, ihr eine besondere Avantgarderolle für die Entfaltung der Klassenkämpfe zuzuschreiben.", heißt es in der 'Rotfront' Mai/76. Und hier nützt es nichts, weiter oben darauf zu verweisen, daß die Nationale Delegiertenkonferenz 1976 zwar "einhellig Kritik an diesen Illusionen" übte, aber nicht "volle Einigkeit über das Ausmaß dieser Kritik erreicht wurde". Solche Bemerkungen haben doch mehr Alibicharakter um den eigenen Opportunismus zu vertuschen. So ist es eben in einer Organisation, in der Einheit vor Klarheit geht.

Aber, es kommt noch dicker. Konsequent verstanden es die 2. NDK und die Leitung der GRM, sich um die Erstellung einer klaren Position zur Sozialdemokratie zu drücken. Oberflächlich wird in dem denkwürdigen Artikel zur 2. NDK (dem wir auch das obige Zitat entnahmen) beschrieben, daß der SPÖ heute eine Schlüsselrolle in der Aufrechterhaltung der Stabilität der bürgerlichen Herrschaft zukommt, daß die SP-Regierung immer mehr nach rechts gehen muß, um ihre Managerrolle für das Kapital noch weiter erfüllen zu können, usw. usf. Gewisse Anklänge gibt es an das Sozialdemokratiekonzept des 'Kompaß', der ja bekanntlich davon ausgeht, daß die SPD, und bei uns die SPÖ, zur durch und durch bürgerlichen Partei geworden ist, die zwar gegenüber den anderen bürgerlichen Parteien von Arbeitern gewählt wird, sich aber nur mehr mittels der Gewerkschaftsbürokratie auf die Arbeiterklasse stützen kann. "Ihr (der SP-Regierung,d. Red.) wichtigstes Instrument ist die Gewerkschaftsbürokratie." Aber das ist auch schon alles, was hier auf 'Kompaß' hindeutet, der Rest - nebuloses Gefasel, wo sich jeder seinen Teil denken kann. Und man gibt das ganz offen zu. Wenn danach gefragt wird, hört man die typische Antwort: "Wir haben keine taktischen Differenzen, und die Position des 'Kompaß' setzt sich immer mehr und mehr durch." Kann es ein offeneres Eingeständnis von Prinzipienlosigkeit geben? Interessant ist, wohin das Ganze führt. Die GIM, ('Gruppe internationaler Marxisten', deutsche Sektion des VS) bei der eine ähnliche Konstellation kritische 'Mehrheit-Kompaß' die Führung stellt, wollte es auch allen Mitgliedern recht machen. In ihrer Resolution zu den Bundestagswahlen (veröffentlicht in der 'Was tun" - dem Organ der GIM - 118-120) rief sie in all jenen Wahlkreisen, wo sie nicht selbst kandidieren kann, auf, "für Kandidaten und Organisationen zu stimmen, die sich auf die Interessen der Arbeiter berufen". Da ist für jeden etwas dabei. Der orthodoxe 'Kompaß', der ja die SPD nicht mehr als Teil der Arbeiterbewegung betrachtet, kann DKP, KBW, KPD oder (paradoxerweise) 'klassenkämpferische' Sozialdemokraten wählen, der rechte Teil der Mehrheit (alte 'Entristen', die noch den Austritt aus der SPD geschafft haben), der ein traditionell enges Verhältnis zur SPD hat, die Sozialdemokratie. Denn auf die Interessen der Arbeiter berufen sich ja bekanntlich alle Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung.

Und an den 'Kompaß' sei hier nur die Frage gestellt, worin er wohl den qualitativen Unterschied zwischen der SPD und der KPD sieht - einer Organisation, die, wie jeder weiß, zu den Vaterlandsverteidigern gegangen ist, die offen für die Stärkung der NATO eintritt, die mehr und mehr dazu übergeht, politische Auseinandersetzungen mit den Trotzkisten durch Prügelei zu ersetzen und die sich prinzipiell nicht davor scheut, gemeinsame Sache mit den Faschisten zu machen, wenn

es gegen die Sowjetunion ('Sozialimperialismus') oder den Trotzkismus geht. Hier sehen wir schließlich ganz genau: immer abstrakter und dünner müssen die Formeln und Formulierungen werden, um die verschiedenen Positionen unter einen Hut zu bringen.
Den Gipfelpunkt des Opportunismus stellte jedoch die Veröffentlichung eines Dossiers von Pierre Rousset über Vietnam in der jetzigen 'Kompaß-was tun' dar. Dieser Artikel drückte wieder einmal den gesamten Revisionismus des Vereinigten Sekretariats aus, nämlich daß der 'objektive Prozeß' in letzter Analyse der einzig bestimmende bleibt. Darum spricht man heute vom 'sozialistischen' Vietnam, obwohl nicht das Proletariat selbst die Macht übernahm. Der 'Kompaß' der im früheren Tendenzkampf solche Konzeptionen (verbalradikal) bekämpfte, hatte dazu nichts anderes zu bemerken als die Feststellung, daß Pierre Rousset einer "der besten marxistischen Kenner der Situation in Indochina" sei.
Um endlich Politik gegenüber der 'Arbeitervorhut' zu machen, waren der 'Kompaß' und der TNK-Rest bereit, die positiven Ansätze in ihrer Politik vollständig zu eliminieren, die negativen Inhalte ihrer Orientierung hingegen setzten sie zur Gänze durch - Ökonomismus und Rechtsopportunismus.

DIE ORIENTIERUNG DER GRM - ÖKONOMISMUS GEPAART MIT OPPORTUNISMUS!

Das wesentliche Ergebniss der 'Zweiten Nationalen Delegiertenkonferenz' war die Umorientierung der Organisation auf eine Politik gegenüber der 'neuen Arbeitervorhut'. Einmal von den politischen Inhalten abgesehen, so scheint man selbst empirisch nicht allzu viel Glück damit zu haben. Die österreichische 'neue Arbeitervorhut' (nAV) zeichnet sich nämlich durch ein besonderes Merkmal aus - sie existiert nicht. Zu solchen Kuriositäten kommen unsere werten Ritter von der traurigen Gestalt durch mechanische Übertragung der 'Kompaß'-Politik auf Österreich. Betrachten wir einmal die Situation in Deutschland. Dort bildete sich seit Ende der 60er Jahre infolge größerer betrieblicher Kämpfe eine gewerkschaftliche Arbeitervorhut heraus und der 'Kompaß' versuchte dies im Angesicht des immer offener werdenden Bankrotts der NMA-Orientierung impressionistisch zu verwerten. In Österreich jedoch gab es mit wenigen Ausnahmen (Böhler-Ybbstal, Betriebe in OÖ und Steiermark) keine ökonomischen Kämpfe, folglich auch keine nennenswerte Radikalisierung. Aber, wie wir sehen, hindern selbst solche banalen Realitäten die GRM nicht an ihrer grundsätzlichen Orientierung.

Mit dem Hinweis, diese Arbeitervorhut werde erst in den nächsten Jahren entstehen, hat man sich rein gewaschen, der Opportunismus bleibt. Die GRM stellt fest: "Ein rasches Durchbrechen der Passivität breiter Arbeiterschichten auf politischer Ebene, ein schneller Anschluß an die entwickeltesten Kampferfahrungen in Europa ist so gut wie ausgeschlossen. Eine wirkliche Wiederbelebung der Kämpfe kann derzeit nur an der Verteidigung der unmittelbaren, ökonomischen, gewerkschaftlichen Interessen des Proletariats anknüpfen, und das heißt, von der Abwehr des Angriffs auf Lebensstan - dard und Arbeitsplätze von den Betrieben selbst ausgehend." (2. NDK der GRM, 'Rotfront' Mai/76) Ist die Bemerkung auch eine Banalität, daß in der nächsten Zeit vor allem ökonomische Kämpfe den Klassenkampf der Arbeiter bestimmen werden - auch wenn man politische Kämpfe nicht für "so gut wie ausgeschlossen" halten kann, die Revolution entwickelt sich eben sprunghaft und nicht kontinuierlich - so geht es uns vor allem darum, welche Schlüsse die GRM aus dieser profunden Erkenntnis zieht. Sie orientiert sich auf die Intervention in diesen gewerkschaftlichen Kämpfen und zwar auf nur-gewerkschaftlicher (tradeunionistischer) Ebene. "Die Bedeutung zentraler Propagandakampagnen wird gegenüber der Kleinarbeit in den einzelnen Betrieben zurücktreten, und vor allem die innere Schulung der Mitglieder in Bezug auf jene Probleme, mit denen sich fortschrittliche Arbeiter in Betrieb und Gewerkschaft konfrontiert sehen, wird ein Schwerpunkt der zukünftigen Tätigkeit sein." Man muß nur zwischen den Zeilen lesen. Die zentrale Propaganda ... muß der betrieblichen Kleinarbeit, d.h. Agitation oder noch korrekter Handwerkelei weichen. Gilt es doch keineswegs das trotzkistische Programm in der NAV zu verankern. Zentrale Orientierung der Gewerkschaftsarbeit ist nämlich die Propaganda des Kampfes gegen die Sozialpartnerschaft und nicht für das revolutionäre Programm - die Sozialpartnerschaft wird nicht als eine der

spezifischen Formen von Klassenkollabo - ration begriffen,sondern als Scheidelinie überhaupt. Organisatorischer Ausfluß dieses Kampfes soll die 'klassenkämpferische linke Gewerkschaftstendenz' sein, ein gewerkschaftliches Bündnis mit anderen zentristischen und - wie sich die schwedische Sektion nicht scheute - sogar reformistischen Organisationen. Flugs sind wir bei der Etappenbildung des proletarischen Bewußtseins angelangt. Weil die GRM heute den Arbeitern das revolutionäre Programm nicht schmackhaft machen kann, versucht sie, sie zumindest für den Kampf gegen die Sozialpartnerschaft (den Klassenkampf, wie sie es so schön ausdrückt) zu gewinnen und schränkt so ihre Propaganda auf diesen Rahmen ein, trabt hinter der (imaginären) Arbeitervorhut nach. Praktisch realisiert sich dieses Verständnis in weitschweifigen ökonomischen Analysen über das Wiener Verkehrswesen und linksreformistischen Artikeln wie z.B. "Den Konjunkturaufschwung nützen: Den innerbetrieblichen Kampf beginnen!", die zwar verschiedene Probleme anreissen, sie jedoch nicht propagandistisch mit der Herausbildung ökonomischer und gesellschaftlicher Doppelherrschaft und der Machtfrage verbinden. Ferner im Erstellen von einem Forderungsprogramm für den 1. Mai, dem zwei Elemente von Übergangsforderungen einverleibt wurden, dem letztlich die Funktion eines Minimalprogramms zukommt (wir haben dies bereits in der 'permanenten Revolution' Nr. 2 nachgewiesen) und zu guter letzt einem gerüttelten Maß an Opportunismus gegenüber den Organisationen, in denen die Entstehung der 'neuen Arbeitervorhut' vermutet wird, konkret SJ, JG, Stalinisten und wahrscheinlich - warten's wir ab - der 'Gewerkschaftlichen Einheit'.

Ausdruck dieses Opportunismus war der Artikel "SJ-Verbandstag - beginnende Differenzierung" und, noch deutlicher, ein dazugehöriger Leserbrief, der sich der vehementesten Unterstützung der 'rotfront'-Redaktion erfreuen konnte. In diesem Leserbrief wird Genosse D.L. kritisiert, er habe in seiner SJ- und JG-Kritik in der 'rotfront' März/76 eine "undifferenzierte" Betrachtungsweise an den Tag gelegt und sein Artikel sei "schädlich für unsere (der GRM, die Red.) Politik gegenüber der SJ. Wörtlich hieß es: "Er ist blind gegenüber dem Auftauchen einer Linken in der SJ, die zum Teil mit dem Reformismus gebrochen hat (!?), die sehr wohl den Charakter der SPÖ und ihrer arbeiterfeindliche Politik richtig erkennt, aber weiterhin in der sozialdemokratischen Jugendorganisation arbeitet, weil sie glaubt, von dort aus besser in den erwarteten Radikalisierungsprozeß an der Basis der SPÖ, der Partei,die die Mehrzahl der österreichischen Arbeiter an sich bindet, eingreifen zu können." Also existiert in der SJ eine Linke, die "zum Teil" mit dem Reformismus gebrochen hat. Wieviel, wenn wir fragen dürfen, einhalb, eindrittel, dreiviertel? Oder meint man etwa damit, in marxistische Kategorien übersetzt, das Auftauchen eines zentristischen Flügels in der SJ? Diese Behauptung wäre allerdings absurd. Keine der SJ-Strömungen und sei es auch die'linkeste' hat den Boden des Reformismus verlassen, hat die Absicht in absehbarer Zeit mit der SP zu brechen. Und von der Diktatur des Proletariats - man erinnere sich nur an die Otto Bauer'sche SP - sprechen Sozialdemokraten zuweilen ganz gern.

Aber sehen wir uns doch einmal an, worin denn die "undifferenzierte" Kritik des Genossen D.L. an SJ und JG bestand. Sie richtete sich, das wollen wir kurz vorausschicken, gegen das skandalöse Verhalten von SJ- und JG-Bürokratie, welche vorerst ein Flugblatt zur sofortigen Anerkennung der VR Angola durch die österreichische Bundesregierung gemeinsam mit der FÖJ produzierte, dann aber vor dem SP-Parteivorstand kapitulierte und den verantwortlichen FÖJ-Genossen wegen des erschienen Flugblattes vor das bürgerliche Gericht zitierte. D.L. schrieb: "Für all jene ehrlichen Genossen, die heute noch in der SJ und JG arbeiten und sich über den 'linken' Charakter dieser Gruppen noch Illusionen machen, sollte dieser Fall als Lehre dienen. Denn die ambitionierten Jungbürokraten, die heute den Großteil der SJ- und JG-Führung stellen, haben hier wieder einmal bewiesen, wie wenig Rückgrat sie gegenüber der Parteiführung besitzen, und wie ernst sie ihre eigenen oft gedroschenen 'linken' Phrasen nehmen." Und weiter unten: "Spätestens seit der skandalösen Kapitulation der SJ und JG vor der Parteibürokratie und ihrem Prozeß gegen den Vertreter einer anderen linken Organisation sollte auch klar sein, was von den Jugendverbänden dieser Partei noch zu erwarten ist." Also, anknüpfend an das Verhalten der SJ- und JG-Führung versuchte der unglückliche D.L. den Charakter von SJ und JG und deren Bürokratien aufzuzeigen. Dies ist jedoch,

eine "undifferenzierte" Betrachtungsweise. Spätestens seit dem Auftauchen einer 'Linken' in der SJ müssen wir, laut GRM, das Wesen dieser Organisation differenziert erklären, d.h. wir können es gar nicht mehr erklären. Würden wir sagen, daß die SJ eine sozialdemokratische Jugendorganisation ist, deren Führung die Funktion von 'Linksblinkern' zukommt, so wäre das 'undifferenziert'. Je nach dem, von welcher Seite wir diese Organisationen betrachten, verändert sie durch diese 'differenzierte' Anschauung ihren Charakter. Wenn wir von der SJ-'Linken' ausgehen, ist es eine Organisation, die 'zum Teil' mit dem Reformismus gebrochen hat, von den Bürokratien aus betrachtet, ein reformistischer Jugendverband der SP. Der Weisheit letzter Schluß kann hier nur sein: Differenziert betrachtet kann die GRM nicht mehr sagen, was die SJ eigentlich ist. Der Grund dieser Absurdität liegt allerdings nicht in der 'differenzierten' Analyse. Vielmehr ist er im Opportunismus gegenüber der SJ-'Linken' zu suchen, die man nicht mit der realen Funktion von SJ und JG behelligen will, man will sie schließlich nicht verschrecken (das wäre doch 'sektiererisch'). Abgerundet wird dieser Opportunismus noch durch fromme Empfehlungen an die Linke in der SJ. "Ihre (der SJ-'Linken', die Red.) heutige Aufgabe ist es, die politische Differenzierung in der SJ durch das Vertiefen der Programmdiskussion und der klassenkämpferischen Kritik an der arbeiterfeindlichen Politik der SP-Regierung auf nationaler Ebene voranzutreiben."

Kein Wort davon, welche Rolle die revolutionären Marxisten dabei spielen sollen, kein Wort von dem Ziel der programmatischen Auseinandersetzung. Unsere Aufgabe, so müßte es heißen, ist es durch unsere Kritik und politische Intervention den Bruch zumindestens eines Teils dieser SJ-'Linken' - sollte sie tatsächlich existieren, sollte es sich nicht um traditionelle Linksblinker handeln, denen die GRM auf den Leim gekrochen ist - mit dem Reformismus herbeizuführen - was dann auch Bruch mit der SP (ob mit oder ohne Fraktionskampf, das muß konkret entschieden werden) bedeutet. Kein Zufall, daß die Teilnah
die 'rotfront' nichts dergleichen schreibt. Zur Teilnahme an der KLGT (Klassenkämpferische Linke Gewerkschaftstendenz, das Gewerkschaftskonzept der GIM und der GRM) ist der Bruch mit dem Reformismus auch gar nicht nötig. Es genügt die Abkehr von der 'Sozialpartnerschaft' (als nur einer konkreten Form des Reformismus) und die Bekenntnis zum 'Klassenkampf'. Aus programmatischer Konfrontation wird Anbiederei, aus bewußtem Eingreifen in Differenzierungsprozesse Anbetung der Bewegung.

LENIN UND DER ÖKONOMISMUS

Das Problem des Ökonomismus ist beileibe nicht neu in der Arbeiterbewegung. Lenin hatte um die Jahrhundertwende heftig mit dieser Tendenz zu kämpfen. Die extreme Ausbeutung des Proletariats im zaristischen Rußland hatte eine Welle heftiger ökonomischer Kämpfe erzeugt und das Bewußtsein der Arbeiter gewerkschaftlich geprägt. Lenin und die Iskra sahen nun als Hauptaufgabe, dieses gewerkschaftliche Bewußtsein durch die Propaganda des revolutionären Marxismus auf ein politisches zu heben, mit der Absicht, ein zentrales strategisches Problem der russischen Revolution zu lösen - den Sturz des Zarismus.
Ein Teil der russischen Sozialdemokratie, die Ökonomisten - der Kern der späteren Menschewiki - begannen nur mehr die Bewegung zu sehen, beteten die Spontaneität der Massen an und reduzierten das revolutionäre Programm auf ein trade-unionistisches, um so näher an die Massen heranzukommen, um, wie sie es ausdrückten, "konkrete, greifbare Resultate" zu erzielen. Nicht, daß jene den politischen Kampf ganz ablehnten, sie sahen ihn aber völlig mechanisch aus dem ökonomischen entwickelt, sie wollten nur dem eigentlichen ökonomischen Kampf 'politischen Charakter' verleihen. Lenin antwortete in 'Was Tun?' auf diese einseitige Vorstellung "...Der Grundirrtum aller Ökonomisten..." ist "... nämlich die Überzeugung, daß man das politische Klassenbewußtsein der Arbeiter aus ihrem ökonomischen sozusagen von innen heraus entwickeln könne, d.h. ausgehend allein (oder zumindestens hauptsächlich) von diesem Kampf, basierend allein (oder zumindestens hauptsächlich) auf diesem Kampf."

Die schematische (und programmatische, dies können wir der GRM ruhigen Gewissens unterstellen) Einteilung des Klassenkampfes in eine ökonomische Etappe, von der auch die 'begeistertsten Ideologen der Arbeiterbewegung' das Proletariat nicht abbringen könnten, und eine politi-

sche, die sich sozusagen spontan aus der Bewegung herauskristallisiere, führt in der Konsequenz zum Versicht auf den politischen Kampf überhaupt. "Der Satz der Verfasser des 'ökonomistischen' Briefes in der Nr. 12 der 'Iskra', daß die größten Anstrengungen der begeistertsten Ideologen die Arbeiterbewegung nicht von dem Weg abbringen könnten, der durch die Wechselwirkung der materiellen Elemente und des materiellen Milieus bestimmt werde, ist daher völlig gleichbedeutend mit dem Verzicht auf den Sozialismus, und wenn diese Verfasser fähig wären, das, was sie sagen, unerschrocken und konsequent bis zu Ende durchzudenken ... so würde ihnen nichts anderes übrig - bleiben, als ihre müßigen Hände auf der Brust zu verschränken." (Lenin, "Was Tun?")
Die Geschichte hat ihr Urteil über den Ökonomismus gefällt und seine, von Lenin aufgezeigte Logik, schonungslos offengelegt. Letztlich mündete die Entwicklung der Ökonomisten im Menschewismus und Verrat an der Revolution überhaupt.
"Vom legalen Marxismus durch den Ökonomismus, dann Liquidatorentum (Liquidierung sämtlicher revolutionärer Teile des Programms, um als legale Fraktion in den vom Zarismus geduldeten Dumas auftreten zu können, d.Red.) und dann, was wir gegenwärtig sehen, zum glatten Übergang der Menschiwiki ins Lager der Bourgeoisie. Es ist eine einzige logische Kette " (Sinowjew, Geschichte d. KPdSU).
Entrüstet werden uns nun die GRM-Genossen zurufen, daß man ihnen erst beweisen solle, wo sie auf den politischen Kampf verzichteten, daß sie bei allen politischen Mobilisierungen, Demonstrationen dabeigewesen wären usw. Wir gehen jedoch keineswegs vom Selbstverständnis der GRM aus - die sich ja als revolutionäre Organisation begreift - uns obliegt es ihr Handeln zu beurteilen, die dem Programm innewohnende Logik aufzudecken und deren Schlußfolgerungen bis zum bitteren Ende zu ziehen.

Letztlich spiegelt sich in allen ihren Losungen, welche die GRM aufstellt, eines wieder: Die Reduktion ihres Programms auf ein ökonomisches, das Fehlen der propagandistischen Verbindung all ihrer Forderungen mit der gesellschaftlichen Doppelherrschaft und der Machtfrage. Nehmen wir z.B. die gleitende Lohnskala. "In die Kollektivverträge müssen Bestimmungen eingebaut werden, daß jede Preiserhöhung, automatisch auf der Lohnseite ihren Ausgleich findet." Und wo sind die Preiskontrollkomitees, die den Inflationsindex überwachen? Gerade diese Komitees können Ansatzpunkte für Doppelherrschaftsorgane sein. Diese Losung, aus dem Zusammenhang des Gesamtprogramms herausgerissen, schafft letztlich nur Illusionen, das Problem der Inflation könne ohne die Machtfrage stellen zu müssen bzw. den Kampf darauf zuzuspitzen, gelöst werden.

Aber, nicht nur bei dieser Forderung hat die GRM "Ökonomismus" zu bieten. Im Grunde genommen ergeht sich die immer steriler werdende 'rotfront' in ökonomischen Antworten unter Umgehung des politischen Kampfes.

Ein anderes, noch eindrücklichers, noch besseres Beispiel ist die Arbeiterkontrolle Der fundamentale Unterschied zwischen Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle sei, so will man uns weismachen, daß die Arbeiter im ersteren Falle mit Verantwortung über die Produktion nehmen, im letzteren jede Verantwortung von sich weisen. Diese Ansicht ist jedoch grundfalsch und hat ihre Wurzel in der isolierten Betrachtung ihrer Forderung, im Herausreißen der Arbeiterkontrolle aus dem Gesamtprogramm. "Die Arbeiter brauchen die Kontrolle nicht für platonische Zwecke, sondern um Produktion und Handelsoperation der Unternehmer praktisch zu beeinflussen. Dies läßt sich jedoch nicht erreichen, wenn nicht die Kontrolle in der einen oder anderen Form, in den einen oder anderen Grenzen in direkte Verfügungsfunktion übergeht." (L. Trotzki, "Über die Arbeiterkontrolle der Produktion")
Es ist völliger Unsinn zu glauben, die Arbeiter könnten kein Interesse an der Produktion haben. Wirtschaftssabotage von seiten der Kapitalisten , wie wie sie in allen bisherigen Revolutionen gesehen haben, zwingen die Arbeiter förmlich dazu, die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zu erlangen, wollen sie der Verelendung entgehen. Der Unterschied zwischen Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle liegt ja auch auf einer ganz anderen Ebene. Im Gegensatz zu Klassenkollaboration, die ja Mitbestimmung ist und die von den büorkratischen Spitzen der Arbeiterbewegung ausgeht, muß Arbeiterkontrolle als Doppelherrschaft im Betrieb begriffen werden, die, will sie nicht reformistisch abgebogen werden, mit gesellschaftlicher

Doppelherrschaft verbunden werden muß. "Ist der Bourgeois bereits nicht mehr Herr, daß heißt nicht mehr ganz Herr in seinen Betrieb, dann ist er folglich auch nicht mehr Herr im Staate. Dies bedeutet: das Regime der Doppelherrschaft in den Betrieben entspricht dem Regime der Doppelherrschaft im Staate." Natürlich darf dieses Verhältnis nicht mechanisch verstanden werden, gesellschaftliche Doppelherrschaft kann der betrieblichen entspringen und umgekehrt. Für uns bedeutet dies aber, daß die Propaganda der Arbeiterkontrolle stets verbunden werden muß mit der Propaganda von Losungen zur Herausbildung der gesellschaftlichen Doppelherrschaft (Räte, Bewaffnung des Proletariats). Genau diese politische Dimension fällt bei der GRM gänzlich heraus. Immer dünner, abstrakter und inhaltsloser wird das Gefasel von Rätedemokratie und Sozialismus, welches der gesamten opportunistischen Praxis aufgepfropft ist. In der Tat, man fühlt sich an die Sonntagsreden der Reformisten erinnert.

DIE GEGENWÄRTIGE ETAPPE IM PARTEIAUFBAU

Wichtig für das Verständnis, warum die GRM, im ökonomistischen Sumpf versinkt ist ihre Position zur Etappe des Partei aufbaues. Inhaltlich fühlt sie sich schon ganz als Partei, d.h. sie sieht den Unterschied zwischen einer Partei und sich bloß quantitativ, von den Aktionen her gesehen beschränkter, nicht aber qualitativ. Sie will schon heute unmittelbar zu den Massen und ist bereit alles was diese nicht verstehen könnten, was keine 'konkreten greifbaren Resultate' bringt, aus ihrem Programm zu streichen. So nimmt die 'rotfront' mehr und mehr den Charakter eines schlecht informierten Informations- und Agitationsblattes an,

Wir werden jedoch heute nicht die Massen erreichen bzw. führen können oder aus ihnen rekrutieren, wenn wir das Programm noch so zurechtstutzen. Und selbst wenn es uns gelänge stalinistische und linksreformistische Arbeiter mit dieser Methode 'anzuagitieren', so wäre das auf einer Ebene tief unterhalb des Übergangsprogramms. Wie sollten wir dann jemals zu einer revolutionären Alternative werden?
"Wir verteidigen absolut korrekte Ideen und Methoden mit Hilfe unzureichender primitiver Mittel. Die KomIntern verteidigt falsche Ideen mit Hilfe amerikanischer Technik. Aber langfristig sind es die korrekten Ideen, die triumphieren. Hieraus folgt eine andere Schlußfolgerung. Unsere Stärke im gegebenen Stadium liegt in einer korrekten Einschätzung, in einer marxistischen Konzeption, in einer korrekten revolutionären Prognose. Diese Qualitäten müssen wir vor allem der proletarischen Avantgarde präsentieren. Wir handeln in erster Linie als Propagandisten. Wir sind zu schwach, um zu versuchen, auf alle Fragen Antworten zu geben, in alle spezifischen Konflikte zu intervenieren, überall und an allen Orten die Losungen und Antworten der Linken Opposition zu formulieren. Die Jagd nach einer solchen Universalität mit unserer Schwäche und der Unerfahrenheit vieler Genossen wird häufig zu hastigen Schlußfolgerungen, zu unklugen Losungen, zu falschen Lösungen führen. Durch falsche Schritte in Einzelfragen werden wir diejenigen sein, die sich selbst kompromittieren, indem sie Arbeiter davon abhalten die fundamentalen Qualitäten der Linken Opposition zu schätzen. Ich will keineswegs sagen, daß wir vom wirklichen Kampf der Arbeiter abseits stehen sollen. ... aber man muß lernen, die lebendigsten, brennendsten und prinzipiellsten Fragen auszuwählen und sich über diese Fragen im Kampf zu engagieren." (L. Trotzki, "Some ideas on the period and the tasks of the left opposition")
Dieses Zitat kann weitestgehend auf die heutige Periode des Klassenkampfes angewendet werden. Sicherlich, kein geschichtlicher Beweis taugt, wenn er über seine zulässigen Grenzen angewendet wird, aber die völlige Hegemonie der Reformisten über die Arbeiter und das Fehlen nennenswerter Kämpfe in Österreich zwingen uns sogar noch mehr, unsere Rolle als Propagandagruppe zu betonen. Demnach gedenken wir keineswegs, in ökonomistischer Handwerklerei zu versacken, in unserem Zentralorgan kommentarlose Zusammenfassungen der im letzten Monat stattgefundenen Arbeitskonflikte abzudrucken und den Trotzkismus, wie es die GRM nun schon seit Jahren tut noch weiter zu diskreditieren. Die IKL begreift sich zur gegebenen Zeit als Propagandagruppe, d.h. mit Vorrangigkeit der Propaganda des revolutionären Programms. Ihr gegenwärtiges Ziel ist die Bildung und Erziehung ('ursprüngliche Akkumulation') eines Kaders von Berufsrevolutionären.

"Die revolutionäre Propagandatruppe wendet sich in erster Linie an die Vorhut der Arbeiterklasse, d.h. an diejenigen Arbeiter (aber auch Angehörige linker Organisationen, die soziologisch gesehen dem Kleinbürgertum angehören), die sich subjektiv als Revolutionäre verstehen. Die Gewinnung der besten dieser Elemente ist unerläßliche Voraussetzung dafür, breiten Arbeitermassen als reale Alternative zu erscheinen ... In Ländern, in denen die Arbeiterklasse zur Zeit nicht oder sehr wenig kampfbereit ist, wird es vor allem darum gehen, an Hand der Entwicklung in Portugal und Spanien die revolutionäre Programmatik zu propagieren und sich dabei an zentristische Organisationen wenden (bwz. gegen sie) der Mitgliedschaft soziologisch gesehen vor allem aus dem Kleinbürgertum stammt." ('Programmatische Erklärung' der IKL)

In unserer Intervention werden wir unser Programm nicht an zentristisches und linksreformistisches Bewußtsein anhängen, wie es die GRM praktiziert, viel mehr jede Rückständigkeit bekämpfen. Dies und nichts anders ist die Taktik der Umgruppierung, nur so können wir in den Augen der Avantgarde als Alternative revolutionärer Pol erscheinen. Wenn wir auch heute der Propaganda Vorrang geben, heißt das nicht, das wir bei Arbeiterkämpfen abstinent sein werden, unser 'reines' Programm den Klassenkampf entgegenhalten. Doch, und wir betonen es immer wieder, darf dies nicht verwechselt werden mit dem Anhängen an die Bewegung, mit der Anpassung an das reformistische Bewußtsein der Arbeiter, was schließlich mit dem Verschwinden in der Bewegung endet.

EINE RECHTSWENDUNG DES 'VEREINIGTEN SEKRETARIATS'

Die Rechtswende der GRM darf natürlich nicht nur aus nationalen Faktoren heraus bestimmt werden, obwohl dies durch die Art und Weise des Kurswechsels so scheinen könnte. Auch in anderen Sektionen des 'Vereinigten Sekretariats' wurden Führungskoalitionen kritische Mehrheit-Kompaß installiert (GIM, LCI). Weiters zeitigte die Klassenkämpferische Linke Gewerkschaftstendenz, die ja ein Kind des 'Kompaß' ist, in Schweden ihre ersten 'Erfolge'!; und die LCR in Frankreich liebäugelt bereits seit geraumer Zeit mit der PSU, in der ein Großteil der Arbeitervorhut organisiert ist. Endlich erfolgte die Machtübernahme des 'Kompaß' - wer hätte dies vor zwei Jahren gedacht - auf völlig 'friedlichem' Weg. (Damals drohten die Führer des 'Vereinigten Sekretariats' mit Intervention). Zu guter letzt die plötzliche Neigung der Mehrheitstendenz zur argentinischen PST, die man aufgrund ihrer legalistischen Orientierung (siehe 'permanente Revolution' Nr. 2) ausschließen wollte. Dies alles läßt sich nur aus einer generellen Kursänderung der Mehrheitstendenz erklären.

Ende der 60er Jahre fegte die Studentenbewegung über die Bühne des Klassenkampfes. Den großen reformistischen Parteien gelang es vorerst nicht, diese zu kontrollieren und es entstanden eine Reihe von zentristischen und linksreformistischen Organisationen außerhalb der traditionellen bürokratischen Apparate. Anfänglich ging diese Bewegung am 'Vereinigten Sekretariat', welches infolge seiner Entrismusorientierung stumpfsinnig in den reformistischen Parteien hockte, vorbei. Die erfolgreiche Intervention der JCR (Jeunesse Comuniste Revolutionaire, Vorläuferorganisation der heutigen LCR) im Mai 1968 (die mehr unfreiwillig zustandekam, die JCR wurde aus der PCF ausgeschlossen) veranlassten jedoch das 'Vereinigtes Sekretariat' eine Revision seiner bisherigen strategischen Konzeption durchzuführen und sich auf das Potential der Jugendradikalisierung zu orientieren. Festgelegt wurde dies auf dem Zehnten Weltkongreß im 'Europa-Dokument'. Zentrale Aufgabe bestand darin, "innerhalb der neuen Avantgarde mit Massencharakter die Hegemonie zu erringen, um qualitativ stärkere Organisationen aufzubauen als in der vergangenen Etappe, und von Gruppen, die revolutionäre Propaganda betreiben zu revolutionären politischen Organisationen zu gelangen, die auf dem Wege sind, sich im Proletariat zu verankern." ('Europa-Dokument')

Die Folgen dieser Orientierung waren Aktionismus und ultra-linke Abenteurerpolitik. Konsequentestes Ergebnis jener Politik war das FUR-Abenteuer der LCI, welches zur Gänze in der NMA-Konzeption angelangt war, und es gehört schon eine Portion übler Demagogie dazu, dies ausschließlich als Fehler der LCI-Führung darstellen zu wollen (wie es das VS tat). Ferner hatte man bereits auf dem Neunten Weltkongreß ein Dokument verab-

schiedet, das die lateinamerikanischen Sektionen auf die unkritische Unterstützung des Guerillakampfes festlegte.

Insgesamt können wir also Anfang der 70er Jahre von einer generellen ultralinken Orientierung des VS sprechen. Doch seit 1975 änderte sich das politische Kräfteverhältnis wesentlich. Die Jugendbewegung war abgeflaut und sämtliche zentristische Strömungen hatten spätestens am 25. November, dem Tag der partiellen Niederlage der portugiesischen Revolution, bewiesen, daß sie der Arbeiterklasse keine revolutionären Perspektive weisen konnten und letztlich nur linke Flankendeckungen der Reformisten darstellten. Parallel dazu entstanden in einigen Ländern Volksfronten (Portugal, Spanien, Frankreich, Italien) welche erneut Illusionen in den Massen schürten die Arbeiter weg von den Zentristen, zurück zu den Reformisten trieben. Schließlich offenbarte die Guerilla-Strategie schon Anfang der 70er Jahre ihren Bankrott und die lateinamerikanische Arbeiterklasse mußte schwere Niederlagen (Bolivien, Chile, Argentinien) hinnehmen. All diese Faktoren erzeugten eine Rechtsentwicklung der Arbeitervorhut und das VS, gewohnt sich an die allgemeinen Bewegungen der Avantgarden anzupassen, jagt nun dieser Tendenz nach, nachdem es das Scheitern der NMA-Konzeption in der einen oder anderen Form feststellen mußte. Somit ist die Rechtswendung des VS keineswegs eine Wendung zu korrekten Positionen, sondern reproduziert seinen Zentrismus auf einer rechtsopportunistischen Ebene.

Die theoretische 'Hintertür' des Ganzen ist interessanterweise im 'Europa-Dokument' selber enthalten. Dort sprach man von einem Arbeiteranteil der NMA, den es gilt zu verstärken und die jetzige ökonomistische Handwerkelei rechtfertigt man nun damit, daß sich dieser Arbeiteranteil durchgesetzt hat - die Kontinuität bleibt bewahrt. Diese Vorgangsweise müßte eigentlich jeden kritischen Genossen die Augen öffnen . Schließlich läßt die Rechtswende den 'Kompaß' in seinem wahren Lichte erscheinen.
Noch vor zwei Jahren das Gerede von 'Spaltung' (in der GIM), heute führende Tendenz und einträchtiges Verhältnis zur VS-Leitung. Der 'Kompaß' und das gesamte VS sind keine Alternative. Jede neuerliche Wendung bestätigt nur seinen Zentrismus.

PENG-SHU-TSE:

Die chinesische Revolution

DER AUTOR, EIN GRÜNDUNGSMITGLIED DER KPCHINAS, DER HEUTE IN DEN USA LEBT UND MITGLIED DER SWP IST, ANALYSIERT DIE STALINISTISCHE POLITIK DER MAOISTISCHEN FÜHRUNG.

PREIS: CA. S 30.- UMFANG: CA. 100 SEITEN

Mao — Ein Mythos ist erloschen

Mao war kaum gestorben, als die Druckerschwärze auf den Nachrufen trocknete:
"Mao war einer jener wenigen Männer der Geschichte, denen man ohne Bedenken 'er hat die Welt verändert' auf's Grab schreiben darf" (E. Trost, Kronenzeitung, 10.9.).
"An seiner Person gemessen, wird erst der Kleinwuchs der Zeitgenossen spürbar" (A. Payrleitner, Kurier, 10.9.).
"Mit der großen Unerschrockenheit und dem Weitblick eines proletarischen Revolutionärs...trieb (Mao) die Geschichte der Menscheit voran" (Peking Rundschau, 13.9.)
"Ein einzigartiger Mann in einer Generation großer revolutionärer Führer" (Richard M. Nixon, New York Times)
"Die bedeutendste Persönlichkeit der Weltrevolution seit Lenin und Trotzki, den herausragenden Führern des russischen Oktober" (was tun, Zeitung der GIM, Nr.124).
Der Gleichklang ist bemerkenswert.
"Ich bin der Meinung, daß es für uns... schlecht ist, wenn der Feind nicht gegen uns Front macht, denn in diesem Fall würde es doch bedeuten, daß wir mit dem Feind unter einer Decke steckten" (Mao Tse-tung, Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht).
In diesem Fall hätte der alte Fuchs den Nagel auf den Kopf getroffen. Die Einheitsfront von Richard Nixon und Peking Rundschau ist kein Zufall. Sie widerspiegelt nur die Tatsache, daß China seinen Platz eingenommen hat im System des Imperialismus zur Aufrechterhaltung des 'status quo' zur Unterdrückung der Revolution.

Ceylon, Pakistan, der Sudan, Chile, Angola usw. sind außenpolitische Marksteine dieser Entwicklung. Die VR China hat damit so gehandelt, wie dies ein Staat mit geplanter Wirtschaft tut, der nach den bornierten Interessen einer von den Massen abgehobenen Kaste geführt wird: politische Anpassung an den Imperialismus, da dieser materiell überlegen ist - unter der Bedingung, daß der Imperialismus nicht die Herrschaft dieser Kaste direkt angreift. Ein solcher Staat genießt natürlich, obwohl die nationale Bourgeoisie entmachtet ist, die - kritische - Unterstützung des internationalen 'liberalen' Bürgertums.

Daß die GIM (deutsche Sektion der VS-Internationale, der in Österreich die GRM angehört) in diesen Chor mit einstimmt, hat andere Ursachen. Es ist blanker Opportunismus, der sie zum Kniefall vor jenem Manne treibt, dessen Regime die chinesischen Trotzkisten mit Tod und Gefängnis verfolgte, der mitverantwortlich ist dafür, daß unsere Genossen noch heute, nach 23 Jahren im Gefängnis liegen, während Kuomintang-Generäle, chinesische Bluthunde des Imperialismus, schon längst durch eine Amnestie ihre Freiheit zurückerhalten haben. Der Grund dafür liegt in der Angst der Mao-Bürokratie vor dem eigenständigen politischen Kampf der Arbeiterklasse.
Davon steht kein Wort im Nachruf dieser 'Trotzkisten'. Der Zentrismus greift zur Not zur Selbstverleugnung und ist blind für seine eigene Herkunft, wenn die Geschichte (Kampf der chinesischen Linksopposition gegen die stalinistische KPCh) nicht auf die Gegenwart ('sozialistische' Revolution in China) zu 'passen' scheint. Worin liegt die Bedeutung dieses Mannes, den viele für den größten "Marxisten-Leninisten" halten? Gewiß nicht auf dem Gebiet der revolutionären Theorie.
"Die Dinge in der Welt sind kompliziert, sie werden von allen möglichen Faktoren bestimmt. Man muß die Probleme von allen Seiten betrachten und nicht nur von einer einzigen" (Mao, Über die Verhandlungen in Tschungking).
"Selbstzufriedenheit ist der Feind des Studierens, und wenn man etwas gewissenhaft lernen will, muß man damit beginnen,

daß man mit sich selbst unzufrieden ist" (Mao, Der Platz der Kommunistischen Partei Chinas im nationalen Krieg).
Man kann solch banale Sprüche wohl schwerlich für eine Weiterentwicklung des Marxismus halten, wenn man auch nur ein bißchen von der Methode der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus verstanden hat. Der Gerechtigkeit halber sei festgestellt, daß sich in Maos Schriften auch geistreichere Sprüche finden lassen. Geistreich allerdings wird Mao meist dann, wenn er aus seiner klassischen chinesischen Bildung schöpft. Was er an theoretischen Aussagen und Konzeptionen entwikkelt, ist weder neu noch originell und schon gar nicht marxistisch. Es stammt aus dem alten Fundus des Menschewismus/ Stalinismus. Oder es sind eben breit ausgewalzte Banalitäten, die eine pfiffige Bauernschläue ausdrücken, die der Empirie nahe ist, vom Marxismus aber nur die Terminologie entlehnt hat.

Daß Mao es verstanden hat, sich an den armen und ungebildeten chinesischen Bauern zu wenden und seine Sprache zu sprechen, ist unbestreitbar. Der Inhalt aber, den er vermittelt hat, ist durch Welten vom revolutionären Marxismus eines Lenin oder Trotzki getrennt.

Warum nun der ungeheuerliche Kult um die Person Maos? Warum diese Überhöhung und Quasi-Vergöttlichung des Parteivorsitzenden?
Sie hat handfeste materielle Wurzeln. Die VR China ist ein deformierter Arbeiterstaat. D.h. ein Staat, in dem die Herrschaft der Bourgeoisie gestürzt und Grundlagen einer geplanten Wirtschaft geschaffen wurden. Das Lebensniveau der chinesischen Massen hat sich erheblich verbessert. Vergleicht man China mit anderen unterentwickelten Ländern, sind die Vorzüge einer Planwirtschaft deutlich merkbar, auch wenn es eine schwer deformierte Planwirtschaft ist. Gleichzeitig aber sind die chinesischen Massen von den eigentlichen politischen Entscheidungen ausgeschlossen. Sie werden über ihren Köpfen und hinter ihren Rücken ausgehandelt. Denn eine bürokratische Kaste hat sich als eigentlicher Nutznießer der Errungenschaften etabliert. Die VR China gleicht darin der Sowjetunion und den anderen deformierten Arbeiterstaaten. Aber das soziale Gleichgewicht in China ist wesentlich instabiler als etwa in der UdSSR. Die chinesische Führung hat dem Rechnung getragen. Sie bedient sich in größerem Ausmaß der Manipulation zur Sicherung ihrer Herrschaft als durch Anwendung offenen, brutalen Terrors, wie er charakteristisch war für das Regime Stalins. Das schließt keineswegs aus, daß sie notfalls auch zur offenen Repression zurückgreift.

Genau im Rahmen dieser Manipulationstechniken aber zeigt sich die Funktion des Mao-Kults. Die Bürokratie benötigte von Zeit zu Zeit einen scheinbar über allen Klassen und Schichten des Volkes stehenden, allseits anerkannten 'Schiedsrichter' der Nation, den sie anrufen konnte und der Gehör bei den Massen fand, wenn die bürokratische Herrschaft gefährdet war. Diese Rolle war Mao auf den Leib geschrieben. Seine Person wurde aufs Engste in Verbindung gebracht mit den tatsächlichen Errungenschaften der sozialen Umgestaltung, mit der Befreiung vom japanischen Joch. So diente Mao seiner Kaste als ein ins Ungeheuerliche verzerrter 'Bonaparte', als ein fast schon im Himmel thronender Halbgott, dessen Autorität sich die miteinander kämpfenden Fraktionen in der chinesischen KP noch erfolgreich bedienten, als er selbst längst schon altersschwach und krank geworden war.

Diejenigen im sozialistischen Lager, die sich weigern, in Mao einen stalinistischen Bürokraten zu sehen und ihn zu einem genuinen, wenn auch halbherzigen und verwirrten Revolutionär hinaufjubeln, stützen sich dabei meist auf drei Argumente: auf seine Rolle bei der Zerstörung des Kapitalismus in China, den Bruch der KPCh mit der KPdSU und den Aufruf der studentischen und werktätigen Jugend zum Kampf gegen die Bürokratie im Rahmen der Kulturrevolution.

Sie übersehen dabei, daß Mao immer ein Vertreter der Klassenkollaboration in nationalem wie internationalem Maßstab war. 1937, als die KPCh sich der Kuomintang unterordnete und übereinstimmte, eine komplette Liste der KP-Mitglieder in der Kuomintang an deren Führung zu überreichen und sich verpflichtete, nicht unter Kuomintang-Mitgliedern zu rekrutieren. 1944 akzeptierte die KPCh eine Koalition mit der Kuomintang unter deren Führung, wie sie von den USA vorgeschlagen wurde - und es war Chiangs taktisches Ungeschick, daß diese Koalition verhinderte, nicht der revolutionäre Gehalt der 'Mao-Tse-tung-Ideen'.

Der Sturz des Kapitalismus in China und die anfängliche 'linkere' Außenpolitik

der KPCh erklären sich beide durch die Feindseligkeit und den Druck des Imperialismus. Es war der Angriff Chiangs, der Maos Truppen zwang, weiter zu gehen als ihnen eigentlich lieb war. Und es war der Druck der USA, ihre 'Roll-Back'-Strategie gegenüber der VRChina, der diese zwang, eine radikalere Position gegenüber dem Imperialismus einzunehmen als die UdSSR. Heute, wo es zu einem Agreement zwischen der VR China und dem Imperialismus gekommen ist und dieser darauf verzichtet hat, die chinesische Bürokratie direkt anzugreifen, ist die alte 'Radikalität' längst verflogen...

Auch der 'antibürokratische Kampf' Maos ist eine Fiktion. Mao bediente sich der Mobilisierung hunderttausender chinesischer Jugendlicher bloß als eines Mittels im innerbürokratischen Machtkampf, als seine eigene Position sich innerhalb des bürokratischen Apparats verschlechtert hatte. Viele der Roten Garden mußten ihre Illusionen in Mao und seine Clique durch Zwangsverschickung büßen, nachdem Mao seine Widersacher zurückgedrängt hatte.

Alles in allem war Mao ein nationaler Stalinist, vergleichbar mit Tito, aber nicht mit Lenin oder Trotzki. In beiden Fällen war der Bruch mit der UdSSR kein Bruch mit dem Stalinismus. Er drückte nur aus, daß die jeweilige nationale stalinistische Bürokratie meinte, ihren spezifischen nationalen Interessen besser zu dienen, wenn sie sich von der Unterordnung unter die Sowjetunion befreite.

Während wir die VR China bedingungslos gegen jeden Angriff des Imperialismus zu verteidigen bereit sind, werden wir keine Sekunde aufhören, unablässig auf den Sturz der chinesischen Bürokratie durch eine politische Revolution der chinesischen Arbeiter und Bauern hinzuarbeiten, die diesen erst die Machtausübung einbringen kann und den Weg freilegt zu einer tatsächlichen sozialistischen Entwicklung in China. Gleichzeitig werden wir einen erbitterten politischen Kampf führen gegen jene Kräfte, die den Einfluß dieser konterrevolutionären Strömung in der internationalen Arbeiterbewegung ausweiten wollen.
Mao ist tot, der Maoismus muß geschlagen werden!

SPARTACUS - FLUGSCHRIFTEN Nr.1 Preis: 50Pf -

Solschenizyn — Büttel der Reaktion

SPARTACUS – FLUGSCHRIFT Nr. 2 Preis: 50Pf -

MARXISMUS UND INDIVIDUELLER TERROR

Kampf der Klassenjustiz

Der bürgerliche Staat erhob gegen Teilnehmer an der Demonstration gegen das Franco-Regime vor dem Iberia-Reisebüro und gegen die ÖBL wegen deren Haltung zur Besetzung des OPEC-Gebäudes durch arabische Nationalisten Anklagen.

Die ÖBL wurde bereits für schuldig befunden, gegen den § 282 des Strafgesetzbuches verstoßen zu haben. Dieser § 282 ist so allgemein gehalten, daß er auf jede antikapitalistische Propaganda und Agitation angewendet werden kann. Er lautet:

"(1) Wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder sonst auf eine Weise, daß es einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wird, zu einer mit Strafe bedrohten Handlung auffordert, ist, wenn er nicht als an dieser Handlung beteiligter mit strengerer Strafe bedroht ist, mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren zu bestrafen.
(2) Ebenso ist zu bestrafen, wer auf die im Absatz 1 bezeichnete Weise eine vorsätzlich begangene, mit einer ein Jahr übersteigenden Freiheitsstrafe bedrohte Handlung in einer Art gutheißt, die geeignet ist, das allgemeine Rechtsempfinden zu empören oder zur Begehung einer solchen Handlung aufzureizen."

Gibt es in einer Gesellschaft, die in Klassen gespalten ist, ein "allgemeines Rechtsempfinden"? Wer entscheidet darüber? Dieses Gesetz liefert der bürgerlichen Klassenjustiz nur ein legales Mäntelchen, mit dem sie das bürgerliche Klasseninteresse bei Bedarf durchsetzen kann. Jeder Zeitungsartikel, der auch nur im entferntesten sozialistisches oder kommunistisches Gedankengut ausdrückt, kann somit unter Anklage gestellt werden!

Doch die ÖBL hat in ihrem inkriminierten Artikel gar nicht zu Terroranschlägen aufgerufen, wie man vielleicht nach diesem Urteil meinen könnte. Sie hat in korrekter Weise festgestellt, daß sie das Konzept des kleinbürgerlichen individuellen Terrors für völlig verfehlt halte. Ohne daß wir mit der konkreten Begründung übereinstimmen, stellte die ÖBL dann richtig fest: "Es ist die Pflicht jedes Revolutionärs, antiimperialistische Kämpfer gegen den bürgerlichen Staat zu verteidigen."

Doch auch der Prozeß gegen die Iberia-Demonstranten ist nicht weniger makaber. Das Franco-Regime ließ 5 Widerstandskämpfer ermorden und löste damit eine weltweite Protestaktion aus. Um aber mit dem Mordregime weiterhin freundschaftliche Beziehungen aufrechterhalten zu können, schützte der österreichische Staat die Fensterscheiben des Iberia-Büros mit den Körpern der Wiener Polizei. Wie stand es hier mit dem "allgemeinen Rechtsempfinden"? Es stand offenbar auf der Seite des Arbeitermörders Franco!!

Ohne hier die Frage klären zu wollen, ob die Verlängerung der Demonstration bis zum Iberia-Büro taktisch zweckmäßig war, und ohne in der Lage zu sein eindeutig feststellen zu können, ob die Polizisten schon vor ihrem Sturmangriff auf die Demonstranten "verletzt" worden waren, eines steht fest: 3 Demonstranten, die internationale Solidarität gegen die Morde des Franco-Regimes vor dem Iberia-Büro ausgeübt hatten, stehen nun wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" und wegen "schwerer Körperverletzung" vor Gericht. Dürfen sich Organisationen und Gruppen, die sich selbst als revolutionär, sozialistisch oder kommunistisch bezeichnen, aber selbst nicht unmittelbar betroffen sind, diesen Prozessen gegenüber neutral verhalten?

Beide Prozesse stellen den Versuch dar, Organisationen der Arbeiterklasse und deren Politik zu kriminalisieren. Bezeich-

nenderweise wurden beide Prozesse nicht als politische geführt. Die ÖBL wurde am 8.7.1976 zur Zahlung einer Geldstrafe und Konfiskation der betreffenden Ausgabe ihrer Zeitung verurteilt. Sie hat dagegen berufen. Der Prozeß gegen die Teilnehmer der Iberia-Demonstration wurde vertagt. Beide Prozesse sollen im Herbst weitergeführt werden.

Keine Organisation sollte sich der Täuschung hingeben, daß diese Prozesse Zufall waren. Das Ziel der bürgerlichen Justiz ist klar: die noch schwachen Organisationen der Arbeiterbewegung sollen gehindert werden, sich zu entfalten. Es sollen Präzedenzfälle geschaffen werden, um dann bei Bedarf noch massiver vorgehen zu können. Dabei muß jedem klar sein, daß die Kapitalistenklasse jeden Vorwand als Anlaß nehmen kann und gegebenenfalls auch wird, um die Linke mit ihrem staatlichen Unterdrückungsapparat zu bekämpfen.

Eine stillschweigende Duldung der Prozesse würde einen Erfolg für die Bourgeoisie darstellen und in der Folge die Propaganda der einzelnen Organisationen erschweren.

Ein Blick über die Grenze nach Deutschland müßte jeden kämpferischen Arbeiter davon überzeugen: die Berufsverbote; die mörderische Isolationshaft und die Verweigerung von fundierter ärztlicher Hilfe für politische Gefangene; die Polizeiüberfälle auf linke Verlage, Buchhandlungen und Organisationen der Arbeiterbewegung sowie die latente Gefahr der Notstandsgesetze, all diese offenen Unterdrückungsmaßnahmen wurden unter Regierungen mit SP-Mehrheit durchgeführt.

Sicher, in Österreich sind die Klassenkämpfe bei weitem weniger so entwickelt wie in Deutschland. Die österreichische Arbeiterklasse läßt sich nun schon seit mehr als 25 Jahren ohne größeren Widerstand ausbeuten, doch das kann sich rasch ändern. Das weiß auch die österreichische Bourgeoisie und darauf bereitet sie sich schon heute vor. Die beiden Prozesse sind möglicherweise ein Schritt zur beschleunigten Anpassung an die staatlichen Repressionsmethoden in Deutschland. Dagegen müssen wir schon heute ankämpfen. Wer sich jetzt duckt, muß morgen unter ungünstigeren Bedingungen den Kampf aufnehmen.

Ohne politische Verantwortung für die Politik und Handlungen der angeklagten Organisationen bzw. Personen zu übernehmen, erachten wir es als unsere Pflicht, mit aller Kraft für die sofortige Einstellung dieser beiden politischen Prozesse zu kämpfen.

Die jüngsten Ereignisse in Deutschland, besonders die Ermordung Ulrike Meinhofs, wurden von uns aber bruchlos auf Österreich übertragen und haben uns einen Schritt zu weit gehen lassen.
In dem Artikel in der Juninummer unseres Zentralorgans "Permanente Revolution" riefen wir alle Organisationen der Arbeiterbewegung in einem offenen Brief zu einem "Schutz- und Trutzbündnis gegen den reaktionären Staatsapparat" auf. Obwohl diese Richtung grundsätzlich richtig ist, ist dieser Aufruf den heutigen Verhältnissen in Österreich nicht angepasst. Um für die sofortige Einstellung der beiden Prozesse zu kämpfen, genügt es Aktionseinheiten durchzuführen.

DAS SEKTIERERISCHE VERHALTEN DER MAOISTEN.

Auf einer Aktionseinheitssitzung wurde von Vertretern von KB, MLS, VUV, VRA, ÖBL und IKL (die GRM war unbegründet ferngeblieben) beschlossen, gegen diese Prozesse eine möglichst breite Gegenöffentlichkeit zu schaffen um anläßlich des am 22.7.1976 staffindenden Prozesses

ABONNIERT:

PERMANENTE REVOLUTION

ZENTRALORGAN DER INTERNATIO - NATIONALEN KOMMUNISTISCHEN LIGA.

10 NUMMERN............S 80,-
(INKLUSIVE SONDERNUMMERN UND VERSANDSPESEN)

FÖRDERABONNEMENT...AB S 200,-

BESTELLUNGEN UND KONTAKTADRE-ADRESSE:

IKL
1010 WIEN
POSTFACH 1454

gegen die Iberia-Demonstranten eine gemeinsame Protestdemonstration abzuhalten. Die gemeinsame Losung sollte die sofortige Einstellung dieser politischen Prozesse sein. Um die konkrete Art der Durchführung festzulegen, sollte der KB zu einer weiteren Sitzung einladen. Doch dieser rührte sich nicht mehr. Telefonische Anfragen ergaben, daß der KB 3 Tage vor dem geplanten Termin 'eher keine' Demonstration plane. Wir sahen uns daher gezwungen, unsere Vorbereitungen abzubrechen. Ohne weitere Ankündigung führte dann der KB samt Anhängseln doch noch eine lächerlich kleine Protestveranstaltung durch!

Genossen des KB! Glaubt ihr wirklich, daß ihr mit diesem sektiererischen Verhalten eurem verbalen Ziel, der sofortigen Einstellung der Prozesse, optimal genützt habt? Mit diesem von euch praktizierten Verhalten habt ihr die an sich schon schwachen Abwehrkräfte gegen die Verschärfung der bürgerlichen Klassenjustiz gespalten!

Bezeichnend war auch die Linie der Verteidigung, die von den Maoisten eingeschlagen wurde. Sie versuchten in keiner Weise, die politische Seite dieses Prozesses herauszustreichen, sondern hielten sich brav an die Spielregeln der bürgerlichen Klassenjustiz!! Der Prozeß spielte sich demgemäß sehr banal ab: stand der Angeklagte 5m weiter vorne oder hinten oder ...

Dabei konnte man sich des Verdachtes nicht erwehren, daß das Sinnen und Trachten gar nicht auf die Einstellung des Prozesses ausgerichtet war, sondern durch "braves" Verhalten eine "annehmbare" Strafe zu erreichen. Ließen die Maoisten vielleicht auch deshalb die Aktionseinheit platzen?

Um die Organisierung des Abwehrkampfes in Angriff zu nehmen, treten wir auf diesem Wege an alle Organisationen der Arbeiterbewegung heran und schlagen ihnen gemeinsame Aktionen zur sofortigen Einstellung der politischen Prozesse vor.

Ziel dieser Aktionseinheit ist es, allen Organisationen, die sich auf die Arbeiterklasse berufen und sich als sozialistisch, kommunistische oder revolutionäre Organisation verstehen, die freie politische Betätigung in der Arbeiterklasse zu ermöglichen und mit ihren Programmen und Positionen um die Führung der Arbeiterklasse ringen zu können. Nur so werden sich die Arbeiter tatsächlich entscheiden können, wo sie sich organisieren und welche politische Linie sie einschlagen wollen.

Als Aktionsprogramm für den Herbst schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- o Flugblattaktion zur Einstellung der beiden politischen Prozesse
- o Bildung eines gemeinsamen Rechtshilfefonds aller Organisationen der Arbeiterbewegung mit gemeinsamer Verwaltung
- o Demonstration aller Organisationen unter den Losungen:

GEGEN KLASSENJUSTIZ - KAMPF FÜR DIE EINHEITSFRONT DER ARBEITERKLASSE!

SOFORTIGE EINSTELLUNG DER BEIDEN POLITISCHEN PROZESSE!

GEMEINSAMER KAMPF GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG DER ARBEITERBEWEGUNG!

Impressum: Eigentümer, Herausgeber Verleger, Druck und für den Inhalt verantwortlich: Karl Reitter Klimschgasse 18/6 1o3o Wien